

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Verhandlungen des ... Allgemeinen Landtags des Großherzogtums Oldenburg**

**Staat Oldenburg**

**Oldenburg, [O.], Nachgewiesen Landtag 1.1849 - 33.1916/19**

XXXI. Landtag 03.11.1908-31.03.1911

[urn:nbn:de:gbv:45:1-151036](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-151036)

# Protokolle

über die

## Verhandlungen der 1. Versammlung

des

### XXXI. Landtags

des

### Großherzogtums Oldenburg.



Oldenburg, 1909.

Schulze'sche Hof-Buchdruckerei (R. Schwarz).



# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 1. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Erste vorläufige Sitzung.

Oldenburg, den 3. November 1908, vormittags 11 Uhr.

**Vorsitzender: Alterspräsident Frye.**

Auf Ersuchen des Herrn Oberfinanzrats Gramberg, der im Namen der Großherzoglichen Staatsregierung die Versammlung eröffnete, übernahm der Abgeordnete Frye als Alterspräsident den Vorsitz. Derselbe berief die Abgeordneten v. Fricke und Dörr zu Schriftführern und begrüßte die Versammlung.

Oberfinanzrat Gramberg übergab das Verzeichnis der gewählten Abgeordneten (Anlage A.) und die Wahllisten. Bei Verlesung des Verzeichnisses wurde festgestellt, daß die Abgeordneten Enneking und Henn fehlten. Letzterer erschien indes später.

Die vom Alterspräsidenten gemäß § 2 Abs. 2 der Ge-

schäftsordnung zwecks Prüfung der Wahlen vorgenommene Ziehung ergab die Nr. 1.

Auf Antrag des Abg. Schröder wurde beschlossen, die Kreise 5 und 5a zusammenzuziehen. Es wurden demgemäß die 1. Abteilung von den Abgeordneten der Wahlkreise 7, 8, 9, die zweite aus 1, 2, 3, die dritte aus 4, 5, 5a, 6 gebildet und die Wahllisten den zuständigen Abteilungen übergeben.

Die nächste Sitzung wurde auf heute mittag 12 Uhr festgesetzt.

Die erste vorläufige Sitzung wurde sodann geschlossen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der zweiten ordentlichen Sitzung des XXXI. Landtags, 1. Versammlung, vom 4. November 1908.

**Schröder.**

**Dörr.**



# Anlage A.

## Verzeichnis der Abgeordneten zum XXXI. Landtage.

### I. Wahlkreis.

1. Tappenbeck, Oberbürgermeister, Oldenburg.
2. Wessels, Rentner, Oldenburg.
3. Ahlhorn, Lehrer, Osternburg.
4. Grube, Oberkontrolleur, Oldenburg.
5. Funch, Geh. Dekonomierat, Loy.
6. Dursthoff, Professor, Dr., Oldenburg.
7. Harms, Landwirt, Eghorn I.

### II. Wahlkreis.

8. Koch, Bürgermeister, Delmenhorst.
9. Thorade, Gemeindevorsteher, Hude.
10. Hollmann, Gemeindevorsteher, Geveshausen.
11. Plate, Gemeindevorsteher, Hemmelskamp, Gem. Hasbergen.
12. Müller, Gutsbesitzer, Ruzhorn.
13. Hergens, Landwirt, Kanzenbüttel.

### III. Wahlkreis.

14. J. Müller, Kaufmann, Brake.
15. Ahlhorn, Landwirt, Hartwarderwurp.
16. Schröder, Dekonomierat, Nordermoor.
17. Tanzen, Gemeindevorsteher, Stollhamm.

### IV. Wahlkreis.

18. Schmidt, Ziegeleibesitzer, Zetel.
19. Lanje, Gemeindevorsteher, Westerstede.
20. Feldhus, Gemeindevorsteher, Zwischenahn.
21. Wilken, Gemeindevorsteher, Borgstede.

### V. Wahlkreis.

22. Haben, Gemeindevorsteher, Quanens, Gem. Wiefels.
23. Gerdes, Gemeindevorsteher, Friedrich-Augustengroden.

### Va. Wahlkreis.

24. Schulz, Parteisekretär, Bant.
25. Hug, Buchdruckereibesitzer, Bant.
26. Jul. Meyer, Geschäftsführer, Bant.
27. Heitmann, Rentant, Oldenburg.

### VI. Wahlkreis.

28. Enneking, Brennebesitzer, Borringhausen.
29. Westendorf, Zeller, Bünne.
30. v. Fricke, Gutsbesitzer, Bomhof.
31. Frhe, Gymnasialprofessor a. D., Bechta.

### VII. Wahlkreis.

32. Schute, Zeller, Kleinenging.
33. Dr. Driver, Oberverwaltungsgerichtsrat, Oldenburg.
34. Feigel, Bürgermeister, Cloppenburg.
35. Griep, Gemeindevorsteher, Ramsloh.

### VIII. Wahlkreis.

36. v. Levegow, Hauptmann a. D., Sielbeck.
37. Franke, Rentner, Schwartau.
38. Steenbock, Bauunternehmer, Cutin.
39. Boß, Lehrer Cutin.

### IX. Wahlkreis.

40. Mohr, Landwirt, Bergen.
41. Dörr, Rechtsanwalt, Idar.
42. v. Hammerstein, Frhr., Fabrikbesitzer, Abentheuer.
43. Henn, Landwirt, Oberhosenbach.
44. Roth, Kaufmann, Birkenfeld.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

1. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

**Zweite vorläufige Sitzung.**

Oldenburg, den 3. November 1908, mittags 12 Uhr.

**Vorsitzender: Alterspräsident Freye.**

Der Alterspräsident eröffnete die Sitzung.

Es wurde in die Prüfung der Wahlakten eingetreten. Nachdem die Berichtersteller der einzelnen Abteilungen ihre Gutachten abgegeben hatten, wurden sämtliche Wahlen für nicht beanstandet erklärt.

Oberfinanzrat Gramberg teilte der Versammlung

mit, daß die Eröffnung des Landtags heute nachmittag 5 Uhr stattfinden werde.

Die nächste Sitzung wurde auf heute nachmittag 5 Uhr festgesetzt.

Die zweite vorläufige Sitzung wurde geschlossen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der zweiten ordentlichen Sitzung des XXXI. Landtags, 1. Versammlung, vom 4. November 1908.

**Schröder.**

**Dörr.**



# Protokoll

über

## die Verhandlungen

der

### 1. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

#### Erste ordentliche Sitzung.

Oldenburg, den 3. November 1908, nachmittags 5 Uhr.

**Vorsitzender: Alterspräsident Frye, dann Präsident Schröder.**

Es erschien der Minister, Excellenz Ruhstrat I, begleitet vom Regierungsassessor Zeidler, und eröffnete im Namen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs den 31. Landtag durch Verlesung der unter Anlage A anliegenden Thronrede.

Der Alterspräsident brachte sodann ein dreimaliges Hoch auf Seine Königliche Hoheit den Großherzog aus, in das die Versammlung begeistert einstimmte.

Zum Präsidenten wurde gewählt der Abgeordnete Schröder mit 40 Stimmen, je eine Stimme fiel auf die Abgeordneten Tappenbeck und Tanzen; ein Stimmzettel war weiß.

Zum Vizepräsidenten wurde gewählt der Abgeordnete Tanzen mit 42 Stimmen, eine Stimme erhielt der Abgeordnete Wilken.

Zu Schriftführern wurden gewählt die Abgeordneten Dörr, Boß und v. Fricken.

Hierauf erfolgte die Vereidigung der neu eintretenden Mitglieder und die Verpflichtung der bereits dem früheren Landtage angehörnden Mitglieder auf ihren geleisteten Eid, in die Hand des Präsidenten. Der Abgeordnete Enneking fehlte.

Der Landtag erklärte sodann sämtliche Wahlen für gültig.

Vom Regierungskommissar, Oberfinanzrat Gramberg, wurde dem Landtage ein Verzeichnis der Vorlagen (Anl. B.) mit diesen Vorlagen selbst überreicht.

In den Geschäftsverteilungsausschuß wurden durch

schriftliche Abstimmung gewählt die Abgeordneten Tappenbeck (43), Funch (23), Hollmann (40), Wilken (41), Gerdes (42), Hug (42), Althorn-Hartwarderwarp (24), v. Hammerstein (25), Feigel (42), v. Fricken (38), v. Levekov (22), Thorade (24).

Auf Vorschlag des Präsidenten wurde beschlossen, ein Begrüßungstelegramm an Seine Königliche Hoheit den Großherzog zu schicken und bei seiner Rückkehr eine Deputation an Hochdenselben zu entsenden.

Auf Antrag des Abgeordneten Müller-Brake wurde beschlossen, daß die Wahl des Präsidiums für die Dauer der Session gelten solle und daß die Verhandlungen des Landtags von Stenographen aufgenommen werden sollten.

Darauf wurden folgende Eingänge verlesen:

1. Petition der Hebammen der Aemter Cloppenburg, Zeven und Barel, betr. Festlegung einer Rente für den Alters- und Invaliditätsfall und Aufbesserung der Lage im allgemeinen.
2. Petition des Stadtmagistrats Oldenburg, betr. Schutz der Rechtstellung der Stadt Oldenburg im Schulwesen und Ablehnung derjenigen Bestimmungen des Schulgesetzentwurfs, die die Rechte der Stadt schmälern oder ihr berechtigtes Interesse beeinträchtigen.
3. Petition des Gewerbe- und Handelsvereins hies., betr. Einführung des Notariats.
4. Petition der Ortsgruppe des Deutschen Bundes abstinenten Frauen in Delmenhorst, betr. Schluß der Wirtschaften auf dem Lande um 10 Uhr, in den Städten um 11 Uhr abends und Innehaltung der

Bestimmungen über die Verabreichung geistiger Getränke an Schulkinder in Wirtschaften.

5. Petition des Bierbrauers Georg Kolls in Wechta, betr. Beschwerde über den Geheimen Justizrat Pancraz in Wechta.

6. Petition des Oldenburgischen Landeslehrervereins, betr. den neuen Schulgesetzentwurf.

Die nächste Sitzung wurde auf Mittwoch, den 4. November, vormittags 11 Uhr, anberaumt.

Schluß 6<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 4. November 1908.

2. Sitzung des XXXI. Landtags, 1. Versammlung, am

Schröder.

v. Fricke.

## Anlage A.

Meine hochgeehrten Herren!

Im Auftrage Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs habe ich Sie bei Ihrem Zusammentritt freundlich zu begrüßen und willkommen zu heißen.

Auch der gegenwärtige Landtag wird eine Reihe wichtiger Vorlagen zu erledigen haben.

Zunächst liegen Ihnen die Voranschläge für die verschiedenen Landesteile vor, bei deren Aufstellung dies Mal vor allem mit dem 3. Zt. noch über den Reichsfinanzen schwebenden Dunkel und mit der allenthalben bemerkbaren Abflauung von Handel und Industrie zu rechnen war.

Von den Gesetzentwürfen, die Ihrer Beschlußfassung unterliegen werden, ist besonders hervorzuheben der eines neuen Schulgesetzes. Der Entwurf bezweckt in erster Linie die Bestimmung des Staatsgrundgesetzes, daß die Volksschulen Gemeindeanstalten seien, zur Ausführung zu bringen, indem er vorschlägt, die Schulachten aufzuheben und an ihrer Stelle die politischen Gemeinden zu Trägern der Volksschulverwaltung und der Volksschulasten zu machen. In Verbindung damit will er den Ortsgeistlichen, der nach dem geltenden Schulgesetz der selbständige staatliche Volksschulinspektor der Volksschule ist, unter Aufhebung dieses Amtes ganz in den Gemeinde-Schulvorstand eingliedern und die fachliche Beaufsichtigung des Unterrichts im Hauptamt anzustellenden staatlichen Kreis-schulinspektoren übertragen.

Ferner wird der Entwurf eines Gesetzes vorgelegt, das die Haftung des Staates und der Kommunalverbände für den etwaigen Schaden, den ihre Beamten in Ausübung ihres Amtes Dritten zufügen, ausspricht.

Zur Förderung der wirtschaftlichen Wohlfahrt des Landes wird Ihre Mitwirkung auch diesmal in erheblichem Umfange in Anspruch genommen werden. Für den weiteren Ausbau des Kommunal-Chausseenezes, zum Bau von Kommunal-Eisenbahnen im Herzogtum, sowie zur Unterstützung von Gewerbe, Handel und Landwirtschaft haben wiederum erhebliche Mittel in die Voranschläge eingestellt werden können.

Der letzte Landtag hat der Einführung von unmittel-

baren Wahlen für den Landtag zugestimmt. Die durch diese Neuerung bedingte Aenderung des Staatsgrundgesetzes bedarf auch Ihrer Genehmigung, da Verfassungsänderungen nach Artikel 212 des St.-G.-G. von zwei aufeinander folgenden Landtagen, zwischen denen eine neue Abgeordnetenwahl stattzufinden hat, beschloffen werden müssen. Gleichzeitig mit diesem auf die Aenderung der Verfassung bezüglichen Gesetzentwurfe geht Ihnen der Entwurf eines Gesetzes über die Wahl der Landtagsabgeordneten zu, mit dem auch der XXX. Landtag bereits befaßt gewesen ist. Die damaligen Verhandlungen haben Veranlassung gegeben, den Entwurf in einigen Punkten zu ändern. Es darf gehofft werden, daß die Wahlreform während der gegenwärtigen Tagung des Landtags zum gedeihlichen Abschluß gebracht wird.

Durch die Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit hat die Tätigkeit der Regierungen in Cutin und Birkenfeld in Bezug auf Beschwerden und Verwaltungsstreitigkeiten eine Einschränkung erfahren. Es erscheint jetzt sachlich gerechtfertigt und im Interesse einer rascheren Geschäftserledigung erwünscht, die Entscheidungen und Verfügungen besonders auf dem Gebiete der inneren Verwaltung von der Regierung auf den Regierungspräsidenten zu übertragen. Ein entsprechender Gesetzentwurf für beide Fürstentümer wird Ihnen unterbreitet werden.

Nach dem Vorbilde der für das Herzogtum neuerdings getroffenen Regelung ist der Erlaß von Gesetzen für die beiden Fürstentümer, betreffend die Sonn- und Feiertage, in Aussicht genommen, daneben bedarf es gesetzlicher Bestimmungen über die Abhaltung von Lustbarkeiten. Die betreffenden Gesetzentwürfe werden dem Landtage zur Beschlußfassung unterbreitet werden.

Indem ich dem Wunsche Ausdruck gebe, daß Ihre Arbeiten zum Segen des Landes gedeihen mögen, erkläre ich nunmehr im Auftrage Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs den XXXI. Landtag des Großherzogtums für eröffnet.



# U n l a g e B.

## Verzeichnis

von

Borlagen für den auf den 3. November 1908 berufenen XXXI. Landtag  
1. Versammlung des Großherzogtums.

Ordn.- N <sup>o</sup>	G e g e n s t a n d.	Regierungsbevollmächtigte.
1.	Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Zivilstaatsdienergesetzes.	Landrichter Christians.
2.	Genehmigung zur Anstellung von 8 Gerichts- und 5 Amts-Aktuarstellen außerregulativmäßig.	Geh. Ministerialrat v. Finckh und Regierungsrat Willms.
3.	Voranschlag der Zentralkasse für 1909.	Oberfinanzrat Meyer und zu den einzelnen Paragraphen die betreffenden Dezernten.
4.	Geschäftsbericht der Staatlichen Kreditanstalt des Herzogtums Oldenburg für das Jahr 1907.	Finanzrat Stein.
5.	Mitteilung der Zentralkasse- und Landeskasse-Rechnung für das Jahr 1907.	Oberfinanzrat Meyer.
6.	Wahl des Mitgliedes für die verstärkte Ober-Erjakommission für das Herzogtum Oldenburg und die seines Stellvertreters.	Landrichter Christians.
7.	Entwurf eines Gesetzes über die Vorbedingungen zur Anstellung im Forstverwaltungsdienst.	Oberfinanzrat Bödeker.
8.	Entwurf eines Gesetzes über Aenderung des Gesetzes, betr. die Einrichtung der Provinzialräte in den Fürstentümern Lübeck und Birkenfeld.	Regierungsassessor Beidler.
9.	Voranschlag der Eisenbahnbetriebskasse für 1909.	Eisenb.-Dir.-Präsident Graepel, Finanzrat Stein und Baurat Kieken.
10.	Entwurf eines Schulgesetzes für das Herzogtum Oldenburg.	Minister Kuhstrat II, Geh. Ministerialrat v. Finckh und Oberregierungsrat Calmeyer-Schmedes.
11.	Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Herzogtums für das Jahr 1909.	Oberfinanzrat Meyer und zu den einzelnen Paragraphen je der betreffende Dezernt.



Ordn. N <sup>o</sup>	Gegenstand.	Regierungsbevollmächtigte.
12.	Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Einkommensteuergesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 12. Mai 1906.	Oberfinanzrat Meyer.
13.	Mitteilung des Hauptbuches über die Einnahmen und Ausgaben der Krongutskasse des Herzogtums Oldenburg und der Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld.	Oberregierungsrat Gramberg.
14.	Schreiben, betr. Ernennung der Regierungsbevollmächtigten.	—
15.	Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt.	Landrichter Christians.
16.	Mitteilung über die aus den Ueberschüssen der Ersparungskasse erfolgten Ueberweisungen.	Oberregierungsrat Calmeyer-Schmedes.
17.	Schreiben, betreffend Nachbewilligung von Mitteln zu den Kosten der Barefer Nebenbahnen und der Bahn Lohne-Geese.	Finanzrat Stein.
18.	Schreiben, betreffend Bewilligung von Mitteln zur Beteiligung an dem Bau und Betrieb einer Kleinbahn von Delmenhorst nach Harpstedt.	Eisenb.-Dir.-Präsident Graepel u. Finanzrat Stein.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 1. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Zweite ordentliche Sitzung.

Oldenburg, den 4. November 1908, vormittags 11 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident eröffnete die Sitzung vormittags 11 Uhr. Die Protokolle der ersten vorläufigen und der ersten ordentlichen Sitzung wurden vorgelesen und festgestellt.

Der Präsident teilte mit, daß auf die Begrüßung des Landtages ein Antworttelegramm Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs eingegangen sei und brachte dasselbe zur Kenntnis des Landtags. Ferner wurde mitgeteilt, daß der Abgeordnete Griep beurlaubt sei.

Der Geschäftsverteilungsausschuß schlug darauf dem Landtage vor, die Vorlagen auf drei Ausschüsse zu verteilen. Dazu wurde von dem Abg. Koch der folgende genügend unterstützte Antrag gestellt:

„Zurückverweisung in den Geschäftsverteilungsausschuß mit der Maßgabe, daß vier Ausschüsse gebildet werden“.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Ebenso wurde folgender genügend unterstützte Antrag des Abg. Hug abgelehnt:

„Ich beantrage, die Vorschläge des Geschäftsverteilungsausschusses dahin abzuändern, daß in den Verwaltungsausschuß der Abgeordnete Meyer kommt und der Abgeordnete v. Fricke in den Eisenbahnausschuß, ebenso der Abgeordnete Heitmann in den Eisenbahnausschuß.“

Darauf wurde nach dem Antrage des Geschäftsverteilungsausschusses beschlossen,

einen Verwaltungsausschuß zu bilden aus den Abgeordneten Ahlhorn-Osternburg, Grube, Koch, Müller-Rughorn, Hergens, Tangen, Schmidt, Habben, Schulz, Freye, v. Fricke, Driver, Franke, Steenbock, Roth, Dörr und Henn,

einen Finanzausschuß, bestehend aus den Abgeordneten Tappenbeck, Dursthoff, Funch, Hollmann, Schröder, Ahlhorn-Hartwarderwarp, Wilken, Feldhus, Gerdes, Hug, Enneking, Feigel, v. Levegow, Boff, Mohr und v. Hammerstein,

einen Eisenbahnausschuß aus den Abgeordneten Wessels, Harms, Thorade, Plate, Müller-Brake, Lanje, Meyer, Heitmann, Westendorf, Griep und Schute.

Der Präsident machte bekannt, daß die Geschäftsführung unter die Schriftführer in folgender Weise verteilt sei:

Boff, Korrespondenz,  
v. Fricke, Kassenführung,  
Dörr, Registratur.

Darauf wurden die eingegangenen Vorlagen auf die einzelnen Ausschüsse verteilt.

Die nächste Sitzung konnte noch nicht bestimmt werden. Um 12 Uhr schloß der Präsident die Sitzung.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 3. ordentlichen Sitzung des XXXI. Landtags, 1. Versammlung, vom 2. Dezember 1908.

Schröder.

Boff.

# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 1. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogl. Oldenburg.

### Dritte Sitzung.

Oldenburg, den 2. Dezember 1908, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten wurde zunächst das Protokoll der vorangegangenen Sitzung von dem Schriftführer, Abg. Vohß, verlesen. Dasselbe wurde, da Erinnerungen nicht vorgebracht wurden, von dem Präsidenten für genehmigt erklärt.

Es wurden sodann folgende Eingänge und deren Verteilung an die einzelnen Ausschüsse zur Verlesung gebracht:

1. Nachweisungen über die Verwendung der für das Jahr 1908 bewilligten Mittel für Witwen vor 1903 verstorbener Zivilstaatsdiener pp. (Vorlage 19.)  
Finanzausschuß.
2. Petition der Handelskammer für das Herzogtum Oldenburg betr. Errichtung des Notariats.  
Verwaltungsausschuß.
3. Gesetz für das Großherzogtum, betr. a) Aenderung des Staatsgrundgesetzes, b) die Wahl der Abgeordneten zum Landtage. (Vorlage 20.)  
Verwaltungsausschuß.
4. Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienkassen der Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld für das Jahr 1909. (Vorlage 21.)  
Finanzausschuß.
5. Petition des Gemeindevorstandes zu Ganderkesee, betr. Zuschuß aus der Landeskasse zur Chausseierung einer Wegestrecke.  
Finanzausschuß.
6. Abschrift des Protokolls über die Eröffnung des Landtags.  
ad acta.

7. Gesetz für das Großherzogtum, betr. Aenderung des Zivilstaatsdienergesetzes vom 28. März 1867 und für das Herzogtum Oldenburg und das Fürstentum Lübeck, betr. Aenderung des Gesetzes vom 28. März 1876, betr. die Diäten und Transportkosten der bei den Aemtern angestellten Zivilstaatsdiener für Dienstreisen innerhalb des Amtsbezirks. (Vorlage 23.)  
Verwaltungsausschuß.
8. Petition von 64 Gemeinderäten des Herzogtums Oldenburg und des Fürstentums Lübeck, betr. Prüfung der Rechtsbeständigkeit des Berggesetzes.  
Verwaltungsausschuß.
9. Ergänzung der in der Landtagsregistratur befindlichen Inventarien der zur Eisenbahn gehörenden Grundstücke und Gebäude. (Vorlage 24.)  
Eisenbahnausschuß.
10. Petition der Wegewärter der um die Stadt Oldenburg belegenen Gemeinden um Erhöhung ihrer Vergütung.  
Finanzausschuß.
11. Petition des oldenb. evang. Organistenvereins zum neuen Schulgesetzentwurf.  
Verwaltungsausschuß.
12. Petition der Wirtevereinigung des Großherzogtums Oldenburg um Ermäßigung der Wirtschaftsrefognition.  
Finanzausschuß.

Protokolle. XXXI. Landtag. 1. Versammlung.

2

13. Petition des Hauptlehrers Schwarting in Moorhausen, betr. Bewilligung einer Ortszulage.  
Verwaltungsausschuß.
14. Petition der Wegewärter auf den Staatschauffeen des Großherzogtums Oldenburg, betr. Lieferung einer Dienstkleidung.  
Finanzausschuß.
15. Petition des Bürgervereins der Gemeinde Ohmstede, betr. Ablehnung des Schulgesetzentwurfs.  
Verwaltungsausschuß.
16. Nachweisung der steuerlichen Belastung der Gemeinden des Herzogtums im Jahre 1906/07. (Vorlage 22.)  
Finanzausschuß.
17. Petition der Rechnungssteller- und Auktionatoren-Innung für das Herzogtum Oldenburg, betr. Einführung des Notariats, bezw. Verleihung der Beurkundungsbefugnis an die beeidigten Auktionatoren bezüglich der öffentlichen Grundstücksverkäufe.  
Verwaltungsausschuß.
18. Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Herzogtum Oldenburg für das Finanzjahr 1907. (Vorlage 25.)  
Finanzausschuß.
19. Petition des Stadtmagistrats in Friesoythe, betr. Bau einer Staatschauffee als Verbindung zwischen Friesoythe und der Gemeinde Neuscharrel.  
Finanzausschuß.
20. Anstellung eines zweiten Katasterassistenten und eines Katasterzeichners im Fürstentum Lübeck. (Vorlage 28.)  
Finanzausschuß.
21. Gesetz für das Großherzogtum, betr. Aufhebung des Art. 12 des Zivilstaatsdienergesetzes vom 28. März 1867 (Aufhebung der Kautionspflicht der Beamten betreffend). (Vorlage 29.)  
Verwaltungsausschuß.
22. Petition des Kunstgewerbevereins zu Oldenburg, betr. Verstaatlichung des Kunstgewerbemuseums event. Bewilligung eines Ankaufsfonds.  
Finanzausschuß.
23. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Lübeck für das Jahr 1909. (Vorlage 26.)  
Finanzausschuß.
24. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienkasse des Herzogtums Oldenburg für das Jahr 1909. (Vorlage 27.)  
Finanzausschuß.
25. Gesetz für das Herzogtum Oldenburg, betr. die Einführung einer Schafbockförmung. (Vorlage 32.)  
Verwaltungsausschuß.
26. Gesetz für das Großherzogtum, betr. einen Wohnungsgeldzuschuß für die Zivilstaatsdiener und für die Volksschullehrer. (Vorlage 33.)  
Finanzausschuß.
27. Petition des Katholischen Lehrervereins für das Herzogtum Oldenburg, betr. das neue Schulgesetz.  
Verwaltungsausschuß.
28. Nachweisungen über die Einnahmen und Ausgaben, sowie den Bestand der Staatsgutskapitalienkassen für das Finanzjahr 1907. (Vorlage 30.)  
Finanzausschuß.
29. Petition der Anwaltskammer im Bezirk des Oberlandesgerichts Oldenburg, betr. Einführung des Notariats.  
Verwaltungsausschuß.
30. Schlüssige Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben des Eisenbahnaufonds für das Jahr 1907 und Voranschlag desselben Fonds für das Jahr 1909. (Vorlage 31.)  
Eisenbahnausschuß.
31. Petition des deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht, betr. Resolution zum Schulgesetzentwurf.  
Verwaltungsausschuß.
32. Landeskasserechnungen des Fürstentums Lübeck für die Jahre 1903, 1904, 1905 und 1906; Rechnungen des Ostseebäderfonds für dieselben Jahre; Rechnungen des Kurfonds für den Kurort Schwartau für die Jahre 1905 und 1906; Rechnungen des Kurfonds für Malente-Gremsmühlen für die Jahre 1905 und 1906. (Vorlage 44.)  
Finanzausschuß.
33. Verzeichnisse der in der Zeit vom 1. Oktober 1907 bis dahin 1908 im Bestande des Staats- und Kronguts der drei Provinzen des Großherzogtums vorgekommenen Veränderungen. (Vorlage 37.)  
Finanzausschuß.
34. Gesetz für das Fürstentum Lübeck, betr. die Luftbarkeiten. (Vorlage 38.)  
Verwaltungsausschuß.
35. Gesetz für das Fürstentum Birkenfeld, betr. Vereinigung der Gemeinden Obertiefenbach und Hettstein. (Vorlage 39.)  
Verwaltungsausschuß.
36. Staatsvertrag zwischen Oldenburg und Preußen wegen Herstellung einer Eisenbahn von Heimbach an der Nahe nach Baumholder. (Vorlage 40.)  
Eisenbahnausschuß.
37. Landeskasserechnungen des Fürstentums Birkenfeld für die Jahre 1903, 1904 und 1905. (Vorlage 41.)  
Finanzausschuß.
38. Petition der Handwerkskammer für das Herzogtum Oldenburg, betr. Einführung des Notariats.  
Verwaltungsausschuß.

39. Petition der Amtsboten- und Gerichtsvollziehergehilfen des Amtes Oldenburg, betr. Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage.  
Finanzausschuß.
40. Petition des Stadtmagistrats Varel, betr. Einführung des Notariats.  
Verwaltungsausschuß.
41. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Finanzjahr 1909. (Vorlage 34.)  
Finanzausschuß.
42. Petition des Vereins oldenb. Bürgerschullehrer, betr. Erhöhung der Staatszuschüsse für die höheren Bürgerschulen.  
Finanzausschuß.
43. Petition desselben, betr. die §§ 102—110 des Entwurfs eines neuen Schulgesetzes für das Herzogtum Oldenburg.  
Verwaltungsausschuß.
44. Petition der Vereinigung der Wegemeister im Herzogtum Oldenburg, betr. Aufbesserung ihrer Besoldungsverhältnisse.  
Finanzausschuß.
45. Schreiben des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes Hamburg, betr. Neuordnung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.  
(Im Vorzimmer ausgelegt.)
46. Gesetz für das Großherzogtum, betr. die Bezeichnung der Departements des Staatsministeriums als „Ministerien“. (Vorlage 45.)  
Verwaltungsausschuß.
47. Wahl von Mitgliedern und Ersatzrichtern zum Staatsgerichtshof. (Vorlage 46.)  
Plenum.
48. Petition der Streckenarbeiter der 16. Bahnmeisterei, betr. Gleichstellung im täglichen Verdienst mit den Streckenarbeitern der 17. Bahnmeisterei.  
Eisenbahnausschuß.
49. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Birkenfeld für das Jahr 1909. (Vorlage 35.)  
Finanzausschuß.
50. Petition des Vereins der oldenburgischen Zoll- und Steuer-Oberbeamten, betr. anderweite Bemessung der Zulagebeträge.  
Finanzausschuß.
51. Petition der Landwirtschaftskammer für das Fürstentum Lübeck, betr. Gesetzesvorlage der Reichsregierung, betr. die sog. Nachlasssteuer.  
Verwaltungsausschuß.
52. Petition der in der III. Gehaltsklasse angestellten mittleren Staatsbeamten, betr. Einreihung in die III. Dienstklasse des Wohnungsgeldtarifs.  
Finanzausschuß.
53. Petition der Rechnungsteller- und Auktionatoren-Zunft für das Herzogtum Oldenburg, betr. Erwidern auf die Eingabe des Vorstandes der hies. Anwaltskammer, betr. Einführung des Notariats.  
Verwaltungsausschuß.
54. Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, betr. die Sonn- und Feiertage. (Vorlage 42.)  
Verwaltungsausschuß.
55. Entwurf eines Gesetzes, betr. die Geschäftsbehandlung bei der Regierung des Fürstentums Lübeck. (Vorlage 43.)  
Verwaltungsausschuß.
56. Petition des Amtsverbandes Friesoythe, betr. Aenderung des Gesetzes vom 17. April 1897, betr. die Ausübung der Jagd.  
Verwaltungsausschuß.

Der Abgeordnete Müller (Brafe) stellte den Antrag:  
„Die Anlage 33 dem Finanzausschuß und dem Eisenbahnausschuß zur gemeinsamen Beratung zu überweisen.“

Der Abgeordnete Voß beantragte:

„Verweisung der Anlage 33 an den Geschäftsteilungsausschuß.“

Der Antrag Voß wurde abgelehnt, der Antrag Müller angenommen. Der Vorsitzende kündigte an, daß er auf Donnerstag, den 10. Dezember, vormittags 10 Uhr, eine Sitzung anberaunt habe, zur Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betr. Aenderung des Staatsgrundgesetzes (Art. 212 § 1 Ziff. 2 des Staatsgrundgesetzes).

Sodann verlas der Vorsitzende folgende selbständige Anträge  
des Abgeordneten Ahlhorn (Osternburg):

„Ich beantrage:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, der nächsten Versammlung des Landtags einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, nach welchem der Ort Osternburg mit der engeren Stadt Oldenburg zu einer Gesamtgemeinde vereinigt wird.

und des Abgeordneten Mohr:

„Ich beantrage:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, noch in dieser Tagung einen Gesetzentwurf einzubringen, wonach den Abgeordneten der Fürstentümer während der Zeit der Tagung des Landtags monatlich einmal freie Fahrt nach dem Wohnort des betreffenden Abgeordneten gewährt wird.“

Der Landtag beschloß, daß beide Anträge in Betracht gezogen werden sollten und hieß ihre Ueberweisung an den Verwaltungsausschuß bzw. an den Finanzausschuß gut.

Weiter zeigte der Vorsitzende den Gegenstand dreier Interpellationen der Abgeordneten

von Levezow:

„Die Großherzogliche Staatsregierung wolle sich darüber äußern, welche Stellung sie zur Einführung einer Nachlasssteuer und Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Eltern, Kinder und Ehegatten im Bundesrat genommen hat.“

Tappenbeck:

„Welche Stellung hat die Staatsregierung im Bundesrat zu der Vorlage, betreffend die Gas- und Elektrizitätssteuer, eingenommen?“

und Boß:

„Ist die Staatsregierung bereit, im Bundesrat dahin zu wirken, daß bei der bevorstehenden Strafprozessreform das Gerichtsverfassungsgesetz insofern abgeändert werde, daß den Volksschullehrern die Zulassung zu dem Geschworenen- und Schöffenamte gewährt werde?“

an und setzte deren förmliche Vorbringung und Begründung sofort auf die Tagesordnung.

Der Antrag des Abgeordneten Hug:

„die Interpellationen von Levezow und Tappenbeck auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen“,

wurde abgelehnt.

Nachdem die Abgeordneten v. Levezow und Tappenbeck ihre Interpellationen begründet hatten, wurden dieselben sofort von dem Regierungsbevollmächtigten wie folgt beantwortet:

Ueber die internen Verhandlungen des Bundesrats sich auszusprechen verbietet sich selbstverständlich für die Staatsregierung, da diese Verhandlungen nicht öffentlich sind.

Dagegen nimmt die Staatsregierung keinen Anstand, ihre gesamte Stellungnahme in Betreff der Reichssteuerreform im folgenden kurz darzulegen: Es kann für sie keinem Zweifel unterliegen, daß eine gründliche Besserung der Reichsfinanzen sowohl im Interesse des Reichs wie der Einzelstaaten durchaus geboten und daß eine solche nur möglich ist, wenn Alle Opfer bringen sowohl die Staaten wie die Einzelnen. Die Staatsregierung kann sich daher nur auf den Standpunkt stellen, daß es ihre Pflicht ist, die bezüglichen Bestrebungen des Herrn Reichskanzlers im Ganzen zu unterstützen ohne Rücksicht darauf, ob im einzelnen ihr vielleicht eine andere Art der Beordnung angenehmer wäre, sie kann nicht die Ansicht vertreten, daß es Sache eines Staats wie Oldenburg ist, bei einem großen Werke, wie das vorliegende, eine aussichtslose und daher unfruchtbare Opposition zu machen. Sie muß das Gesamtinteresse über dasjenige der einzelnen Interessentengruppen stellen.

Insbesondere muß aber die Staatsregierung betonen, daß gerade die Heranziehung der Nachlasse in hohem Grade geeignet ist auf indirektem Wege die Matrifularbeiträge zu veredeln, indem sie dazu beiträgt, die Leistungen an das Reich zu Gunsten der weniger reichen Staaten in höherem Maße als bisher nach der Leistungsfähigkeit der einzelnen Bundesstaaten zu verteilen.

Entsprechend den genügend unterstützten Anträgen mehrerer Abgeordneter wurde auf eine Besprechung der Interpellationen eingetreten.

Es folgte die Begründung der Interpellation Boß durch den Interpellanten und die Beantwortung derselben durch den Regierungsbevollmächtigten wie folgt:

Der Entwurf zur Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz hat bisher die Bestimmung, die seit 30 Jahren gilt, wonach Volksschullehrer nicht als Schöffen und Geschworene berufen werden sollen, beibehalten und zwar, wie die Begründung sagt, trotz vielfach geäußelter Wünsche der Volksschullehrer, dieses Verbot zu beseitigen aus dem Grunde, weil das Interesse der Schulverwaltung in den Vordergrund zu stellen ist. Nach Ansicht der Staatsregierung muß das als richtig anerkannt werden, denn die Inanspruchnahme der Lehrer durch die Wahrnehmung des Amtes eines Schöffen würde eine sehr große sein und zu großen Mißständen führen, namentlich auf dem Lande bei den kleinen einklassigen Schulen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Schöffen jährlich bis zu fünf mal herangezogen werden, die Geschworenen dreimal und daß bei diesen die Session oft wochenlang dauert. Aus diesen Gründen kann die Staatsregierung den Volksschullehrern das Recht nicht zusprechen, auch darum nicht, weil sie sich in allerbesten Gesellschaft mit den Ministern und den Religionsdienern befinden. Wenn dann hingewiesen worden ist auf die Schöffen bei den Jugendgerichten, so kommt hier in Frage, daß Jugendgerichte in Aussicht genommen sind für große Bezirke, für große Verhältnisse, wie wir sie nicht haben und wenn in den größeren Staaten die Regierungen die Bedenken für überwiegend halten, so kann die Staatsregierung nicht andere Interessen vertreten. Aus diesen Gründen ist die Staatsregierung nicht in der Lage, den Anregungen des Interpellanten Folge zu leisten.

Auch auf eine Besprechung dieser Interpellation wurde, da ein dahingehender genügend unterstützter Antrag vorlag, eingetreten.

Darnach wurde die Tagesordnung wie folgt erledigt:

1. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend gesetzliche Auslegung des Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg vom 14. März 1908, betreffend Aenderung des Zivilstaatsdienergesetzes. 1. Lesung. (Anlage 1.)

Berichterstatter: Abg. von Fricken.

Der Ausschufantrag:

„Annahme des Gesetzentwurfs,“

wurde angenommen.

2. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Ge-

gesetz, betreffend die Einrichtung der Provinzialräte in den Fürstentümern Lübeck und Birkenfeld. 1. Lesung. (Anlage 8.)

Berichterstatter: Abg. Roth.

Der Ausschußantrag:

„Annahme des Gesetzentwurfs,“

wurde angenommen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betreffend die Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt. 1. Lesung. (Anlage 15.)

Berichterstatter: Abg. Haben.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Der Präsident zeigte an, daß Anträge zur zweiten Lesung bezüglich der Punkte 1, 2 und 3 der Tagesordnung bis Donnerstag, den 3. Dezember, abends 7 Uhr, schriftlich einzureichen seien.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über eine Eingabe der Ortsgruppe des Deutschen Bundes abstinenten Frauen, des Vereins des blauen Kreuzes und der vereinigten Guttemplerlogen in Delmenhorst.

Berichterstatter: Abg. Schulz.

Der Mehrheitsantrag des Ausschusses wurde angenommen.

5. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über die Beschwerde des Bierbrauers Rolfs zu Bockta.

Berichterstatter: Abg. Frye.

Der Ausschußantrag:

„Uebergang zur Tagesordnung,“

wurde angenommen.

6. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf

a) eines Gesetzes für das Großherzogtum, betreffend Aenderung des Zivilstaatsdienergesetzes vom 28. März 1867,

b) eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg und das Fürstentum Lübeck, betr. Aenderung des Gesetzes vom 28. März 1876, betr. die Diäten und Transportkosten der bei den Ämtern angestellten Zivilstaatsdiener für Dienstreisen innerhalb des Amtsbezirks. 1. Lesung. (Anlage 23.)

Berichterstatter: Abg. Franke.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Der Präsident zeigte an, daß Anträge zur 2. Lesung bis Donnerstag, den 3. Dezember, abends 7 Uhr, schriftlich einzureichen seien.

7. Bericht des Finanzausschusses, betreffend die Kron-  
gutsklafferechnungen. (Anlage 13.)

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

8. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Vermehrung der außer-regulativmäßigen Aktuarstellen. (Anlage 2.)

Berichterstatter: Abg. Funck.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

9. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. den Geschäftsbericht der Staatlichen Kreditanstalt des Herzogtums Oldenburg für das Jahr 1907. (Anlage 4.)

Berichterstatter: Abg. Dursthoff.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

10. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betr. Aenderung des Einkommensteuergesetzes für das Herzogtum Oldenburg. 1. Lesung. (Anlage 12.)

Berichterstatter: Abg. Tappenbeck.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Der Präsident zeigte an, daß Anträge zur zweiten Lesung bis Donnerstag, den 3. Dezember, abends 7 Uhr, schriftlich einzureichen seien.

11. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Beteiligung des Staates an der zu gründenden Gesellschaft für den Bau und Betrieb einer Kleinbahn von Delmenhorst nach Harpstedt. (Anlage 18.)

Berichterstatter: Abg. Thorade.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

12. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petitionen des Handels- und Gewerbevereins und der Handelskammer für das Herzogtum Oldenburg um Einführung des Notariats.

Berichterstatter: Abg. Schmidt.

Der Verwaltungsausschuß beantragte zu seinem Antrag 3 folgenden Zusatz:

„desgl. die Schreiben des Stadtmagistrats Heppens, des Stadtmagistrats Barel, der Stadtbürgermeisterei Oberstein, die Eingabe des Vorstandes der Anwaltskammer im Bezirke des Oberlandesgerichts Oldenburg, die Petition der Handwerkskammer für das Herzogtum, die Erwiderung der Rechnungssteller- und Auktionatoren-Innung auf die Eingabe des Vorstandes der Anwaltskammer.“

Der Minderheitsantrag 2 des Ausschusses wurde angenommen und damit der Antrag 1 des Ausschusses erledigt.

Angenommen wurde auch der erweiterte Antrag 3 des Ausschusses.

Der Abgeordnete Müller (Brake) erhielt auf Grund des § 49 der Geschäftsordnung das Wort zu seinem selbständigen Antrage, betr. Ventilation des Sitzungszimmers.

Schließlich verlas der Präsident noch folgenden selbständigen Antrag des Abg. Freiherrn v. Hammerstein:

„Der Landtag wolle die Staatsregierung ersuchen, im Bundesrat des Reichs dahin zu wirken und zu stimmen, daß ebenso wie von einer Reichseinkommensteuer auch von einer Reichsvermögenssteuer abgesehen wird und ferner dahin, daß nicht durch Erhöhung der Matrikularbeiträge oder Einziehung der gestundeten die gleiche Wirkung erzielt wird.“

den der Landtag in Betracht zu ziehen beschloß und dessen Verweisung an den Finanzausschuß er guthieß.

Nachdem der Präsident sodann noch mitgeteilt hatte, daß der Abgeordnete Ahlhorn (Osternburg) bis zum 12. d. Mts. beurlaubt sei, schloß er die Sitzung um 1 $\frac{1}{2}$  Uhr mit dem Hinzufügen, daß Zeit und Tagesordnung der nächsten Sitzung später bekannt gegeben würden.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 4. Sitzung des XXXI. Landtags, 1. Versammlung, vom 10. Dezember 1908.

**Schröder.**

**Dörr.**





# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 1. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Vierte Sitzung.

Oldenburg, den 10. Dezember 1908, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer, Abg. Dörr, das Protokoll der vorigen Sitzung, welches genehmigt wurde.

Abgeordneter v. Fricke verlas folgende Eingänge:

1. Petition des Stadtrats in Wechta, betreffend einen Wohnungsgeldzuschuß.

Finanz- und Eisenbahnausschuß.

2. Petition der Beamten Wechta's, betreffend einen Wohnungsgeldzuschuß.

Finanz- und Eisenbahn-Ausschuß.

3. Petition der Amalie Breesmann in Friesoythe, in der Sache Tierarzt Krudewig z. Bt. Cloppenburg.

Verwaltungsausschuß.

4. Petition des Verbandes der Grenz- und Steueraufsicher des Herzogtums Oldenburg um Erhöhung des Einkommens der Grenz- und Steueraufsicher.

Finanzausschuß.

5. Vorlage der Staatsregierung, betr. Uebernahme der Bürgschaft seitens des Landeskulturfonds innerhalb der Summe von 300 000 M der staatlichen Kreditanstalt gegenüber für Meliorations-Darlehen an Kolonisten. (Vorlage 47.)

Finanzausschuß.

6. Petition der Kirchenräte der Kirchengemeinden Stollhamm, Abbehausen, Blegen, Golzwarden, Jade, Neuende, Schwei und Waddewarden, betr. authentische Interpretation oder Abänderung der Bestimmung des Artikels 80 des Staatsgrundgesetzes.

Verwaltungsausschuß.

7. Vorlage der Staatsregierung über die Uebersichten wegen der Erträge der Staatsforsten des Herzogtums Oldenburg im Forstbetriebsjahr 1907/08. (Vorlage 36.)

Finanzausschuß.

8. Petition von Beamten des Fleckens Schwartau, betr. Wohnungsgeldzuschuß.

Finanz- und Eisenbahnausschuß.

9. Petition der Nebenlehrer in Gutin, Schwartau und Ahrensböck, betr. Gleichstellung im Wohnungsgeldzuschuß mit den Nebenlehrern mit Hauptlehrergehalt im Herzogtum Oldenburg.

Finanz- und Eisenbahnausschuß.

10. Petition der Landwirtschaftskammer für das Fürstentum Lübeck, betr. Erhöhung des in Pos. 22 des Voranschlags für das Fürstentum Lübeck „zur Förderung der Landwirtschaft“ eingestellten Betrages um 2000 M.

Finanzausschuß.



11. Petition von 154 in Delmenhorst ansässigen Staats- und Kommunalbeamten, betr. Wohnungsgeldzuschuß. Finanz- und Eisenbahnausschuß.
12. Vorlage der Staatsregierung, betr. Wahl dreier Mitglieder und dreier Ersatzrichter zum Staatsgerichtshof. (Vorlage 51.)  
Plenum.
13. Vorlage der Staatsregierung über
  1. Beilegung der Eigenschaft eines Zivilstaatsdieners an einen 5. ständigen Beamten der Staatlichen Kreditanstalt,
  2. Flüssigmachung von weiteren 10 Millionen Mark durch Aufnahme von Vorschüssen und durch Veräußerung von Schuldverschreibungen der Staatlichen Kreditanstalt. (Vorlage 52.)  
Finanzausschuß.
14. Petition des Handels- und Gewerbevereins in Barel, betr. Abänderung der Bestimmung über die Erhebung der Handelskammer-Beiträge.  
Verwaltungsausschuß.
15. Petition des Vorstandes des nationalliberalen Vereins Oldenburg, betr. Resolution zur Wohnungsgeldzuschußvorlage.  
Finanz- und Eisenbahnausschuß.
16. Petition des Gutbesitzers Heinrich Detjen zu Weihausen, betreffend Wasserschäden an der Dichtum.  
Verwaltungsausschuß.
17. Entwurf eines neuen Normal-Stats der Stärke und Verpflegung der Gendarmen für das Herzogtum Oldenburg und das Fürstentum Lüneburg. (Vorlage 48.)  
Finanzausschuß.
18. Petition des Gemeindevorstandes von Lönningen, betr. die Wahl der Abgeordneten zum Landtage.  
Verwaltungsausschuß.
19. Petition mehrerer Landeigentümer und Interessenten der Heidkruger Bäche, des Hoyergraben und des Niedegraben um Verbesserung der bisherigen schlechten Entwässerung ihrer in Frage kommenden Ländereien.  
Verwaltungsausschuß.
20. Petition der Wirte mit beschränkter Konzession von Bant um Aufhebung der Wirtschaftsabgabe.  
Finanzausschuß.
21. Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend die Lustbarkeiten. (Vorlage 49.)  
Verwaltungsausschuß.
22. Petition des Gewerbe- und Handelsvereins (gegr. 1840) hies., betr. Aenderung des Stempelsteuergesetzes.  
Finanzausschuß.

Der Landtag erklärte sich mit der Ueberweisung derselben an die betreffenden Ausschüsse einverstanden.

Sodann teilte der Präsident folgende genügend unterstützte selbständige Anträge mit:

1. des Abgeordneten Voß:

„Ich beantrage,

der Landtag wolle die Staatsregierung ersuchen, im Bundesrat dahin zu wirken, daß die Ausnahmestellung der Volksschullehrer, nach welcher dieselben nicht zum Laienrichteramt zugelassen werden, aufgehoben wird.“

2. des Abgeordneten v. Levetzow:

„Der Landtag wolle beschließen: die Staatsregierung zu ersuchen, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der bei den Provinzialräten der Fürstentümer je einen ständigen Ausschuß schafft. Die Ausschüsse sollen die Regierungen bei der Ausarbeitung von Verordnungen und Gesetzentwürfen, die die Provinzialräte beschäftigen sollen, beratend unterstützen.“

3. des Abg. Voß:

„Ich beantrage,

der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, der nächsten Versammlung des Landtags einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem die nach Artikel 78 § 2 des Staatsgrundgesetzes gewährleistete Synodalverfassung auch für die evangelische Kirche des Fürstentums Lüneburg zur Durchführung gelangt.“

Der Landtag beschloß, dieselben in Betracht zu ziehen und überwies dieselben dem Verwaltungsausschuß. Darauf zeigte der Präsident folgende Interpellation des Abgeordneten Müller (Brake) an:

„Wann gedenkt die Staatsregierung dem Landtage eine Vorlage wegen der Verbesserung der Hafenanlagen in Großenfelde zugehen zu lassen?“

Sie wurde auf die nächste Tagesordnung gesetzt.

Hierauf wurde der Abgeordnete Sunning durch Handschlag auf seinen früher geleisteten Eid verpflichtet.

Danach wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf

a) eines Gesetzes für das Großherzogtum, betreffend Aenderung des Zivilstaatsdienergesetzes vom 28. März 1867,

b) eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg und das Fürstentum Lüneburg, betr. Aenderung des Gesetzes vom 28. März 1876, betr. die Diäten und Transportkosten der bei den Aemtern angestellten Zivilstaatsdiener für Dienstreisen innerhalb des Amtsbezirks. 2. Lesung. (Anlage 23.)

Berichterstatter: Abg. Franke.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.



2. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betr. gesetzliche Auslegung des Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg vom 14. März 1908, betr. Aenderung des Zivilstaatsdienergesetzes. 2. Lesung. (Anlage 1.)

Berichterstatter: Abg. von Fricken.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betr. die Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt. 2. Lesung. (Anlage 15.)

Berichterstatter: Abg. Haben.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betr. Aenderung des Staatsgrundgesetzes. 1. Lesung. (Anlage 20, Nebenanlage A.)

Berichterstatter: Abg. Koch.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Der Präsident konstatiert, daß  $\frac{3}{4}$  der Abgeordneten bei der Abstimmung zugegen sind und daß die erste Lesung acht Tage vorher angekündigt ist, und kündigt zugleich die zweite Lesung auf Freitag, den 18. d. Mts., an. Anträge zur zweiten Lesung sind bis Freitag abend 7 Uhr einzubringen.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. die Einführung einer Schafbockföderung. 1. Lesung. (Anlage 32.)

Berichterstatter: Abg. Haben.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis Freitag abend 7 Uhr einzureichen.

6. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betr. Aufhebung des Art. 12 des Zivilstaatsdienergesetzes vom 28. März 1867. 1. Lesung. (Anlage 29.)

Berichterstatter: Abg. Hergens.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis Freitag abend 7 Uhr einzureichen.

7. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum über die Vorbedingungen zur Anstellung im Forstverwaltungsdienst. 1. Lesung. (Anlage 7.)

Berichterstatter: Abg. Müller=Nußhorn.

Der vom Präsidenten formulierte Antrag 1: Streichung der §§ 2—6, wurde angenommen, ebenfalls Antrag 2.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis Freitag abend 7 Uhr einzureichen.

**Protokolle.** XXXI. Landtag. 1. Versammlung.

8. Bericht des Finanzausschusses, betr. die Nachweisungen über die Einnahmen und Ausgaben sowie den Bestand der Staatsgutskapitalienklasse der drei Landesteile für das Finanzjahr 1907. (Anlage 30.)

Berichterstatter: Abg. Hollmann.

Die Anträge 1 und 2 des Ausschusses wurden angenommen.

9. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienklasse des Herzogtums Oldenburg für das Finanzjahr 1909. (Anlage 27.)

Berichterstatter: Abg. Hollmann.

Die Anträge 1—3 des Ausschusses wurden angenommen.

10. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über das Gesuch des Stadtmagistrats in Friesoythe und der Gemeinde Neuscharrel, betr. den Bau einer Staatschauffee als Verbindung zwischen Friesoythe und der Gemeinde Neuscharrel.

Berichterstatter: Abg. Hollmann.

Der Ausschußantrag:

„Uebergang zur Tagesordnung“ wurde angenommen.

11. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Mitteilung des Staatsministeriums, betr. Ueberweisungen aus den Ueberflüssen der Ersparungskasse. (Anlage 16.)

Berichterstatter: Abg. Ahlhorn-Hartwarden.

Der Ausschußantrag:

„Der Landtag wolle die Vorlage durch Kenntnisnahme für erledigt erklären“ wurde angenommen.

12. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Nachweisungen über die Erträge der Staatsforsten des Herzogtums für das Forstbetriebsjahr 1907/08. (Anlage 36 mit Nebenanlagen A.—D.)

Berichterstatter: Abg. Enneking.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

13. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. die Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienklassen der Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld für das Finanzjahr 1909. (Anlage 21.)

Berichterstatter: Abg. Vofß.

Die Anträge 1 und 2 des Ausschusses wurden angenommen.

14. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse des Großherzogtums für das Jahr 1909. 1. Lesung. (Anlage 3.)

Berichterstatter: Abg. Tappenbeck.

Die Anträge 1 und 2 wurden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Freitag abend 7 Uhr zu stellen.

**15. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen des Herzogtums Oldenburg für das Finanzjahr 1909. 1. Lesung. (Anlage 11.)**

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Die Ausschußanträge 1—6 einschl. wurden angenommen; Antrag 10 wurde abgelehnt, damit ist Antrag 11 gefallen; Antrag 7 angenommen, Ziffer 3 ausgesetzt; Antrag 8 an-

genommen; Antrag 7 Ziffer 3 angenommen; Antrag 9 angenommen, Antrag 12 beseitigt; die Anträge 13, 14, 15 wieder angenommen; Anträge 16 und 17 angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis Freitag abend 7 Uhr einzubringen.

Damit war die Tagesordnung erledigt und der Präsident teilte mit, daß der Tag und die Tagesordnung der nächsten Sitzung demnächst bekannt gegeben würden.

Schluß 2.30 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 5. Sitzung des XXXI. Landtags, 1. Versammlung, am 15. Dezember 1908.

**Schröder.**

**v. Fricke.**



# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 1. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Fünfte Sitzung.

Oldenburg, den 15. Dezember 1908, vormittags 10 Uhr.

**Vorsitzender: Präsident Schröder.**

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer Abg. v. Fricken das Protokoll über die 4. Sitzung. Dasselbe wurde genehmigt.

Darauf verlas der Schriftführer Abgeordneter Voß folgende Eingänge:

1. Petition der deutschen Turnerschaft und des Zentralausschusses zur Förderung der Volks- und Jugendspiele in Deutschland, betreffend Unterstützung bei Verbreitung der Broschüre über die Notwendigkeit einer geregelten Körperpflege für die Jugend des Volkes vom 14. bis 18. Lebensjahre.  
Verwaltungsausschuß.
2. Vorlage der Großh. Staatsregierung, betreffend den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betr. die Sonn- und Feiertage. (Anlage 50.)  
Verwaltungsausschuß.
3. Petition verschiedener Lehrerwitwen im Herzogtum Oldenburg um Erhöhung ihrer Witwenpension.  
Finanzausschuß.
4. Petition der Bauerschaft Ehren, betreffend Staatszuschuß zum Bau einer Chaussee von Löningen resp. Angelbeck nach Ehren.  
Finanzausschuß.
5. Vorlage der Großh. Staatsregierung, betreffend den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend die Aufnahme einer Anleihe. (Vorlage 53.)  
Finanzausschuß.

6. Schreiben des Staatsministeriums, wegen Erhöhung der Anleihe für die Heilanstalt Wehnen. (Vorl. 55.)  
Finanzausschuß.

7. Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg zur Aenderung des Gesetzes vom 6. Janr. 1885 10. April 1894 betr. Erhebung einer Abgabe von Tanzgesellschaften etc. (Vorlage 54.)  
Verwaltungsausschuß.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten:

1. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Gesetzes, betr. die Einrichtung der Provinzialräte in den Fürstentümern Lübeck und Birkenfeld. 2. Lesung. (Anlage 8.)

Berichterstatter: Abg. Roth.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle dem Gesetzentwurf auch in zweiter Lesung seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen wurde angenommen.

1a. Interpellation des Abgeordneten Müller (Wrate), betr. Verbesserung der Hafenanlagen in Großenfel.

Die Interpellation gelangte sofort zur Besprechung.

2. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Ausgaben des Herzogtums Oldenburg im Jahre 1909. 1. Lesung. (Anlage 11.)

Berichterstatter für die §§ 1—16: Abg. Funck.

Die Anträge 18—21 des Ausschusses wurden angenommen.

Als Berichterstatter folgte für die §§ 17—35 Abg. Gerdes.

Die Anträge 22—28 des Ausschusses wurden angenommen.

Berichterstatter für die §§ 36—52 Abg. Feldhus.

Die Anträge 29—32 wurden angenommen.

Berichterstatter für die §§ 53—94 Abg. Hug.

Antrag 33 wurde angenommen. Antrag 34 (Minderheitsantrag) abgelehnt und die dann folgenden Anträge 35—49 des Ausschusses angenommen.

Berichterstatter für die §§ 95—108 Abg. Feigel.

Die Anträge 50—58 des Ausschusses wurden angenommen.

Damit wurden die Beratungen abgebrochen.

Der Präsident kündigte die nächste Sitzung auf Mittwoch, den 16. d. M., vormittags 10 Uhr, an mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung. Im Falle der Erledigung der Tagesordnung sollen die Voranschläge für die Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld in Angriff genommen werden.

Schluß der Sitzung um 1 Uhr 50 Minuten.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 6. Sitzung des XXXI. Landtags, 1. Versammlung, vom 16. Dezember 1908.

Schröder.

Boß.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 1. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Sechste Sitzung.

Oldenburg, den 16. Dezember 1908, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten, Verlesung des Protokolls der vorausgegangenen Sitzung durch den Schriftführer Abg. Voß und Genehmigung dieses Protokolls zeigte der Präsident an, daß eine

Petition der Dielenschiffer der Gemeinde Berne, betr. Anlegung eines Sandlagers für dieselben an geeigneter Stelle des Weserufers,

eingegangen und dem Verwaltungsausschuß überwiesen worden sei.

Sodann wurde zur Tagesordnung geschritten.

1. Fortsetzung der Beratung über den Bericht des Finanzausschusses, betr. den Voranschlag der Ausgaben des Herzogtums Oldenburg im Jahre 1909. (Anlage 11.)

Berichterstatter für die §§ 109—160: Abg. Tappenbeck, §§ 161—180a: Abg. Dursthoff, §§ 181—199: Abg. Enneking, § 200: Abg. Feldhus, §§ 201—238: Abg. Hollmann, § 239—Schluß: Abg. Ahlhorn (Hartwarden.)

Für den beurlaubten Abg. Enneking trat als Berichterstatter der Abg. Feldhus ein.

Der Ausschufantrag 59 wurde angenommen.

Die Beratung über den Ausschufantrag 60 wurde mit der über die Ausschufanträge 65 und 67 verbunden und die Ausschufanträge 60, 65 und 67 wurden mit 23 gegen 14 Stimmen angenommen.

Es wurden weiter angenommen die Ausschufanträge 61 und 62, 63, 64 und 66, 68 bis 72, 73 bis 75, 76, 77, 78, 79 bis 81, 82, 83 bis 85, 86, 87 und 88, 89, 90 und 91, 92, 93 bis 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108 und 109, 110 bis 113.

Der Präsident zeigte an, daß Anträge zur zweiten Lesung bis Donnerstag, den 17. Dezember, abends 7 Uhr, einzubringen seien.

2. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Inventarien der zur Eisenbahn gehörenden Grundstücke und Gebäude. (Anlage 24.)

Berichterstatter: Abg. Schute.

Der Ausschufantrag wurde angenommen.

3. Bericht des Finanzausschusses über das Schreiben des Staatsministeriums, betr. die gemäß Art. 196 § 2 des St. G. G. vorzulegenden Rechnungen des Fürstentums Lübeck. (Anlage 44.)

Berichterstatter: Abg. Voß.

Der Ausschufantrag wurde angenommen.

4. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen des Fürstentums Lübeck für das Jahr 1909. (Anlage 26.)

Berichterstatter: Abg. Voß.

Die Ausschußanträge 1 bis 3, 4, 5 und 6, 7 und 8, 9 und 10 wurden angenommen.

Es wurde darauf beschlossen, die Sitzung zu vertagen.

Der Präsident bestimmte die nächste Sitzung auf Donnerstag, den 17. Dezember 1908, vorm. 10 Uhr, und

verkündete, daß in dieser Sitzung zunächst die Tagesordnung zu Ende geführt und sodann noch einige kleinere Gegenstände erledigt werden sollten, deren schriftliche Angabe folge.

Schluß der Sitzung: nachm. 1<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 7. Sitzung des XXXI. Landtags, 1. Versammlung, vom 17. Dezember 1908.

**Schröder.**

**Dörr.**





# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 1. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Siebente Sitzung.

Oldenburg, den 17. Dezember 1908, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer Abg. Dörr das Protokoll der vorigen Sitzung, welches genehmigt wurde.

Der Präsident teilte folgende Eingänge mit:

1. Petition des Schöffenamts Idar, betr. Errichtung eines Amtsgerichts in der Stadt Idar.  
Verwaltungsausschuß.

2. Resolution des Guido Detken in Westerstede und Otto Lange in Heppens, betr. Einführung des Pluralstimmrechts in dem vom Landtage zu schaffenden Wahlgesetz.  
Verwaltungsausschuß.

Der Landtag erklärte sich mit den Ueberweisungen einverstanden, erteilte auch dem Präsidenten die Genehmigung, sämtliche sich auf das Wahlgesetz beziehende Eingänge dem Verwaltungsausschuße zu überweisen.

Darauf trat man in die Tagesordnung ein:

1. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Ausgaben des Fürstentums Lübeck für das Jahr 1909. (Anlage 26.)

Berichterstatter: Abg. v. Levezow.

Die Ausschußanträge 1—26 inkl. wurden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis heute nachmittag 4 Uhr einzubringen.

Um 1<sup>5</sup> Uhr vertagt sich der Landtag auf heute nachmittag 4 Uhr.

Punkt 4 Uhr eröffnete der Präsident die Sitzung und man setzte die Tagesordnung fort.

2. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Birkenfeld für das Jahr 1909. (Anlage 35.)

Berichterstatter: Abg. Mohr.

Die Ausschußanträge 1—17 inkl. wurden angenommen. Anträge zur 2. Lesung sind bis heute abend 7 Uhr einzubringen.

3. Bericht des Finanzausschusses über die Petition der Wirtevereinigung des Großherzogtums Oldenburg, betr. Ermäßigung der Wirtschaftsrekognition.

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

4. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Finanzjahr 1909. (Anlage 34.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Die Ausschußanträge 1—6 inkl. wurden angenommen.

5. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. die Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Rechnungsjahr 1907. (Anlage 25.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Der Ausschußantrag:

„Der Landtag wolle zu § 8 der Ausgaben 323,46 *M* nachbewilligen und im übrigen die Vorlage durch Kenntnisaufnahme für erledigt erklären“  
wurde angenommen.



6. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Vorlegung der Landeskasserechnungen des Fürstentums Birkenfeld für die Jahre 1903, 1904 und 1905. (Anlage 41.)

Berichterstatter: Abg. Mohr.

Die Ausschußanträge 1 und 2 wurden angenommen.

7. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. den Staatsvertrag zwischen Oldenburg und Preußen wegen Herstellung einer Eisenbahn von Heimbad a. d. Nahe nach Baumholder vom 17. März 1908. (Anlage 40.)

Berichterstatter: Abg. Heitmann.

Der Ausschußantrag wurde angenommen. Anträge zur 2. Lesung sind bis heute abend 7 Uhr zu stellen.

8. Bericht des Finanzausschusses zur zweiten Lesung eines Gesetzentwurfs, betr. Aenderung des Einkommensteuergesetzes für das Herzogtum Oldenburg. (Anlage 12.)

Berichterstatter: Abg. Tappenbeck.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

9. Gegenstand der Tagesordnung wurde abgesetzt.

Sodann teilte der Präsident folgenden genügend unterstützten selbständigen Antrag des Abgeordneten Schulz mit:

„Ich beantrage

Die für Freitag, den 18. Dezember vorgesehene

Beratung der 2. Lesung des Gesetzentwurfs, betr. Aenderung des Staatsgrundgesetzes zur Einführung der direkten Wahl, von der Tagesordnung abzusetzen.“

Der Landtag beschloß, denselben in Betracht zu ziehen, und lehnte ihn ab.

Die nächste Sitzung findet morgen früh 10 Uhr, wie der Präsident bekannt gab, mit folgender Tagesordnung statt:

1. Bericht des Finanzausschusses über den selbständigen Antrag des Abgeordneten Mohr, betr. den Entwurf eines Gesetzes wegen Reisen der Abgeordneten aus den Fürstentümern nach ihren Wohnorten.
  2. Wahl eines Mitgliedes und seines Stellvertreters für die verstärkte Ober-Erzählkommission für das Herzogtum Oldenburg. (Anlage 6.)
  3. Wahl dreier Mitglieder und dreier Ersatzrichter zum Staatsgerichtshof. (Anlagen 46 und 51.)
  4. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betreffend Aenderung des Staatsgrundgesetzes. 2. Lesung. (Anlage 20, Nebenanlage A.)
  5. Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Kunstgewerbevereins zu Oldenburg um Verstaatlichung des Kunstgewerbemuseums, event. um Bewilligung eines Ankaufsfonds.
- Schluß 6<sup>30</sup> Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 8. Sitzung des XXXI. Landtags, 1. Versammlung, vom 18. Dezember 1908.

Schröder.

v. Fricken.

# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 1. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Achte Sitzung.

Oldenburg, den 18. Dezember 1908, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer v. Fricke das Protokoll der 7. Sitzung. Dasselbe wurde festgestellt. Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Finanzausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Mohr, betr. den Entwurf eines Gesetzes wegen Reisen der Abgeordneten aus den Fürstentümern nach ihren Wohnorten.

Berichterstatter: Abg. Mohr.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle den Antrag des Abg. Mohr der Staatsregierung zur Berücksichtigung überweisen wurde angenommen.

2. Wahl eines Mitgliedes und seines Stellvertreters für die verstärkte Ober-Ersatzkommission für das Herzogtum Oldenburg. (Anlage 6.)

Gewählt wurden:

1. Kentner Ad. Cornelius, Oldenburg.
2. Kentner H. Stöver, Oldenburg.

3. Wahl dreier Mitglieder und dreier Ersatzrichter zum Staatsgerichtshof. (Anlagen 46 und 51.)

Gewählt wurden

als Mitglieder:

1. Landger-Präsident Bödeker,
2. Geh. Justizrat Brauer,
3. Oberlandesgerichtsrat Weinberg,

sämtlich in Oldenburg

Protokolle. XXXI. Landtag. 1. Versammlung.

als Ersatzrichter:

1. Oberamtsrichter Ostendorf in Wechta,
2. Landgerichtsdirektor Erk, Oldenburg,
3. Oberlandesgerichtsrat Tenge, Oldenburg.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betr. Aenderung des Staatsgrundgesetzes. 2. Lesung. (Anlage 20, Nebenanlage A.)

Berichterstatter: Abg. Koch.

Der Präsident konstatiert, daß mehr als  $\frac{3}{4}$  der einberufenen Abgeordneten an der Abstimmung teilnehmen.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

5. Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Kunstgewerbevereins zu Oldenburg um Verstaatlichung des Kunstgewerbemuseums, event. um Bewilligung eines Ankaufsfonds.

Berichterstatter: Abg. Hug.

Hierzu war ein genügend unterstützter Antrag des Abg. Müller-Brake eingegangen, folgenden Wortlauts:

Ich beantrage

der Landtag wolle die Petition des Kunstgewerbevereins der Regierung zur Berücksichtigung überweisen mit der Maßgabe, daß 3000  $\mathcal{M}$  zu bewilligen sind.

Der Antrag Müller wurde zurückgezogen.

Ferner überreichte der Abg. Dursthoff folgenden genügend unterstützten Antrag:

Ich beantrage

der Landtag wolle die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung überweisen mit der Maßgabe, daß die Staatsregierung ermächtigt wird, dem Verein soviel, bis zum Betrage von 5000 *M* zum Ankauf von kunstgewerblichen Altertümern usw. zu bewilligen, als er selbst für den gleichen Zweck aus eigenen Mitteln aufwendet.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Darauf wurde der Antrag des Ausschusses angenommen.

Damit war die Tagesordnung erledigt.

Der Präsident kündigte die nächste Sitzung auf Montag, den 21. Dezember d. Js., an und teilte die Tagesordnung mit.

Hierauf machte der Präsident die Mitteilung, daß ein genügend unterstützter Antrag des Abg. Müller (Brake) zur Geschäftsordnung eingegangen sei mit folgendem Wortlaut:

Ich beantrage gemäß § 85 der Geschäftsordnung: der Landtag wolle beschließen:

Der Präsident des Landtags wird auf Grund des § 14 der Geschäftsordnung beauftragt, mit der Staatsregierung über die Vertagung des Landtags bis zum 3. Februar 1909 zu verhandeln.

Der Landtag trat in eine Besprechung desselben ein und lehnte ihn alsdann ab.

Darauf schloß der Präsident die Sitzung vormittags 11<sup>40</sup> Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 9. Sitzung des XXXI. Landtags, 1. Versammlung, vom 21. Dezember 1908.

Schröder.

Vof.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 1. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Neunte Sitzung.

Oldenburg, den 21. Dezember 1908, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten verlas der Schriftführer Abg. Voh das Protokoll der vorangegangenen Sitzung. Einwendungen gegen dasselbe wurden nicht erhoben.

Der Präsident teilte sodann mit, daß eine Petition des Konrad Stucke in Bant, betr. Wiedergabe seines Eigentums, eingegangen und dem Verwaltungsausschuß überwiesen worden sei.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten und dieselbe wie folgt erledigt:

1. Bericht des Finanzausschusses über die zweite Lesung des Voranschlags für das Herzogtum Oldenburg, das Fürstentum Lübeck und das Fürstentum Birkenfeld für das Jahr 1909 und erste Lesung des Finanzgesetzes für das Jahr 1909.

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Die Ausschußanträge 1, 2 und 3 wurden angenommen.

Auf Antrag erfolgte über den Ausschußantrag 4 namentliche Abstimmung. Es stimmten mit „Ja“: die Abgeordneten Ahlhorn (Osternburg), Ahlhorn (Hartwarderwarp), Dörr, Dursthoff, Feldhus, Funch, Gerdes, Frhr. v. Hammerstein, Heitmann, Hug, Koch, Lanje, Meyer, Mohr, Roth, Schmidt, Schröder, Schulz, Steenbock, Tanzen, Tappenbeck, Voh, Wessels, Wilken, mit „Nein“: die Abgeordneten Driver, Enneking, Feigel, Franke, Frye, v. Fricken, Griep, Grube, Haben, Harms, Hergens, Hollmann, Müller (Nuzhorn), Müller (Brake), Plate, Schute, Thorade, Westendorf.

Der Antrag wurde also mit 24 gegen 18 Stimmen angenommen, wodurch sich zugleich der Antrag 5 erledigte. Angenommen wurden auch die Anträge 6 und 7.

Der Vorsitzende teilte mit, daß Anträge zur 2. Lesung des Finanzgesetzes bis um 12 Uhr einzubringen seien.

2. Bericht des Eisenbahnausschusses zur 2. Lesung über die Vorlage der Staatsregierung, betr. den Staatsvertrag zwischen Oldenburg und Preußen wegen Herstellung einer Eisenbahn von Heimbach a. d. Nahe nach Baumholder, vom 17. März 1908. (Anlage 40.)

Berichterstatter: Abg. Heitmann.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

3. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. den Abschluß der Eisenbahnbetriebsklasse für das Jahr 1907 und den Voranschlag der Eisenbahnbetriebsklasse nebst Begründung für das Jahr 1909. (Anlage 9.)

Berichterstatter: Abg. Wessels.

Die Ausschußanträge 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12 und 13 wurden angenommen.

4. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage der Staatsregierung wegen der Nachweisung über die Einnahmen und Ausgaben des Eisenbahn-Baufonds für das Jahr 1907 und des Voranschlags desselben Fonds für das Jahr 1909. (Anlage 31.)

Berichterstatter: Abg. Müller (Brake).

Die Ausschußanträge 1, 2, 3, 4, 5 und 6, 7, 8, 9 wurden angenommen.

Der Antrag 10 wurde mit 34 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 11 wurde, nachdem ihm seitens des Berichterstatters im Einverständnis des Hauses die folgende Fassung gegeben worden war:

„Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, in eine Prüfung der Frage eintreten zu wollen, ob Arbeiten für die Eisenbahnverwaltung nur an solche Firmen zu vergeben sind, welche in Beziehung auf die Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten und, falls Tarifverträge für die betreffende Art der Arbeit am Ort des Betriebes gelten, nicht hinter den Bestimmungen dieser Tarifverträge zurückbleiben.

Ferner wird die Staatsregierung ersucht, das Ergebnis dieser Prüfung dem nächsten Landtage mitzuteilen.“

mit 24 gegen 15 Stimmen angenommen und dadurch zugleich der Antrag 12 erledigt.

5. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg wegen Aufnahme einer Anleihe. 1. Lesung. (Anlage 53.)

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Der Präsident kündigte an, daß Anträge zur 2. Lesung bis um 2 Uhr einzubringen seien.

6. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Schlussnachweisungen über die Bareler Nebenbahnen u. (Anlage 17.)

Berichterstatter: Abg. Lanje.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 10. Sitzung des XXXI. Landtags, 1. Versammlung, vom 22. Dezember 1908.

Schröder.

Dörr.

7. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition der Streckenarbeiter der 16. Bahnmeisterei.

Berichterstatter: Abg. Plate.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Der Präsident teilte mit, daß ein selbständiger Antrag des Abgeordneten Tappenbeck:

„Ich beantrage:

der Landtag wolle die Staatsregierung ersuchen, zu prüfen, welche Mittel geeignet sind, auf eine Abkürzung der Tagungen des Landtags hinzuwirken.“ eingegangen sei und überwies diesen Antrag, den die Versammlung in Betracht zu ziehen beschloß, mit deren Einverständnis dem Finanzausschuß.

Weiter gab der Präsident Kenntnis von einer eingegangenen Verordnung vom 21. Dezember 1908, betr. Verlängerung und Vertagung des Landtags:

„Wir Friedrich August, von Gottes Gnaden Großherzog von Oldenburg, Erbe zu Norwegen, Herzog von Schleswig-Holstein, Stormarn, der Dithmarschen und Oldenburg, Fürst von Lübeck und Birkenfeld, Herr von Zeven und Knipphausen u. s. w.,

verordnen, was folgt:

Die Dauer des gegenwärtig versammelten Landtags wird bis zum 13. Februar 1909 verlängert. Zugleich wird der Landtag mit seinem Einverständnis vom 23. d. M. bis zum 19. Januar 1909 vertagt.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Namensunterschrift und beigedruckten Großherzoglichen Insiegels.

Gegeben Oldenburg, den 21. Dezember 1908.

(Siegel.) **Friedrich August.**

Scheer.

Schluß der Sitzung 1<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 1. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Sechste Sitzung.

Oldenburg, den 22. Dezember 1908, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer Abg. Dörr das Protokoll der vorigen Sitzung, welches genehmigt wurde.

Sodann teilte der Präsident folgenden genügend unterstützten Antrag des Abgeordneten Boff mit:

„Ich beantrage

Der Landtag wolle darüber entscheiden, ob der Schriftführer des Landtages berechtigt ist, die Registratur anzuweisen, daß fertige Berichte, die ohne Vorbehalt von dem Ausschuss abgegeben sind, zu verteilen. § 16 der Geschäftsordnung sagt, daß die Schriftführer den Druck der Protokolle und sonstiger Schriftstücke überwachen.“

Der Gegenstand wurde allgemein als berechtigt anerkannt und dadurch erledigt.

Darauf trat man in die Tagesordnung ein.

1. Bericht des Finanzausschusses zur 2. Lesung des Finanzgesetzes für das Finanzjahr 1909.

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

2. Bericht des Finanzausschusses zur 2. Lesung des Entwurfs eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg wegen Aufnahme einer Anleihe. (Anlage 53)

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betr. die Bedingungen zur Anstellung im Forstverwaltungsdienste. 2. Lesung. (Anlage 7.)

Berichterstatter: Abg. Müller (Ruhhorn).

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betr. Aufhebung des Art. 12 des Zivilstaatsdienergesetzes vom 28. März 1867. 2. Lesung. (Anlage 29.)

Berichterstatter: Abg. Haben.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. die Einführung einer Schafzucht. 2. Lesung. (Anlage 32.)

Berichterstatter: Abg. Haben.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Zum Schlusse teilte der Präsident mit, daß Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung schriftlich den Abgeordneten zugestellt würde.

Schluß 11<sup>20</sup> Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 11. Sitzung des XXXI. Landtags, 1. Versammlung, vom 3. Februar 1909.

Schröder.

v. Fricken.

# Protokoll

über

## die Verhandlungen

der

### 1. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

#### Elfte Sitzung.

Oldenburg, den 3. Februar 1909, vormittags 10 Uhr.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten wurde zunächst von dem Schriftführer Abg. v. Fricke das Protokoll der vorausgegangenen Sitzung verlesen. Erinnerungen gegen dasselbe wurden nicht vorgebracht. Der Präsident erklärte das Protokoll für genehmigt. Sodann teilte er mit, daß die Abgg. Voh und v. Levezow ihre selbständigen Anträge, betr. die Zulassung der Volksschullehrer zum Geschworenen- und Schöffendienst, bezw. ständigen Ausschuß bei den Provinzialräten der Fürstentümer zurückgezogen hätten. Die Eingaben der Amalie Wreesman-Friesoythe und des Konrad Stucke-Bant seien, weil zur Verhandlung im Plenum nicht geeignet, im Archiv niedergelegt worden. Das Haus war ferner damit einverstanden, daß eine Eingabe der Mitglieder des Provinzialrats für das Fürstentum Birkenfeld vom 29. Dezember 1908, die einen Protest gegen angebliche Äußerungen einzelner Abgeordneter enthalte, dem Archiv des Landtags überwiesen werde, da für derartige Proteste der Weg einer schriftlichen Eingabe an den Landtag nicht zugelassen sei.

Es folgte die Verlesung der Eingänge

1. Petition des C. Schumacher zu Radlandsichten und Konf., betr. Verlegung der Holzabfuhrwege in den Forsten an die Grenzen, event. Befreiung der Privatgrundstücke vom Tropfenfall der Bäume in den Forsten.  
Verwaltungsausschuß.
2. Petition der Viehhändler aus Werlte, betr. Aufhebung der Untersuchung des Viehes, welches mit der Kleinbahn in Cloppenburg eingeführt wird.  
Verwaltungsausschuß.
3. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betr.

Gewährung eines Beitrages bis zu 8000 M an die Gemeinde Lönningen zu den Kosten von Uferbefestigungen an der Haase im Jahre 1909. (Anlage 65.)

Finanzausschuß.

4. Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. Aenderung des Rindviehzuchtgesetzes in der Fassung vom 9. April 1906. (Anlage 66.)  
Verwaltungsausschuß.
5. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Mitteilung über den Bau einer Bahn von Barel nach Rodenkirchen. (Anlage 68.)  
Eisenbahnausschuß.
6. Petition des Amtsvorstandes des Amtsverbandes Wehta, betr. Einführung einer Jagdverpachtung.  
Verwaltungsausschuß.
7. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Herstellung einer Desinfektionsanlage beim Peter Friedrich Ludwig's-Hospital in Oldenburg. (Anlage 69.)  
Finanzausschuß.
8. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Herstellung einer Fähranlagevorrichtung in Lemwerder. (Anlage 70.)  
Finanzausschuß.
9. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betr. Aenderung der Geschäftsordnung des Landtags. (Anlage 71.)  
Finanzausschuß.





10. Petition des Handelsvereins in Nordenham, betr. Herstellung einer Fußgängerbrücke zum Personenpier in Nordenham.  
Eisenbahnausschuß.
11. Petition der Ww. des Stationsassistenten Grote-  
lückschen in Delmenhorst, betr. Erhöhung ihrer Pen-  
sion und Waifengelder.  
Finanzausschuß.
12. Petition des Magistrats und Stadtrats der Stadt  
Zeever, betr. Einräumung eines besonderen Abgeord-  
neten der Stadt Zeever.  
Verwaltungsausschuß.
13. Petition des Bürgervereins zu Osterburg, betr. Ab-  
lehnung des Antrages der Mehrheit des Verwaltungsausschusses, betr. Trennung der Gemeinde Osterburg bei Einteilung der Wahlbezirke.  
Verwaltungsausschuß.
14. Antrag der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Erhöhung der Bau-  
summe für den Umbau des Wohnhauses auf Vorwerk Mittelseefeld von 10 000 *M.* auf 14 000 *M.*  
Finanzausschuß.
15. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Erweiterung der Amtsschließerei in Ellwürden. (Anlage 72.)  
Finanzausschuß.
16. Petition des Bürgervereins in Nordenham, betr. Herstellung einer Gleisüberbrückung in Nordenham.  
Eisenbahnausschuß.
17. Petition von Landwirten und Bürgern im Amtsbezirk Cloppenburg, Bechta und Friesoythe, betr. Wegnahme des an vielen Haupt- und Genossenschaftswegen befindlichen Stacheldrahts.  
Verwaltungsausschuß.
18. Petition von Gemeindegürgern der Gemeinde Schweiburg, betr. Bahnbau Barel-Rodenkirchen.  
Eisenbahnausschuß.
19. Petition des Jagdschutzvereins für Cloppenburg und Umgegend, betr. Abänderung des Jagdgesetzes.  
Verwaltungsausschuß.
20. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Verbesserung der Hafenanstalt in Großensiel. (Anlage 73.)  
Finanzausschuß.
21. Petition von Landbewohnern in Gruppenbühren und Umgegend und des Stedingerlandes, betr. Anhalten des Nachtzuges von Bremen in Gruppenbühren.  
Eisenbahnausschuß.
22. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Erwerb-  
ung des dem Fräulein Sophie Rasmus gehörigen an der Amalienstr. 1 hieselbst belegenen Hausgrundstücks. (Anlage 105.)  
Finanzausschuß.
23. Petition des Gemeindevorstandes und Gemeinderats der Stadt Oberstein, betr. Errichtung einer dritten Amtsrichterstelle in Oberstein.  
Verwaltungsausschuß.
24. Petition von 299 ländlichen Grundbesitzern im vorm. Amte Ahrensböck um Gewährung von Rechtschutz gegenüber den seitens der Großh. Oldenb. Regierung in Eutin gegen dieselben ergriffenen Gewalt-Zwangsmassregeln.  
Verwaltungsausschuß.
25. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Schaffung von Lagerplätzen am neuen Elsflether Tidehafen. (Anlage 106.)  
Finanzausschuß.
26. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Bau eines Regierungsgebäudes in Eutin. (Anlage 107.)  
Finanzausschuß.
27. Petition des Postrats Buße hies. um Aenderung der Bestimmungen über die Steuerveranlagung von Stieffindern.  
Finanzausschuß.
28. Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Mitteilung über die in Aussicht genommene Aenderung der Verträge, betr. Wasserwerk in Atens.  
Eisenbahnausschuß.
29. Petition des Gemeinderats von Osterburg, betr. Abhilfe der in der Gemeinde Osterburg herrschenden Arbeitslosigkeit und Vinderung der daraus entstandenen Not.  
Verwaltungsausschuß.

und die Mitteilung, daß der Abg. Müller (Brake) auf einen Tag beurlaubt sei, der Abg. Thorade entschuldigt fehlte. Nachdem der Präsident noch mitgeteilt hatte, daß die Staatsregierung in Vorlage 67 die Mitglieder des Staatsgerichtshofs mitteile, wurde zur Tagesordnung geschritten:

#### 1. Wahl eines Schriftführers.

Der Abg. Harms wurde durch Zuzuf an Stelle des Abg. Boß, der sein Amt niedergelegt hatte, zum Schriftführer gewählt.

#### 2. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betr. die Sonn- und Feiertage. 1. Lesung. (Anlage 50.)

Berichterstatter: Abg. Dörr.

Die Ausschufsanträge 1, 2, 3, 6 und 8 wurden angenommen und dadurch zugleich die Anträge 4, 5, und 7 erledigt.

#### 3. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, betr. die Sonn- und Feiertage. 1. Lesung. (Anlage 42.)

Berichterstatter: Abg. Steenbock.

Die Ausschufsanträge 1, 2, 3, 4, 6, 7, 9, 12 und 13 wurden angenommen und dadurch zugleich die Anträge 5, 8, 10 und 11 erledigt.

#### 4. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betr. die Lustbarkeiten. 1. Lesung. (Anlage 49, Nebenanlage A.)

Berichterstatter: Abg. Roth.

Die Ausschufsanträge 1, 2, 4 und 5 wurden angenommen und dadurch der Antrag 3 erledigt.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, betr. die Luftbarkeiten. 1. Lesung. (Anlage 38, Nebenanlage A.)  
Berichterstatter: Abg. Steenbock.

Die Ausschußanträge 1, 2, 3, 5 und 6 wurden angenommen und dadurch zugleich Antrag 4 erledigt.

6. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betr. Vereinigung der Gemeinden Obertiefenbach und Hettstein. 1. Lesung. (Anlage 39.)

Berichterstatter: Abg. Henn.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

7. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betr. Aenderung des Kindvieh-zuchtgesetzes in der Fassung vom 9. April 1906. 1. Lesung. (Anlage 66.)

Berichterstatter: Abg. Hergens.

Der Ausschußantrag:

Annahme des Gesetzentwurfs wurde angenommen.

8. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betr. die Bezeichnung der Departements des Staatsministeriums als Ministerien. 1. Lesung. (Anlage 45.)

Berichterstatter: Abg. v. Fricken.

Der Ausschußantrag:

Annahme des Gesetzentwurfs, wurde angenommen.

9. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der deutschen Turnerschaft, des Zentralausschusses für Förderung der Volks- und Jugendspiele in Deutschland und des deutschen Turnlehrervereins, betr. Einführung geregelter Körperübungen bei den Fortbildungsschulen.

Berichterstatter Abg. Grube.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

10. Bericht des Verwaltungsausschusses über das Gesuch des Handels- und Gewerbevereins in Barel, betr. Aenderung der Bestimmung über Erhebung der Handelskammerbeiträge.

Berichterstatter: Abg. Schmidt.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

11. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Dielenschiffer der Gemeinde Berne auf Erlangung eines Sandlagers.

Berichterstatter: Abg. Hergens.

Der Ausschußantrag wurde abgelehnt.

12. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abgeordneten Voß, betr. eine Synodalverfassung für die evangelische Kirche des Fürstentums Lübeck.

Berichterstatter Abg. Grube.

Der Ausschußantrag wurde angenommen und damit der selbständige Antrag des Abg. Voß erledigt.

13. Bericht des Verwaltungsausschusses über das Gesuch der Kirchenräte der Kirchengemeinden Stollhamm, Abbehausen, Blexen, Holzwarden, Jade, Neuende, Schwei

und Waddewarden auf authentische Interpretation oder Abänderung der Bestimmung des Art. 80 des Staatsgrundgesetzes.

Berichterstatter: Abg. Koch.

Der Antrag der Ausschlußmehrheit wurde angenommen und damit der Antrag der Minderheit erledigt.

14. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der E. Schumacher und Genossen in Neukirchen und Malente vom 17. Dezember 1908.

Berichterstatter: Abg. Müller (Nughorn).

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

15. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Gutsbesizers Hinrich Detjen in Weihausen, betr. Wasserschäden an der Dichtum.

Berichterstatter: Abg. Koch.

Der Antrag der Ausschlußmehrheit wurde angenommen und dadurch der Antrag der Minderheit erledigt.

16. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Gemeinden Idar, Algenrodt, Mackenrodt, Hettendorf, Kirchweiler, Obertiefenbach, Hettstein, Bollmersbach und Regulshausen betr. Errichtung bzw. Verlegung einer Amtsgerichtsabteilung nach Idar.

Berichterstatter: Abg. Dörr.

Dieser Punkt wurde im Einverständnis des Hauses auf Antrag des Abg. von Hammerstein von der Tagesordnung abgesetzt.

17. Bericht des Finanzausschusses, betr. die Verzeichnisse der in der Zeit vom 1. Oktober 1907 bis dahin 1908 im Bestande des Staats- und Kronguts der drei Provinzen des Großherzogtums vorgekommenen Veränderungen. (Anlage 37.)

Berichterstatter: Abg. Tappenbeck.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

18. Bericht des Finanzausschusses über einen Antrag der Staatsregierung, betr. Erhöhung der Bausumme für den Umbau des Wohnhauses auf Vorwerk Mittelfesfeld von 10 000 *M* auf 14 000 *M* (§ 252 des Voranschlags der Ausgaben des Herzogtums für 1909).

Berichterstatter: Abg. Ahlhorn (Hartwarderwurf).

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

19. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Staatliche Kreditanstalt. (Anlage 52.)

Berichterstatter: Abg. Ahlhorn (Hartwarderwurf).

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

20. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Herstellung einer Fähranlage-Vorrichtung in Lemwerder. (Anlage 70.)

Berichterstatter: Abg. Hollmann.

Der Ausschußantrag:

Der Landtag wolle zur Herstellung einer Fähranlage-Vorrichtung in Lemwerder zum Voranschlag der Landeskasse des Herzogtums für 1909 7000 *M* nachbewilligen, wurde angenommen.

21. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. die Uebernahme der Bürgschaftsleistung für Meliorationsdarlehen an Kolonisten. (Nul. 47.)  
Berichterstatter: Abg. Funch.

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

22. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Eingabe der Bauerschaft Ehren, betr. Staatszuschuß zum Bau einer Chaussee von Lönigen resp. Angelbeck nach Ehren.

Berichterstatter: Abg. Hollmann.

Der Ausschufsantrag:

Der Landtag wolle die Eingabe der Bauerschaft Ehren der Staatsregierung zur Prüfung überweisen, wurde angenommen.

23. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Petition der Amtsboten- und Gerichtsvollziehergehülfen des Amts Oldenburg um Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage.

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Ausschufsantrag:

Uebergang zur Tagesordnung wurde angenommen.

24. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Petition der Wegewärter auf den Staatschauffeen des Großherzogtums Oldenburg um Lieferung von Dienstkleidung.

Berichterstatter: Abg. Hug.

Der Ausschufsantrag:

Der Landtag wolle über die Petition zur Tagesordnung übergehen, wurde angenommen.

25. Bericht des Finanzausschusses über die Petition der Wegemeister im Herzogtum Oldenburg, betr. die Aufbesserung ihrer Befoldungsverhältnisse.

Berichterstatter: Abg. Hug.

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

26. Bericht des Finanzausschusses über die Petition der Wegewärter aus den um die Stadt Oldenburg belegenen Ortschaften.

Berichterstatter: Abg. Hug.

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

27. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Petition der Wirte mit beschränkter Konzession von Bant, um Aufhebung der Wirtschaftsabgabe.

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Der Ausschufsantrag:

Uebergang zur Tagesordnung, wurde angenommen.

Der Präsident eröffnete, daß Anträge zur 2. Lesung bis zum 4. Februar, abends 7 Uhr, einzubringen seien.

Nach vorausgegangener Anzeige des Gegenstandes erhielt schließlich noch der Abg. Frhr. v. Hammerstein das Wort zu seinem selbständigen Antrage, betr. Reichseinkommen- und Reichsvermögenssteuer, sowie Matrifularbeiträge, den er zurückzog.

Um 2 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 12. Sitzung des XXXI. Landtags, 1. Versammlung, am 4. Februar 1909.

Schröder.

Dörr.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 1. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Zwölfte Sitzung.

Oldenburg, den 4. Februar 1909, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem der Präsident die Sitzung eröffnet hatte, wurde vom Schriftführer Abg. Dörr das Protokoll der letzten Sitzung verlesen; dasselbe wurde genehmigt. Der Präsident teilte mit, daß eine Petition des H. Fuhrken, Oldenburg, betr. den Bahnbau Barel-Rodenkirchen, eingegangen sei. Dieselbe wurde dem Eisenbahnausschuß überwiesen. Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betr. Abänderung der Geschäftsordnung des Landtags. 1. Lesung. (Anlage 71.)

Berichterstatter: Abg. Mohr.

Die Anträge 1 und 2 wurden angenommen.

Der Abg. Voß brachte folgenden genügend unterstützten Verbesserungsantrag ein:

„Das Gesetz tritt mit dem 19. Januar 1909 in Kraft“.

Der Landtag beschloß, denselben sofort in die Beratung zu ziehen und wurde derselbe angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Freitag abend 7 Uhr einzureichen.

2. Bericht der Mehrheit und Minderheit des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betr. die Wahl der Abgeordneten zum Landtage. 1. Lesung. (Anlage 20, Nebenanlage A.)

Berichterstatter: Abgg. Koch und Haben.

Um 2 Uhr schlägt der Präsident vor, die Sitzung auf Freitag, den 5. Februar, vormittags 10 Uhr, zu vertagen. Der Landtag ist einverstanden.

Schluß der Sitzung 2,05 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 14. Sitzung des XXXI. Landtags, 1. Versammlung, vom 8. Februar 1909.

Schröder.

Sarms.

# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 1. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogs Oldenburg.

### Dreizehnte Sitzung.

Oldenburg, den 5. Februar 1909, vormittags 10 Uhr.

Nachdem der Präsident die Sitzung eröffnet hatte, trat man sofort in die Tagesordnung ein.

Fortsetzung der Beratung über den Bericht der Mehrheit und Minderheit des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betr. die Wahl der Abgeordneten zum Landtage. 1. Lesung.

Berichterstatter: Abgg. Koch und Habben.

Der Antrag 1 wurde angenommen, Antrag 2 abgelehnt, Antrag 3 erledigt, Antrag 4 erledigt, Antrag 5 wurde angenommen.

Die Anträge 6, 7, 8 und 9 wurden zurückgezogen. Darnach wurden folgende genügend unterstützte Verbesserungsanträge gestellt:

1. Ich beantrage: Es wird folgender § 2a eingeschoben:  
Jeder nach § 2 Wahlberechtigte, der das vierzigste Lebensjahr vollendet hat, erhält eine zweite Stimme.  
Gerdes.

2. Zusatzantrag zum Antrage Gerdes. Dem Antrage Gerdes wird nachgefügt:

2. Eine zweite Stimme erhält ferner:

- a) jeder Wahlberechtigte, der seit mindestens 3 Jahren Eigentümer oder Nießbräucher eines im Großherzogtum belegenen Grundstücks mit darauf befindlichem Wohngebäude ist,
- b) jeder Wahlberechtigte, der als Beamter des Reichs, des Staats, des Hofes, der Kirche oder eines Kommunalverbandes angestellt ist,

c) jeder andere Wahlberechtigte, sofern er im Hauptberufe selbständiger Landwirt oder Gewerbetreibender ist.

Dasselbe gilt für verantwortliche Leiter von Betrieben oder Betriebsteilen aller Art.

Sind mehrere Eigentümer oder Nießbräucher eines Grundstücks stimmberechtigt, und haben dieselben keine Vereinbarung darüber getroffen und der Gemeindebehörde nicht angezeigt, wem die zweite Stimme zustehen soll, so steht dieselbe dem ältesten Stimmberechtigten zu.

Bei Gleichheit des Alters entscheidet das von der Gemeindebehörde zu ziehende Los.

Müller (Brake).

Der Landtag beschloß, dieselben sofort zu beraten. Zu beiden Anträgen wurde namentliche Abstimmung beantragt und beschloffen.

Für den Antrag Gerdes stimmten mit „ja“ die Abgeordneten: Driver, Enneking, Feigel, Franke, Frye, v. Fricke, Gerdes, Griep, Habben, v. Hammerstein, Henn, Hergens, Hollmann, v. Lebekow, Mohr, Müller (Rughorn), Müller (Brake), Plate, Schröder, Schute, Thorade, Westendorf, Ahlhorn (Hartwarderwarp), mit „nein“ die Abgeordneten Dörr, Dursthoff, Grube, Harms, Heitmann, Hug, Koch, Lanje, Meyer, Roth, Schmidt, Schulz, Steenbock, Tanzen, Tappenbeck, Voß, Wessels, Wilken, Ahlhorn (Osternburg).

Die Abgeordneten Feldhus und Funch fehlten bei der Abstimmung.

Der Antrag ist mit 23 gegen 19 Stimmen angenommen.

Für den Antrag Müller (Brake) stimmten mit „ja“ die Abgeordneten Gnneking, Feigel, Francke, Freye, v. Fricke, Griep, Habben, v. Hammerstein, Henn, Hergens, Hollmann, v. Levegow, Mohr, Müller (Ruhhorn), Müller (Brake), Plate, Schröder, Schute, Thorade, Westendorf, Ahlhorn (Hartwarderwurf) und Driver, mit „nein“ die Abgeordneten Feldhus, Gerdes, Grube, Harms, Heitmann, Hug, Koch,

Lanje, Meyer, Roth, Schmidt, Schulz, Steenbock, Tanzen, Tappenbeck, Voß, Wessels, Wilken, Ahlhorn (Osternburg), Dörr und Dursthoff.

Der Abgeordnete Funch fehlte bei der Abstimmung.

Der Antrag ist mit 22 gegen 21 Stimmen angenommen.

Darauf beschloß der Landtag, sich bis Montag morgen 10 Uhr zu vertagen und die Beratung der heutigen Tagesordnung fortzusetzen.

Schluß 1,30 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 14. Sitzung des XXXI. Landtags, 1. Versammlung, vom 8. Februar 1909.

**Schröder.**

**v. Fricke.**



# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 1. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Vierzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 8. Februar 1909, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten verlas der Schriftführer, Abg. v. Fricke, das Protokoll der vorangegangenen Sitzung, welches genehmigt wurde.

Der Präsident teilte sodann mit, daß ein genügend unterstützter Antrag des Abg. Ahlhorn (Osternburg) folgenden Wortlauts:

„Ich beantrage Wiederholung der Abstimmung über den Verbesserungsantrag Müller (Brake) auf Grund des § 76 der Geschäftsordnung.“

eingegangen sei, daß er diesen Antrag am Schlusse der Sitzung zur Abstimmung bringen und zunächst in die Fort-

setzung der Tagesordnung der 13. Sitzung eintreten werde.

Der Landtag entschied sich auf Anfrage des Präsidenten mit Stimmenmehrheit dahin, daß sofort über den Antrag Ahlhorn zur Abstimmung zu schreiten sei.

Darauf verließ ein Teil der Abgeordneten das Sitzungszimmer, der Abg. v. Fricke bezweifelte Beschlußfähigkeit des Landtags. Es wurde festgestellt, daß weniger als  $\frac{2}{3}$  der Abgeordneten anwesend seien.

Da die Beschlußunfähigkeit des Hauses andauerte, ver- tagte der Präsident die Sitzung auf Dienstag, vorm. 10 Uhr. Schluß der Sitzung 10<sup>20</sup> Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 15. Sitzung des XXXI. Landtags, 1. Versammlung, vom 9. Februar 1909.

Schröder.

Dörr.

# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 1. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Fünfzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 9. Februar 1909, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem der Präsident die Sitzung eröffnet hatte, wurde vom Schriftführer, Abg. Dörr, das Protokoll der letzten Sitzung verlesen, dasselbe wurde genehmigt. Vor Eintritt in die Tagesordnung erteilte der Präsident dem Abg. Ahlhorn (Osternburg) das Wort, worauf letzterer folgende Erklärung zu Protokoll gab:

„Aus den Worten des Abgeordneten Feigel vom gestrigen Tage geht hervor, als hätten die Gegner des Antrages Müller (Brake) den Augenblick benutzen wollen, in dem die Mehrheit vom Freitag voriger Woche zufällig nicht zusammen war, um den Antrag zu Fall zu bringen.

Demgegenüber erkläre ich und stelle fest, daß mein Entschluß, den § 76 der Geschäftsordnung anzurufen, schon am Freitagabend voriger Woche gefaßt war und zwar aus dem einfachen Grunde, um vollständige Klarheit darüber zu schaffen, ob der Antrag Müller (Brake) eine Mehrheit im Landtage habe oder nicht. Dies konnte am Freitag nicht zum Ausdruck kommen, weil der Abgeordnete Funch bei der Abstimmung fehlte.

Etwa 15 Minuten vor Eröffnung der Sitzung, als kaum  $\frac{1}{2}$  Duzend Mitglieder im Hause war, setzte ich den Kollegen Wessels als ersten davon in Kenntnis und etwa 10 Minuten vor der Sitzung, als nur 4—6 Abgeordnete im Saale waren und noch gar nicht zu übersehen war, ob die Anhänger oder Gegner des Antrages in der Mehrheit seien, besprach ich die Sache mit dem Herrn Präsidenten und teilte ihm mit, daß ich den nach § 76 der Geschäftsordnung erforderlichen Antrag stellen wollte. Ich habe vorher mit keinem anderen Abgeordneten über die Angelegenheit gesprochen.

Ich bitte den Herrn Präsidenten und Kollegen Wessels, mir dies als richtig bestätigen zu wollen, soweit ich mich auf sie in dieser Erklärung bezogen habe.

Ich halte mich zu dieser Erklärung um so mehr verpflichtet, als bereits in der „Morgenzeitung“ eine unrichtige Darstellung von einem Abgeordneten veröffentlicht wird. Ich gebe diese meine Erklärung auch im Namen derjenigen Herren ab, die meinen Antrag unterstützt haben.“

Dann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

**Fortsetzung der Beratung des Berichts der Mehrheit und Minderheit des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betr. die Wahl der Abgeordneten zum Landtage.** (Anlage 20.)

Berichterstatter: Abgg. Koch und Haben.

Bei der Abstimmung über den Antrag des Abg. Müller (Brake) stimmten mit „ja“ die Abgeordneten Ahlhorn (Hartwarderwurp), Driver, Enneking, Feigel, Franke, Frye, v. Frieden, Griep, Haben, v. Hammerstein, Henn, Hergens, Hollmann, v. Leveschow, Mohr, Müller (Nuhhorn), Müller (Brake), Plate, Schröder, Schute, Thorade und Westendorf; mit „nein“ stimmten die Abgeordneten Ahlhorn (Osternburg), Dörr, Dursthoff, Feldhus, Funch, Gerdes, Grube, Harms, Heitmann, Hug, Koch, Lanje, Meyer, Roth, Schmidt, Schulz, Steenbock, Tanzen, Tappenbeck, Voß, Wessels und Wilken. Da Stimmgleichheit war, mußte die Abstimmung noch einmal wiederholt werden. Vom Präsidenten wurde vorgeschlagen, die Abstimmung



am Schluß der heutigen Sitzung vorzunehmen. Der Landtag ist einverstanden.

Der Antrag 10 wurde abgelehnt; Antrag 11 ist erledigt. Der Antrag 12 wurde angenommen; Antrag 13 wurde mit 32 gegen 12 Stimmen abgelehnt; die Anträge 14 und 15 sind hinfällig. Der Antrag 16 ist erledigt; der Antrag 17 wurde mit 29 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Der Antrag des Abg. Ahlhorn (Osternburg):

„Falls der Antrag 24 (unveränderte Annahme der §§ 4 und 5) abgelehnt und der Antrag 17 angenommen werden sollte, stelle ich zu Antrag 18 folgenden Verbesserungsantrag:

§ 5 der Regierungsvorlage erhält folgende Fassung:

§ 5.

Es werden folgende 47 Wahlkreise gebildet:

- 1.—3. wie im Antrage 18,
4. die Gemeinde Osternburg,
5. die Gemeinden Eversten und Ohmstede,
6. die Gemeinden Holle, Wardenburg und Hatten,
- 7., 8. usw. wie im Antrage 18,“

ist erledigt. Die Anträge 18, 19, 20 und 21 sind hinfällig.

Der Abg. Schulz stellte einen Verbesserungsantrag:

„Das Amt Rüstringen erhält 5 Abgeordnete.“

Derselbe wurde abgelehnt.

Der Abg. Tappenbeck stellte einen Verbesserungsantrag:

I. Der § 4 erhält folgende Fassung:

Es werden folgende 45 Wahlkreise gebildet:

1. die Stadtgemeinde Oldenburg,
2. der Ort Osternburg und die Bezirke Eversten I—IV,
3. der Rest der Gemeinde Eversten und die Gemeinde Ohmstede,
4. der Rest der Gemeinde Osternburg, die Gemeinden Holle, Wardenburg und Hatten,
5. die Gemeinden Rastede und Wieselstede,
6. die Gemeinden Zwischenahn und Edewecht,
7. die Gemeinden Westerstede und Apen,
8. die Stadtgemeinde Varel,
9. die Gemeinden Bockhorn, Neuenburg und Zetel,
10. die Landgemeinde Varel, die Gemeinden Schweiburg und Jade,
11. die Stadtgemeinde Jever,
12. die Gemeinden Cleverns, Sandel, Schortens, Sillenstede, Sande, Accum, Fedderwarden, Sengwarden,
13. die Gemeinden Waddewarden, Oldorf, Wüppels, St. Joost, Wiarden, Minßen, Wangerooze, Höhenkirchen,
14. die Gemeinde Bant, Nordbezirk,
15. die Gemeinde Bant, Südbezirk,
16. die Stadtgemeinde Heppens,
17. die Gemeinde Neuende,
18. die Stadtgemeinde Nordenham, die Gemeinden Blexen und Abbehausen,

19. die Gemeinden Stollhamm, Seefeld, Waddens, Burhave, Langwarden, Toffens, Eckwarden, Esenshamm,
20. die Stadtgemeinde Brake, die Gemeinden Hammelwarden und Holzwarden,
21. die Gemeinden Ovelgönne, Strückhau'en, Rodenkirchen, Schwei, Dedesdorf,
22. die Stadtgemeinde Esfleth, die Landgemeinde Esfleth, die Gemeinden Altenhunteorf, Bardensfleth, Neuenbrok, Großenmeer und Oldenbrok,
23. die Gemeinden Berne, Neuenhunteorf, Warfleth und Bardewisch,
24. die Stadtgemeinde Delmenhorst, Nordbezirk,
25. die Stadtgemeinde Delmenhorst, Südbezirk,
26. die Gemeinden Ganderkesee und Hude,
27. die Gemeinden Altesesch, Stuhr, Hasbergen, Schönmoor,
28. die Stadtgemeinde Wildeshausen, die Landgemeinde Wildeshausen, die Gemeinden Großenkneten, Huntelosen und Dötlingen,
29. die Gemeinden Dythe, Lutten, Goldenstedt, Bisbeck, Langförden,
30. die Stadtgemeinden Bechta und Lohne, die Landgemeinde Lohne,
31. die Gemeinden Bakum, Westrup, Dinklage, Huldorf,
32. die Gemeinden Steinfeld, Damme, Neuentkirchen,
33. die Stadtgemeinde Cloppenburg, die Gemeinden Crapendorf, Emstek, Kappeln,
34. die Gemeinden Lastrup, Molbergen, Lindern, Garrel,
35. die Gemeinden Effen und Lönningen,
36. die Stadtgemeinde Friesoythe, die Gemeinden Barzel, Altenoythe, Böfel, Marthausen, Scharrel, Neuscharrel, Ramsloh, Strücklingen,
37. die Stadtgemeinde Cutin, die Gemeinden Malente und Neufkirchen,
38. die Gemeinden Redingsdorf, Bosau, Sibliu, Süsel, Gleschendorf, die Landgemeinde Cutin,
39. die Gemeinden Ost-Katekau, West-Katekau, Gniffau, Curau, der Flecken Ahrensböf,
40. die Gemeinden Obernwolde, Kensefeld, Schwartau, Stockelsdorf,
41. die Bürgermeisterei Nohfelden,
42. die Bürgermeisterei Birkenfeld,
43. die Bürgermeisterei Iddar,
44. die Stadt Oberstein,
45. die Bürgermeistereien Herrstein und Niederbrombach.

II. Der § 5 erhält folgende Fassung:

Im ersten Wahlkreise werden drei Abgeordnete, in den anderen Wahlkreisen je ein Abgeordneter gewählt.

Derselbe wurde abgelehnt in namentlicher Abstimmung mit 23 gegen 21 Stimmen.

Mit „ja“ stimmten die Abgeordneten Ahlhorn (Osternburg), Dörr, Dursthoff, Feldhus, Funch, Grube, Harms, Heitmann, Hug, Koch, Lanje, Meyer,



Roth, Schmidt, Schulz, Steenbock, Tanzen, Tappenbeck, Wof, Wessels und Wilken; mit „nein“ stimmten die Abgeordneten Althorn (Hartwarderwarp), Driver, Enneking, Feigel, Franke, Frye, v. Fricken, Gerdes, Griep, Habben, v. Hammerstein, Henn, Hergens, Hollmann, v. Levesow, Mohr, Müller (Rughorn), Müller (Brake), Plate, Schröder, Schute, Thorade und Westendorf.

Der Abg. Müller (Rughorn) stellte einen Verbesserungsantrag:

Der Landtag wolle beschließen:

der § 4 der Anlage 20, Nebenanlage B. erhält folgende Fassung:

§ 4. Für die Wahl der Abgeordneten werden folgende Wahlkreise gebildet:

1. Stadtgemeinde Oldenburg (3 Abg.),
2. Ortsgemeinde Osternburg und die Bezirke Eversten I—IV (1 Abg.),
3. der Rest der Gemeinde Eversten (Bloß, Friedrichsfehn, Petersfehn, Wechloy, Ofen, Metjendorf, Ofenerfeld) und die Gemeinde Ohmstede (1 Abg.),
4. der Landbezirk Osternburg, die Gemeinden Holle, Wardenburg und Hatten (1 Abg.),
5. die Gemeinden Rastede, Wieselstede (1 Abg.),
6. die Gemeinden Zwischenahn und Edewecht (1 Abg.),
7. die Gemeinden Apen und Westerstede (1 Abg.),
8. Stadt und Amt Barel (2 Abg.),
9. " " " " Fever (2 Abg.),
10. Gemeinde Bant (2 Abg.),
11. Gemeinden Heppens und Neuende (2 Abg.),
12. Amt Butjadingen (2 Abg.),
13. " Brake (2 Abg.),
14. " Glisfleth und die Gemeinde Alteneesch (2 Abg.),
15. " Delmenhorst ohne die Gemeinde Alteneesch (2 Abg.),
16. Stadt Delmenhorst Nordbezirk (besteht aus der engeren Stadt nördlich der Eisenbahn Oldenburg-Bremen und dem östlichen Stadtgebiet) (1 Abg.),
17. Stadt Delmenhorst Südbezirk (besteht aus der engeren Stadt südlich der Bahn Oldenburg-Bremen, dem südlichen Stadtgebiet und den Bezirken Deichhorst und Dwoberg) (1 Abg.),
18. Amt Wildeshausen (1 Abg.),
19. Amt Wechta, die Gemeinden Dythe, Lutten, Goldenstedt, Wisbeck, Langförden (1 Abg.),
20. Dasselbe, die Städte Wechta und Lohne und die Landgemeinde Lohne (1 Abg.),
21. Dasselbe, die Gemeinden Bestrup, Dinklage und Holdorf (1 Abg.),
22. Dasselbe, die Gemeinden Steinfeld, Damme, Neuenkirchen (1 Abg.),
23. Amt Cloppenburg (3 Abg.),
24. Amt Friesoythe (1 Abg.),

25. Fürstentum Lüneburg Nordbezirk (Stadt und Landgemeinde Gutin, Neukirchen, Malente, Redingsdorf, Bosau, Siblin, Gleichendorf, Süsel) (2 Abg.),

26. Dasselbe Südbezirk (West- und Ost-Matekau, Gniffau, Flecken und Landgemeinde Ahrensböf, Curau, Oberwohlde, Rensfeld, Schwartau, Stockelsdorf) (2 Abg.),

27. Fürstentum Birkenfeld, Bürgermeisterei Rohfelden (1 Abg.),

28. Dasselbe, Bürgermeisterei Birkenfeld (1 Abg.),

29. " " " " Idar (1 Abg.),

30. " " Stadt Oberstein (1 Abg.),

31. " " Bürgermeistereien Herrstein und Niederbrombach (1 Abg.).

Alle 20 Jahre ist die Notwendigkeit einer anderen Abgrenzung der Wahlkreise zu prüfen.

Es sind 45 Abgeordnete und zwar in den Wahlkreisen 1 und 23 je drei, in den Wahlkreisen 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 25 und 26 je zwei und in den übrigen Wahlkreisen je ein Abgeordneter zu wählen.

Der § 5 der Vorlage wird gestrichen.

Derselbe wurde mit 32 Stimmen angenommen.

Der Abg. Wilken stellte einen Verbesserungsantrag zum Antrag Müller (Rughorn):

Annahme der Ziffern 8 und 9 in folgender Fassung:

8. Stadt und Amt Barel (3 Abg.),

9. " " " " Fever (3 Abg.).

Derselbe wurde gegen 18 Stimmen abgelehnt. Der Antrag 22 wurde abgelehnt, Antrag 23 ist erledigt. Der Antrag 24 ist erledigt, die Anträge 25 und 26 wurden angenommen. Der Antrag 27 wurde gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 28 wurde abgelehnt, Antrag 29 wurde angenommen mit 28 Stimmen. Der Antrag 30 wurde abgelehnt, Antrag 31 ist erledigt. Der Antrag 32 wurde angenommen. Der Antrag 33 lautet richtig: Annahme des § 15 unter Streichung des 2. Satzes im 2. Absatz. Derselbe wurde angenommen.

Der Antrag 34 wurde angenommen, Antrag 35 wurde zurückgezogen. Die Anträge 36 und 37 wurden angenommen, der Antrag 38 wurde abgelehnt gegen 17 Stimmen.

Der Antrag 39 ist erledigt, die Anträge 40 und 41 wurden angenommen, Antrag 42 ist hinfällig. Die Anträge 43 und 44 wurden angenommen, die Anträge 45 und 46 sind hinfällig. Der Antrag 47 wurde angenommen, Antrag 48 ist hinfällig. Der Antrag 49 wurde angenommen, Antrag 50 ist hinfällig. Der Antrag 51 wurde angenommen, Antrag 52 ist hinfällig. Der Antrag 53 wurde angenommen, Antrag 54 ist hinfällig. Der Antrag 55 wurde angenommen, der Antrag 56 ist hinfällig. Die Anträge 57 und 58 wurden angenommen, der Antrag 59 ist hinfällig. Die Anträge 60 und 61 wurden angenommen, Der Antrag 62 ist hinfällig. Die Anträge 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69 und 70 wurden angenommen, der Antrag 71 wurde abgelehnt.

Der Antrag der Staatsregierung:

Dem § 42 der Nebenanlage B zu Anlage 20 wird nachgefügt:

„Die Art der zu benutzenden Wahlurne wird vom Ministerium des Innern bestimmt“

wurde angenommen.

Der Antrag 72 ist erledigt, Antrag 73 ist hinfällig. Die Anträge 74, 75 und 76 wurden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Donnerstag abend 7 Uhr einzureichen.

Sodann wurde über den Antrag des Abg. Müller

(Brake) wieder abgestimmt. Mit „Ja“ bzw. „Nein“ stimmten dieselben Abgeordneten wie zu Eingang dieses Protokolls angeführt.

Der Antrag ist abgelehnt.

Der Präsident setzte die nächste Sitzung auf Mittwoch vormittag 10 Uhr an mit folgender Tagesordnung:

**Bericht der Mehrheit und Minderheit des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Schulgesetzes für das Herzogtum Oldenburg.**

Schluß der Sitzung 2,40 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 16. Sitzung des XXXI. Landtags, 1. Versammlung, vom 10. Februar 1909.

**Schröder.**

**Sarms.**



# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 1. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Sechszehnte Sitzung.

Oldenburg, den 10. Februar 1909, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem der Präsident die Sitzung eröffnet hatte, verlas der Schriftführer Abg. Harms das Protokoll der vorigen Sitzung, welches genehmigt wurde. Sodann trat man in die Tagesordnung ein.

1. Bericht der Mehrheit und Minderheit des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Schulgesetzes für

das Herzogtum Oldenburg. 1. Lesung. (Anlage 10.)

Berichterstatter: Abgg. Tanzen und Driver.

Die Tagesordnung beschränkte sich auf die allgemeine Beratung des Gesetzentwurfs. Schluß 2<sup>05</sup> Uhr.

Nächste Sitzung morgen früh 10 Uhr. Fortsetzung der heutigen Tagesordnung.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 17. Sitzung des XXXI. Landtags, 1. Versammlung, vom 11. Februar 1909.

Schröder.

v. Fricke.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 1. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Siebenzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 11. Februar 1909, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem der Präsident die Sitzung eröffnet hatte, verlas der Schriftführer von Fricken das Protokoll der vorangegangenen Sitzung, welches genehmigt wurde.

Sodann wurde mit der Fortsetzung der Tagesordnung der 16. Sitzung fortgefahren.

Eine neue Sitzung zur Fortsetzung der Tagesordnung beräumte der Präsident auf den 12. Februar, vorm. 10 Uhr an.

Schluß der Sitzung 2 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 18. Sitzung des XXXI. Landtags, 1. Versammlung, am 12. Februar 1909.

Schröder.

Dörr.

# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 1. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Achtzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 12. Februar 1909, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem der Präsident die Sitzung eröffnet hatte, verlas der Schriftführer Abg. Dörr das Protokoll der letzten Sitzung, welches genehmigt wurde. Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten:

Fortsetzung der Beratung über den Bericht der Mehrheit und Minderheit des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Schulgesetzes für das Herzogtum Oldenburg. 1. Lesung. (Anlage 10.)

Berichterstatter: Abgg. Tanzen und Driver.

Der Antrag 1 wird abgelehnt gegen 4 Stimmen.

Der Antrag 2 wird angenommen, Antrag 3 wird abgelehnt, der Antrag 4 ist erledigt. Die Anträge 5, 6, 7, 8 und 9 werden angenommen, der Antrag 10 wird abgelehnt. Die Anträge 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18 und 19 werden angenommen, Antrag 20 ist erledigt.

Zu Antrag 21 wird vom Berichterstatter Abg. Tanzen ein Verbesserungsantrag gestellt:

Im Antrage 21 werden die Worte:

„In den Stadtgemeinden sind die Mitglieder des Stadtmagistrats“ ersetzt durch die Worte „Seine Mitglieder sind“.

Derselbe wird angenommen.

Die Anträge 22, 23, 24, 25, 26 und 27 werden angenommen.

Zu Antrag 28 wird vom Berichterstatter Abg. Tanzen ein Verbesserungsantrag gestellt:

Im Antrage 28 werden der Zahl „31“ die Worte „§ 1 Abs. 3“ nachgefügt.

Derselbe wird angenommen.

Die Anträge 29, 30 und 30a werden angenommen.

Der Antrag 31 wird angenommen mit 23 Stimmen. Der Antrag 32 wird angenommen, desgl. der Antrag 33, der Antrag 34 ist erledigt. Die Anträge 35, 36 und 37 werden angenommen, der Antrag 38 wird abgelehnt. Der Antrag 39 wird angenommen, die Anträge 41, 42, 43, 44 und 45 werden zurückgezogen.

Zu Antrag 40 ist von der Minderheit des Verwaltungsausschusses ein Verbesserungsantrag gestellt:

Der Bericht der Mehrheit gibt die Stellungnahme der Minderheit zum § 22 des Gesetzentwurfs und zu dem Antrag 40 insoweit nicht genau wieder, als er davon ausgeht, daß die Minderheit den Absatz 1 des § 22 in der Fassung der Regierungsvorlage hat beibehalten und im Anschluß daran als zweiten Absatz den Absatz 2 des Antrags 40 der Mehrheit „Zum Wirkungskreise des Schulvorstandes usw.“ hat nachfügen wollen. Dies ist die wirkliche Auffassung der Minderheit nicht gewesen. Vielmehr wollte sie, wie dies auch seinen Ausdruck in dem von ihr erstatteten Bericht gefunden hat, an Stelle des Absatz 1 des § 22 der Regierungsvorlage die beiden ersten Absätze des Antrages 40 übernehmen, also diesem Antrage bis zum Abs. 3 „Der Schulvorstand kann die usw.“ zustimmen. Da diese ihre Auffassung bei der Abstimmung nicht richtig zum Ausdruck gekommen ist, beantragt die Minderheit unter Zurückziehung ihrer Anträge 41, 42, 43, 44 und 45 folgende Verbesserung zum Antrag 40:

Antrag 1:

Der § 22 erhält in seinen beiden ersten Absätzen folgende Fassung:



1. Der Schulvorstand verwaltet das Schulwesen der Gemeinde, führt die allgemeine Aufsicht über Schule und Lehrer und pflegt die Verbindung zwischen Schule und Elternhaus.
  2. Zum Wirkungskreise des Schulvorstandes gehört insbesondere:
    1. Die Vorbereitung und die Ausführung der Beschlüsse des Gemeinderats über
      - a) die Abänderung und Feststellung des Voranschlags,
      - b) die Abgrenzung der Schulbezirke (§ 25),
      - c) die Einrichtung von neuen und die Aufhebung bestehender Volksschulen (§ 27),
      - d) die Einrichtung von Hilfsschulen (§§ 28, 29),
      - e) die Vereinigung von Nachbargemeinden oder Teilen derselben zur Einrichtung einer gemeinsamen Schule (§ 30),
      - f) die Einrichtung besonderer Knaben- und Mädchenschulen (§ 31),
      - g) die Einrichtung von neuen und die Aufhebung bestehender Klassen (§ 33),
      - h) die Trennung der Geschlechter in Schulen mit mehr als 3 Klassen (§ 35),
      - i) die Einrichtung von höheren Schulen, höheren Bürgerschulen, Mittelschulen, erweiterten Volksschulen und Volksschul-Erweiterungsklassen (§§ 102, 110),
      - k) die Gehaltsordnung über das Dienst-einkommen der Lehrerstellen (§ 104) und
      - l) die Anstellung und Entlassung der Lehrkräfte an den unter i) bezeichneten Schulen (§§ 103—108 einschl.),
      - m) die Einrichtung von Sommer Schulen (§§ 43, 44).
    2. die Beschlußfassung über:
      - a) die Festsetzung der Unterrichtszeiten (§ 4 Ziffer 3),
      - b) die Festsetzung der Geldstrafen (§ 41),
      - c) die Abgabe von Gutachten über alle An-gelegenheiten, die ihm zu diesem Behufe von den Staatsbehörden überwiesen werden.
- Antrag 2:  
Ablehnung des Absatzes 3 des Antrags 40.
- Antrag 3:  
Annahme des Absatzes 2 des § 22 als Absatz 3

unter Ersetzung der Worte „des Geistlichen“ in der letzten Zeile durch die Worte „des geistlichen Mitgliebes“.

Antrag 4:

Annahme des Absatzes 3 des § 22 als Absatz 4 unter Streichung der Worte „der der Genehmigung des Oberschulkollegiums bedarf“ im ersten Satz und des ganzen zweiten Satzes.

Antrag 5:

Annahme des § 22 mit den aus vorstehenden Anträgen 1—4 sich ergebenden Änderungen.

Von diesem Verbesserungsantrage wurde der Antrag 1 angenommen.

Der Antrag 2 wurde abgelehnt in namentlicher Abstimmung mit 24 gegen 20 Stimmen.

Für den Antrag stimmten die Abgeordneten: Ahlhorn (Hartwarderwarp), Driver, Enneking, Feigel, Franke, v. Fricke, Freye, Griep, Habben, Henn, Hergens, Hollmann, v. Levezow, Mohr, Müller (Muzhorn), Plate, Schröder, Schute, Thorade und Westendorf.

Gegen den Antrag stimmten die Abgeordneten: Ahlhorn (Osternburg), Dörr, Dursthoff, Feldhus, Funch, Gerdes, Grube, v. Hammerstein, Harms, Heitzmann, Hug, Koch, Lanje, Meyer, Müller (Brake), Roth, Schmidt, Schulz, Steenbock, Tanzen, Tappenbeck, Voß, Wessels und Wilken.

Der Präsident konstatierte, daß hierdurch der Absatz 3 des Antrages der Mehrheit angenommen sei.

Die Anträge 3 und 4 wurden abgelehnt, der Antrag 5 ist erledigt.

Die Anträge 46, 47, 48 und 49 des Berichts der Mehrheit wurden angenommen.

Der Präsident setzte die nächste Sitzung an auf Montag, den 15. Februar, vormittags 10 Uhr, mit der Tagesordnung: **Fortsetzung der Beratung des Schulgesetzentwurfs.**

Der Präsident teilte mit, daß folgende Interpellation des Abg. Müller (Brake) eingegangen sei:

„Ist die Staatsregierung in der Lage, dem Landtage über den Stand der Verhandlungen mit Preußen wegen Ausbau des Hunte-Ems-Kanals und Bau des Kanals Campe-Dörpen Auskunft zu geben?“

Dieselbe wurde auf die nächste Tagesordnung gesetzt. Schluß der Sitzung 2 Uhr 10 Minuten.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 19. Sitzung des XXXI. Landtags, 1. Versammlung, vom 15. Februar 1909.

Schröder.

Harms.

# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 1. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogl. Oldenburg.

### Neunzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 15. Februar 1909, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem der Präsident die Sitzung eröffnet hatte, verlas der Schriftführer, Abg. Harms, das Protokoll der vorigen Sitzung, welches genehmigt wurde.

Abg. v. Fricke verlas folgende Eingänge:

1. Vorlage der Großherzogl. Staatsregierung, betr. Uebertragung von 1200 *M* auf 1909 für die Einrichtung des früher Lohe'schen Hauses an der Georgstraße hies. (Anlage 110.)

Finanzausschuß.

2. Vorlage der Großherzogl. Staatsregierung, betr. Uebertragung von 1000 *M* auf 1909 für Maler- und Nebenarbeiten im Schullehrerseminar hies. (Anlage 111.)

Finanzausschuß.

Der Landtag erklärte sich mit der Ueberweisung an die betreffenden Ausschüsse einverstanden.

Sodann trat man in die Tagesordnung ein:

1. Fortsetzung der Beratung über den Bericht der Mehrheit und Minderheit des Verwaltungsausschusses, betr. den Schulgesetzentwurf für das Herzogtum Oldenburg. 1. Lesung. (Anlage 11.)

Berichterstatter: Abgg. Tanzen und Driver.

Zum Antrage 50 stellte der Regierungsbevollmächtigte einen Verbesserungsantrag:

Ich beantrage:

„Im Antrage 50 die Worte: „vom Staatsministerium, Departement der Kirchen und Schulen, zu ernennen und“ zu streichen. v. Finckh.

ebenso Abg. Driver:

Ich beantrage, daß dem ersten Absatz des § 24 in der Formulierung des Antrags 50 folgender Satz hinzugefügt wird:

„Die Kreis Schulinspektoren müssen der Konfession angehören, deren Schulen von ihnen beaufsichtigt werden.“

Beide Anträge wurden mitberaten und angenommen. Antrag 50 wurde angenommen. Die Anträge 51, 52, 52a, 53 und 54 wurden angenommen.

Zum Antrage 55 stellte der Regierungsbevollmächtigte folgenden Antrag:

Ich beantrage, im Antrag 55 im 2. Absatz nach dem ersten Satze folgendes einzuschließen:

„Im Falle des § 27 ist das Obergericht an die Feststellung des Staatsministeriums, ob Staatsbeihilfen in Frage kommen, gebunden.“

v. Finckh.

welcher abgelehnt wurde. Antrag 55 wurde angenommen; die Anträge 56 und 57 wurden angenommen, Antrag 58 ist erledigt. Die Anträge 59 bis 65 inkl. wurden angenommen, Antrag 66 wurde abgelehnt. Die Anträge 67, 68 und 69 wurden angenommen; Antrag 70 ist erledigt, die Anträge 71, 72 und 73 wurden angenommen. Antrag 74 wurde abgelehnt; die Anträge 75, 76 und 77 wurden angenommen, die Anträge 78 und 79 wurden abgelehnt; Antrag 80 ist erledigt. Der § 41 der Vorlage wurde angenommen, ebenso Antrag 80a; Antrag 81 wurde abge-





lehnt. Der zu diesem Antrage vom Abg. Boß gestellte genügend unterstützte Verbesserungsantrag:

„§ 43 erhält folgende Fassung:

Für das Sommerhalbjahr kann der Schulvorstand mit Genehmigung des Oberschulkollegiums eine ungeteilte Schulzeit für die Schulen der Gemeinde anordnen“

war damit hinfällig. Die Anträge 82 und 83 wurden angenommen, Antrag 84 wurde abgelehnt; die Anträge 85 bis 101 inkl. wurden angenommen. Der Antrag 102 wurde mit 21 gegen 19 Stimmen angenommen; damit ist Antrag 103 erledigt. Die Anträge 104 bis 109 inkl. wurden angenommen; Antrag 110 wurde abgelehnt, die Anträge 111 bis 119 inkl. wurden angenommen. Antrag 120 wurde abgelehnt; die Anträge 121 bis 124 inkl. wurden angenommen.

Um 1<sup>15</sup> Uhr vertagte sich der Landtag bis 4 Uhr nachm.

Nachdem der Präsident um 4 Uhr die Sitzung eröffnet hatte, wurde in der Beratung fortgefahren.

Der Antrag 125 wurde abgelehnt, Antrag 126 wurde angenommen; Antrag 127 ist erledigt. Die Anträge 128 bis 135 inkl. wurden angenommen; Antrag 136 wurde mit 24 Stimmen angenommen, Antrag 137 ist damit erledigt; die Anträge 138 und 138a wurden angenommen. Der Antrag 139 wurde angenommen, Antrag 140 ist erledigt.

Zum Antrag 141 wurde folgende veränderte Fassung vorgeschlagen:

„Der Antrag 141 wird durch folgenden Antrag ersetzt:

Annahme des § 102 Abs. 1 in folgender Fassung:

Neben den Volksschulen können die Gemeinden durch Gemeindestatut höhere Schulen, höhere Bürgerschulen und Mittelschulen errichten. Mittelschulen können auch in Verbindung mit Volksschulen errichtet werden.“ Tanzen.

und angenommen; damit ist Antrag 141 erledigt.

Zum Antrage 142 stellte der Abg. Wessels einen genügend unterstützten Antrag auf namentliche Abstimmung.

Mit „ja“ stimmten die Abgeordneten Müller (Brafe), Roth, Schmidt, Steenbock, Tanzen, Tappenbeck, Thorade, Boß, Wessels, Ahlhorn (Osternburg), Dörr,

Dursthoff und Grube; mit „nein“ stimmten die Abgeordneten v. Levekow, Mohr, Plate, Schröder, Schulz, Schute, Westendorf, Wilken, Ahlhorn (Hartwarderwurf), Driver, Enneking, Feigel, Feldhus, Frye, v. Fricke, Gerdes, Griep, Habben, Harms, Heitmann, Henn, Hergens und Hollmann.

Bei der Abstimmung fehlten die Abgeordneten Lanje, Meyer, Müller (Nuzhorn), Francke, Funch und von Hammerstein. Die Anträge 143 (mit Aenderung) und 144 wurden angenommen.

Darauf beschloß der Landtag auf Vorschlag des Präsidenten, sich bis morgen früh 10 Uhr zu vertagen.

Die Gegenstände der nächsten Sitzung wurden vom Präsidenten mitgeteilt:

1.—6. Fortsetzung der heutigen Tagesordnung.

7. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Amtsverbandes Friesoythe, betr. Aenderung des Jagdgesetzes vom 17. April 1847.

8. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abgeordneten Ahlhorn (Osternburg), betr. Vereinigung des Ortes Osternburg mit der Stadt Oldenburg.

9. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petitionen wegen der Rechtsbeständigkeit des Berggesetzes für das Herzogtum Oldenburg und das Fürstentum Lübeck.

10. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Gesetzentwurf für das Herzogtum, betr. Abgabe von Tanzgesellschaften z. 1. Lesung. (Anlage 54.)

11. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Gesetzentwurf für das Fürstentum Birkenfeld, betr. die Sonn- und Feiertage. 2. Lesung. (Anlage 50.)

12. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Gesetzentwurf für das Fürstentum Lübeck, betr. die Sonn- und Feiertage. 2. Lesung. (Anlage 42.)

13. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Gesetzentwurf für das Fürstentum Birkenfeld, betr. die Lustbarkeiten. 2. Lesung. (Anlage 49.)

14. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Gesetzentwurf für das Fürstentum Lübeck, betr. die Lustbarkeiten. 2. Lesung. (Anlage 38.)

Schluß der Sitzung 7<sup>10</sup> Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 20. Sitzung des XXXI. Landtags, 1. Versammlung, vom 16. Februar 1909.

Schröder.

v. Fricke.

# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 1. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogs Oldenburg.

### Zwanzigste Sitzung.

Oldenburg, den 16. Februar 1909, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer Abg. von Fricken das Protokoll der vorangegangenen Sitzung, welches genehmigt wurde.

Dann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

**1. Fortsetzung der Beratung über den Bericht der Mehrheit und Minderheit des Verwaltungsausschusses, betr. den Schulgesetzentwurf für das Herzogtum Oldenburg. 1. Lesung. (Anlage 10.)**

Berichterstatter: Abgg. Tanzen und Driver.

Angenommen wurden die Ausschußanträge 145, 146, 148, 150—154; die Anträge 147 und 149 sind durch Annahme der vorigen Anträge erledigt. Ferner wurden angenommen die Anträge 157, 159 bis 161, 163 bis 165, 167 bis 169 (der letztere in folgender Fassung:

„Annahme des § 113 mit der Maßgabe, daß im 1. Absatz in der 3. Zeile hinter das Wort „Staatsministerium“ die Worte „Departement der Kirchen und Schulen“ zu setzen sind“),

sowie die Anträge 170, 172 bis 179, 181 bis 184 und 186 bis 190. Damit erledigten sich zugleich die Anträge 155, 158, 162, 166, 180 und 185.

Abgelehnt wurden die Anträge 156 und 171 (gegen 5 Stimmen).

Der Präsident teilte mit, daß Anträge zur 2. Lesung bis Donnerstag, den 18. Februar, abends 7 Uhr, einzubringen seien.

**2. Interpellation des Abg. Müller (Brake), betr. Ausbau des Hunte-Ems-Kanals und Bau des Kanals Campe-Dörpen.**

Die Interpellation:

Ist die Staatsregierung in der Lage, dem Landtage über den Stand der Verhandlungen mit Preußen wegen Ausbau des Hunte-Ems-Kanals und Bau des Kanals Campe-Dörpen Auskunft zu geben?

wurde von dem Regierungsbevollmächtigten wie folgt beantwortet:

Die Verhandlungen mit der Königlich Preussischen Regierung über die Herstellung leistungsfähiger Wasserstraßen zwischen der unteren Hunte bei Oldenburg und der Ems ruhen seit annähernd zwei Jahren. Preußen hat Bedenken getragen, Oldenburg die erbetene Erlaubnis zum Ausbau der geplanten Kanalverbindungen zu erteilen, weil nach Ansicht preussischer Interessententeile durch den Bau der Teilstrecke Campe-Dörpen wesentliche preussische Interessen geschädigt werden würden. Die Großherzogliche Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß in den wirtschaftlichen Anschauungen der beteiligten Kreise, besonders soweit sie dem Unteremsgebiet angehören, ein Umschwung eintreten, und daß man auch dort die mannigfachen Vorteile erkennen wird, die dem gesamten Emsverkehr aus den oldenburgischerseits geplanten Kanälen erwachsen werden.

Die Großherzogliche Regierung wird die vorliegenden Kanalprojekte im Interesse des oldenburger Landes und des gesamten Unterweßergebiete im Auge behalten und nach Kräften bestrebt sein, die entgegenstehenden Schwierigkeiten zu beseitigen.

Ein genügend unterstützter Antrag auf Besprechung der

Interpellation wurde angenommen, worauf die Besprechung stattfand.

**3. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betr. die Geschäftsbehandlung bei der Regierung des Fürstentums Lübeck.** 1. Lesung. (Anlage 43, Nebenanlage A.)

Berichterstatter Abg. T a n z e n.

Der Antrag 1 wurde abgelehnt. Die Anträge 2, 3 und 4 wurden angenommen, Antrag 3 in folgender Fassung:

Im § 5 Abs. 1 werden die Worte „bleiben die Regierungen“ durch die Worte „bleibt die Regierung“ und im 2. Abs. das Wort „Regierungen“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt.

Der Präsident teilte mit, daß Anträge zur 2. Lesung bis abends 7 Uhr einzubringen seien.

**4. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Gesetzentwurf für das Großherzogtum, betr. die Bezeichnung der**

**Departements des Staatsministeriums als Ministerien.** 2. Lesung. (Anlage 45.)

Berichterstatter Abg. v. F r i c k e n.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

**5. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betr. Abänderung der Geschäftsordnung des Landtags.** 2. Lesung. (Anlage 71.)

Berichterstatter Abg. M o h r.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

**6. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Gemeinderats zu Osterburg wegen Maßnahmen zur Beseitigung der in der Gemeinde herrschenden Arbeitslosigkeit.**

Berichterstatter Abg. G r u b e.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Der Präsident teilte mit, daß die Tagesordnung der nächsten Sitzung schriftlich bekanntgegeben werde.

(Schluß der Sitzung 2 Uhr.)

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 21. Sitzung des XXXI. Landtags, 1. Versammlung, am 19. Februar 1909.

Schröder.

Dörr.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 1. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Einundzwanzigste Sitzung.

Oldenburg, den 19. Februar 1909, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem der Präsident die Sitzung eröffnet hatte, verlas der Schriftführer Abg. Dörr das Protokoll der letzten Sitzung, welches genehmigt wurde. Der Präsident teilte mit, daß die Anlage 72 zurückgezogen sei und daß die Dauer des Landtags bis zum 5. März verlängert worden sei.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten:

1. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Amtsverbandes Friesoythe, betr. Aenderung des Jagdgesetzes vom 17. April 1847.

Berichterstatter: Abg. v. Fricke.

Der Antrag 1 wurde abgelehnt, Antrag 2 wurde abgelehnt gegen 10 Stimmen.

Die Anträge 3 und 4 wurden angenommen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbstständigen Antrag des Abg. Ahlhorn (Osternburg), betr. Vereinigung des Ortes Osternburg mit der Stadt Oldenburg.

Berichterstatter: Abg. Grube.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition wegen der Rechtsbeständigkeit des Berggesetzes für das Herzogtum Oldenburg und das Fürstentum Lübeck.

Berichterstatter: Abg. Dörr.

Der Ausschußantrag 1 wurde angenommen mit 21 Stimmen, der Antrag 2 ist erledigt.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Gesetzentwurf für das Herzogtum, betr. Abgabe von Tanzgesellschaften etc. 1. Lesung. (Anlage 54.)

Berichterstatter: Abg. Ahlhorn (Osternburg).

Der Ausschußantrag 1 wurde angenommen, die Anträge 2 und 3 wurden abgelehnt, die Anträge 4, 5 und 6 sind erledigt.

Anträge zur 2. Lesung sind bis heute abend 7 Uhr einzureichen.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Gesetzentwurf für das Fürstentum Birkenfeld, betr. die Sonn- und Feiertage. 2. Lesung. (Anlage 50.)

Berichterstatter: Abg. Dörr.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

6. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Gesetzentwurf für das Fürstentum Lübeck, betr. die Sonn- und Feiertage. 2. Lesung. (Anlage 42.)

Berichterstatter: Abg. Steenbock.

Die Ausschußanträge 1, 3 und 4 wurden angenommen. Der Antrag 2 ist erledigt.

7. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Gesetzentwurf für das Fürstentum Birkenfeld, betr. die Lustbarkeiten. 2. Lesung. (Anlage 49.)

Berichterstatter: Abg. Roth.



Die Auschußanträge 1, 2, 3 und 7 wurden angenommen. Die Anträge 4 und 6 sind erledigt, Antrag 5 wurde abgelehnt.

8. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Gesetzentwurf für das Fürstentum Lübeck, betr. die Luftbarkeiten. 2. Lesung. (Anlage 38.)

Berichterstatter: Abg. Steenbock.

Die Auschußanträge 1, 2, 3 und 7 wurden angenommen. Die Anträge 4 und 5 sind abgelehnt, Antrag 6 ist erledigt.

9. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Gesetzentwurf für das Fürstentum Birkenfeld, betr. Vereinigung der Gemeinden Obertiefenbach und Hettstein. 2. Lesung. (Anlage 39.)

Berichterstatter: Abg. Henn.

Der Auschußantrag wurde angenommen.

10. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Gesetzentwurf, betr. Aenderung des Rindviehzuchtgesetzes in der Fassung vom 9. April 1906. 2. Lesung. (Anlage 66.)

Berichterstatter: Abg. Hergens.

Der Auschußantrag wurde angenommen.

11. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Viehhändler S. Simon u. Gen. um Aufhebung der Untersuchung des Viehs, das mit der Kleinbahn in Cloppenburg eingeführt wird.

Berichterstatter: Abg. Driver.

Der Auschußantrag wurde angenommen.

12. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition mehrerer Landeigentümer und Interessenten der Heidefrüher Wäse, des Hoyergraben und des Kiedegraben um Verbesserung der bisherigen schlechten Entwässerung ihrer in Frage kommenden Ländereien.

Berichterstatter: Abg. Schmidt.

Der Auschußantrag wurde angenommen.

13. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Gemeinden Idar, Algenrodt, Mackenrodt, Hetttenrodt, Kirchsweiler, Obertiefenbach, Hettstein, Bollmersbach und Regulshausen, betr. Errichtung bezw. Verlegung einer Amtsgerichtsabteilung nach Idar.

Berichterstatter: Abg. Dörr.

Der Auschußantrag wurde angenommen.

14. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Gemeindevorstandes und des Gemeinderats der Stadt Oberstein, betr. die Errichtung einer dritten Amtrichterstelle in Oberstein.

Berichterstatter: Abg. Roth.

Der Auschußantrag wurde angenommen.

15. Bericht des Finanzausschusses über die Petition

der Ww. Frers und Gen., betr. Abänderung der Bestimmungen für die Unterstützung von Witwen.

Berichterstatter: Abg. Funch.

Der Auschußantrag wurde angenommen.

16. Bericht des Finanzausschusses über die Petition der Witwe des Stations-Assistenten Grotelüschjen.

Berichterstatter: Abg. Funch.

Der Auschußantrag wurde angenommen.

17. Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Verbandes der Grenz- und Steueraufsicher des Herzogtums Oldenburg, betr. Erhöhung ihres Einkommens.

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Auschußantrag wurde angenommen.

18. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Zuschuß an die Gemeinde Lönigen zu den Kosten von Uferbefestigungen an der Haase im Jahre 1909. (Anlage 65.)

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Auschußantrag wurde angenommen.

19. Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Gewerbe- und Handelsvereins zu Oldenburg, betr. Stempel- und Gerichtsgebühren für Wechselproteste.

Berichterstatter: Abg. Dursthoff.

Der Auschußantrag wurde angenommen.

20. Bericht des Finanzausschusses, betr. Herstellung eines Dampfdesinfektionsapparates im Peter Friedrich Ludwig-Hospital. (Anlage 69.)

Berichterstatter: Abg. Gerdes.

Der Auschußantrag wurde angenommen.

21. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Hafenanstalt Großenfiel. (Anlage 73.)

Berichterstatter: Abg. Althorn (Hartwarderwurf).

Der Auschußantrag:

Der Landtag wolle für Verbesserung der Hafenanstalt Großenfiel den Betrag von 14500 M nachbewilligen, wurde angenommen.

22. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Bereitstellung von Lagerplätzen nebst Zubehör am neuen Elsflether Tidehafen. (Anlage 106.)

Berichterstatter: Abg. Hollmann.

Der Auschußantrag:

Der Landtag wolle die voraussichtlich erforderliche Summe von 34000 M zur Bereitstellung von Lagerplätzen nebst Zubehör am neuen Elsflether Tidehafen unter der Bedingung bewilligen, daß die

Mittel vorbehaltlich späterer Erstattung dem Wasserbaufonds entnommen und von den Inhabern der Plätze angemessen verzinst werden,  
wurde angenommen.

**23. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Ankauf des Hausgrundstücks Amalienstraße 1 in Oldenburg.** (Anlage 105.)

Berichterstatter: Abg. Tappenbeck.

Der Ausschußantrag:

Der Landtag wolle zum Ankauf des dem Fräulein Sophie Rasmus gehörigen an der Amalienstraße Nr. 1 in Oldenburg gelegenen Hausgrundstücks 25 000 *M* aus der Staatsgutskapitalienkasse für 1909 zur Verfügung stellen,  
wurde angenommen.

**24. Bericht des Finanzausschusses über das Schreiben**

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 22. Sitzung des XXXI. Landtags, 1. Versammlung, vom 25. Februar 1909.

Schröder.

Sarms.

der Staatsregierung vom 3. Oktober 1908, betr. die gemäß Art. 196 § 2 des Staatsgrundgesetzes vorzulegenden Bücher und Rechnungen der Zentralkasse des Großherzogtums und der Landeskasse des Herzogtums Oldenburg sowie der zugehörigen Nebenkassen für das Jahr 1907. (Anlage 5.)

Berichterstatter: Abgg. Enneking, Hollmann und Hug.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

**25. Bericht des Finanzausschusses über die Anstellung zweier Katasterbeamten im Fürstentum Lüneburg.** (Anlage 28.)

Berichterstatter: Abg. v. Levechow.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Der Präsident teilte mit, daß Zeit und Gegenstände der Tagesordnung der nächsten Sitzung den Abgeordneten schriftlich mitgeteilt würden.

Schluß der Sitzung 1,40 Uhr.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 1. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Zweihundzwanzigste Sitzung.

Oldenburg, den 25. Februar 1909, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem der Präsident die Sitzung eröffnet hatte, verlas der Schriftführer Abg. Harms das Protokoll der vorigen Sitzung, welches genehmigt wurde.

Sodann teilte der Präsident noch folgenden Eingang mit:  
Petition der Gemeindevertretung Lönningen, betreffend Wahl eines Abgeordneten in den Gemeinden Effen und Lönningen.  
Verwaltungsausschuß.

Der Landtag erklärte sich mit der Ueberweisung einverstanden.

Sodann trat man in die Tagesordnung ein.

1. Bericht des Eisenbahnausschusses über das Schreiben der Staatsregierung, betr. die Bahn Barel-Rodenkirchen. (Anlage 68.)

Berichterstatter: Abg. Müller (Brafé).

Die Anträge 1 und 2 wurden angenommen.

2. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition der Landbewohner in Gruppenbühen und Umgegend und des Stedingerlandes, betr. Anhalten des Nachtzuges (11<sup>27</sup> ab Bremen) in Gruppenbühen.

Berichterstatter: Abg. Westendorf.

Der Antrag wurde angenommen.

3. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition des Handelsvereins Nordenham und über die Mitteilung des Bürgervereins daf., betr. Herstellung einer schienenfreien Ueberführung zum Personenpier in Nordenham.

Berichterstatter Abg. Harms.

Antrag wurde angenommen.

4. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Aenderung der Verträge über die Wasserentnahme aus dem Wasserwerk bei Nordenham. (Anlage 108.)

Berichterstatter: Abg. Meyer.

Der Antrag wurde angenommen.

5. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. den Bau eines Regierungs- und Amtsgerichtsgebäudes in Gutin. (Anlage 107.)

Berichterstatter: Abg. v. Levezow.

Der Antrag wurde angenommen.

6. Bericht des Finanzausschusses, betr. den Normal-Etat der Stärke und Verpflegung der Gendarmerie für das Herzogtum Oldenburg und das Fürstentum Lübeck und die „näheren Bestimmungen“ dazu vom 7. Januar 1909 an. 1. Lesung. (Anlage 48.)

Berichterstatter: Abg. Gerdes.

Die Anträge 1—6 inkl. wurden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Sonnabend mittags 1 Uhr einzubringen.

7. Bericht des Finanzausschusses, betr. Herstellung einer Abwässer-Reinigungsanlage bei der Heil- und Pflegeanstalt in Behnen. (Anlage 55.)

Berichterstatter: Abg. Gerdes.

Der Antrag wurde angenommen.

8. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Zentralheizung im Schullehrerseminar. (Anlage 111.)

Berichterstatter: Abg. Ahlhorn (Hartwarderwurf).

Die Anträge 1 und 2 wurden angenommen.



**9. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Wiederaufbau einer Scheune auf Vorwerk Süderseefeld. (Anlage 109.)**

Berichterstatter: Abg. Ahlhorn (Hartwarderwarp).

Der Antrag:

Der Landtag wolle für den Neubau der Scheune auf Vorwerk Süderseefeld und für die Herstellung einer Düngerstätte nebst 2 Jauchegruben den Betrag von  $9100 + 2800 \text{ M} = 11900 \text{ M}$ . nachbewilligen, wurde angenommen.

**10. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. bauliche Veränderungen im Seminargebäude. (Anlage 110.)**

Berichterstatter: Abg. Ahlhorn (Hartwarderwarp).

Der Antrag:

Der Landtag wolle zu der Uebertragung von 1200 M auf 1909 seine Zustimmung erteilen, wurde angenommen.

**11. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung des Gesetzentwurfs für das Großherzogtum, betr. die Wahl der Abgeordneten zum Landtage. (Anlage 20, Neben-anlage B.)**

Berichterstatter: Abg. Koch.

Zum Antrage 2 wurde namentliche Abstimmung beantragt.

Mit „nein“ stimmten die Abgeordneten: Mohr, Müller (Nughorn), Müller (Brake), Plate, Schröder, Schute, Thorade, Westendorf, Ahlhorn (Hartwarderwarp), Driver, Enneking, Feigel, Feldhus, Francke, Frye, v. Fricken, Funch, Gerdes, Griep, Haben, v. Hammerstein, Harms, Henn, Hergens, Hollmann, v. Levezow.

Mit „ja“ stimmten die Abgeordneten: Meyer, Roth, Schmidt, Schulz, Steenbock, Tanzen, Tappenbeck, Boß, Wessels, Wilken, Ahlhorn (Osternburg), Dörr, Dursthoff, Grube, Heitmann, Hug, Koch und Lanje.

Damit sind die Anträge 1 und 4 erledigt.

Der Antrag 5 wurde mit 26 gegen 18 Stimmen angenommen.

Zum Antrag 6 stellte der Abg. Ahlhorn (Hartwarderwarp) folgenden genügend unterstützten Verbesserungsantrag:

Ich beantrage:

Der § 2a, wie er nach dem vom Abg. Gerdes zur zweiten Lesung gestellten Antrage dem Gesetzentwurfe eingefügt werden soll, erhält folgenden Zusatz:

„oder mindestens 30 Jahre alt und Besitzer oder Nießbräucher eines im Großherzogtum belegenen Grundstücks mit darauf befindlichem Wohnhause ist“,

über welchen namentliche Abstimmung beantragt wurde.

Mit „ja“ stimmten die Abgeordneten: Plate, Schute, Thorade, Westendorf, Ahlhorn (Hartwarderwarp), Driver, Enneking, Feigel, Francke, v. Fricken, Frye, Griep, Haben, von Hammerstein, Henn, Hergens, Hollmann, v. Levezow, Mohr, Müller (Nughorn), Müller (Brake).

Mit „nein“ stimmten die Abgeordneten: Roth, Schmidt, Schröder, Schulz, Steenbock, Tanzen, Tappenbeck, Boß, Wessels, Wilken, Ahlhorn (Osternburg),

Dörr, Dursthoff, Feldhus, Funch, Gerdes, Grube, Harms, Heitmann, Hug, Koch, Lanje und Meyer. Damit ist Antrag 3 erledigt.

Der 2. Absatz des Antrages Hollmann wurde zurückgezogen, der Antrag 9 wurde gegen 14 Stimmen mit 28 Stimmen abgelehnt; Antrag 10 angenommen, damit sind die Anträge 7 und 8 hinfällig.

Zu den Anträgen 11 und 12 stellte der Abg. Griep folgenden genügend unterstützten Verbesserungsantrag:

Ich beantrage bezüglich der Nr. 19, 20, 21 und 22 des Antrags Müller (Nughorn) in erster Lesung: „Wiederherstellung der Regierungsvorlage“,

welcher angenommen wurde. Damit sind die Anträge 11 und 12 abgelehnt. Die Ziffer 2 des Antrags Enneking wurde zurückgezogen. Der Antrag 14 wurde mit 19 gegen 21 Stimmen abgelehnt; Antrag 13 angenommen. Der Antrag 16 wurde mit 22 gegen 15 Stimmen angenommen; damit ist Antrag 15 erledigt. Der Antrag 18 wurde mit 23 gegen 14 Stimmen angenommen, damit ist Antrag 17 erledigt; Antrag 19 wurde angenommen. Für den Fall der Annahme des Antrages 20 stellte der Regierungsvertreter folgenden Verbesserungsantrag:

Im § 21 Absatz 2 des Gesetzes wird hinter dem Worte „Umschläge“ eingeschoben „und zwar von dem Wähler mit zwei Stimmen in einem blauen und dem Wähler mit einer Stimme in einem gelben Umschläge.“

Calmejer-Schmedes.

Antrag 20 wurde abgelehnt, mithin Verbesserungsantrag erledigt. Zu Antrag 21 stellte der Regierungsvertreter folgenden Verbesserungsantrag:

Die Ziffer 2 des Antrages wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

Der § 25 des Gesetzes erhält folgenden Wortlaut: Der Wähler, welcher seine Stimme abgeben will, tritt an den Vorstandstisch, nennt seinen Namen sowie auf Erfordern seine Wohnung und übergibt, sobald der Schriftführer die Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, seinen zusammengefalteten Stimmzettel oder, wenn er zwei Stimmen hat, seine beiden einzeln zusammengefalteten Stimmzettel dem Wahlvorsteher oder dessen Vertreter (§ 22), der die Zettel sofort uneröffnet in die Wahlurne legt.

Wähler, welche durch körperliche Gebrechen behindert sind, ihre Stimmzettel dem Wahlvorsteher eigenhändig zu übergeben, dürfen sich der Beihilfe eines anderen bedienen. Stimmzettel, welche nicht zusammengefastet oder mit einem äußeren Kennzeichen versehen sind, hat der Wahlvorsteher zurückzuweisen.

Im § 27 wird das Wort „Umschläge“ durch „Stimmzettel“ ersetzt.

Der § 28 Abs. 1 erhält folgende Fassung: Sodann erfolgt die Prüfung der Stimmzettel. Einer der Beisitzer faltet jeden Stimmzettel auseinander und übergibt ihn dem Wahlvorsteher, der ihn laut vorliest und einem anderen Beisitzer zur Aufbewahrung bis zum Ende der Wahlhandlung überreicht.



Im § 29 werden die Bestimmung unter Ziffer 1 und der zweite Absatz gestrichen, die Nummern werden geändert.

Der zweite Absatz des § 30 wird gestrichen.

In den §§ 31 und 35 werden die Worte „und Umschläge“ gestrichen.

Im § 42 werden die Worte „der Stimmzettelumschläge“ gestrichen.

Calmeyer-Schmedes.

Der Antrag 21 wurde mit 23 gegen 19 Stimmen angenommen, desgleichen der Verbesserungsantrag. Antrag 22 wurde angenommen; Antrag 23 wurde in namentlicher Abstimmung gegen 9 Stimmen angenommen.

Mit „ja“ stimmten die Abgeordneten: Roth, Schmidt, Schröder, Schute, Steenbock, Tanzen, Tappenbeck, Thorade, Wessels, Westendorf, Wilken, Ahlhorn (Hartwarderwarp), Driver, Enneking, Feigel, Feldhus, Franke, Frye, v. Fricke, Funch, Gerdes, Griep, Grube, Habben, v. Hammerstein, Harms,

Henn, Hergens, Hollmann, Lanje, v. Lebekow, Mohr, Müller (Ruhhorn), Müller (Brake) und Plate.

Mit „nein“ stimmten die Abgeordneten: Schulz, Voh, Ahlhorn (Osternburg), Dörr, Dursthoff, Heitmann, Hug, Koch und Meyer.

Antrag 24 wurde angenommen.

Sodann teilte der Präsident folgenden genügend unterstützten Antrag des Abg. Enneking mit:

„Ich beantrage, der Landtag wolle der Staatsregierung zur Ausführung eines Bohrversuchs auf Kohle oder Kali zu Lasten der außerordentlichen Ausgaben für 1909 die Summe von 100 000 *M* unter besonderer Position zur Verfügung stellen.“

Der Landtag beschloß, ihn in Betracht zu ziehen und dem Finanzausschuß zu überweisen.

Nächste Sitzung unbestimmt; Tagesordnung: Alle Gegenstände, die noch nicht erledigt sind.

(Schluß der Sitzung 2 Uhr 47 Min.)

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 23. Sitzung des XXXI. Landtags, 1. Versammlung, vom 2. März 1909.

Schröder.

v. Fricke.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 1. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Dreißundzwanzigste Sitzung.

Oldenburg, den 2. März 1909, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten verlas der Schriftführer, Abg. v. Fricken, das Protokoll der vorausgegangenen Sitzung, welches genehmigt wurde.

Der Präsident verlas sodann das eingegangene Schreiben der Staatsregierung, betreffend Aufhebung der dem Magistrat und der Pfarre in Vechna zustehenden Sonderrechte hinsichtlich des Schulwesens. (Siehe Anlage 112.)

Der Landtag war damit einverstanden, daß dieses Schreiben sogleich als Punkt 3a der Tagesordnung in die Beratung gezogen werden sollte, ferner damit, daß die Fristen für die Einbringung von Anträgen zur 2. Lesung auf das äußerste Maß abzukürzen seien.

Der Präsident gab folgende Erklärung ab:

„In der letzten Sitzung hat der Herr Abg. Meyer den Zwischenruf „Heuchelei“ gebraucht.

Da ich den Zwischenruf nicht gehört hatte und aus einer Erklärung des Herrn Abgeordneten nicht glauben entnehmen zu können, daß einem Abgeordneten Heuchelei vorgeworfen sei, bin ich gegen diesen Ausdruck nicht eingeschritten.

Nachträglich darauf aufmerksam gemacht, daß der erwähnte Ausdruck gegen den Herrn Abg. Ahlhorn (Hartwarderwurp) gerichtet gewesen sei, habe ich an der Hand der Stenogramme festgestellt, daß der Ausdruck Heuchelei tatsächlich gegen den Herrn Abg. Ahlhorn (Hartwarderwurp) gerichtet war.

Ich stelle daher nachträglich fest, daß Herr Abg. Meyer einen unparlamentarischen und beleidigenden Ausdruck gegen einen Abgeordneten gebraucht hat. Hätte ich

die Sachlage übersehen oder wäre mir dieselbe noch in derselben Sitzung klar geworden, so würde ich dem Herrn Abg. Meyer einen Ordnungsruf erteilt haben.“

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten:

1. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. Erhebung einer Abgabe von Tanzgesellschaften, Musikaufführungen, Schaustellungen usw. (Anlage 54.)

Berichterstatter: Abg. Ahlhorn (Osternburg.)

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung über den Entwurf eines Gesetzes, betr. Geschäftsbehandlung bei der Regierung des Fürstentums Lübeck. (Anlage 43.)

Berichterstatter: F. B.: Abg. Tanzen.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

3. Bericht des vereinigten Finanz- und Eisenbahnausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betr. einen Wohnungsgeldzuschuß für die Zivilstaatsdiener und für die Volksschullehrer. 1. Lesung. (Anlage 33.)

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Präsident gab den Vorsitz an den Vizepräsidenten Abg. Tanzen ab.

Um 1 Uhr schloß der Vizepräsident die Vormittags-sitzung.

Die Nachmittags-sitzung wurde um 4 Uhr vom Vizepräsidenten eröffnet.

Punkt 3 der Tagesordnung wurde wieder aufgenommen

Der Antrag 1 wurde angenommen. Der Antrag 2 wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt; es stimmten dagegen die Abgeordneten Ahlhorn (Hartwarderwarp), Enneking, Feigel, Feldhus, v. Fricken, Gerdes, Habben, v. Hammerstein, Harms, Henn, Hollmann, Lanje, v. Levezow, Mohr, Müller (Nuzhorn), Plate, Schmidt, Schröder, Schute, Tangen, Thorade, Westendorf, Wilken; dafür die Abgeordneten Ahlhorn (Osternburg), Dörr, Dursthoff, Driver, Franke, Frye, Funck, Griep, Grube, Harms, Heitmann, Hergens, Hug, Koch, Lanje, Meyer, Müller (Brake), Roth, Schmidt, Schulz, Steenbock, Tangen, Tappenbeck, Voß, Wessels.

Der Antrag 3 wurde in namentlicher Abstimmung angenommen; es stimmten dafür die Abgeordneten Ahlhorn (Osternburg), Dörr, Dursthoff, Driver, Feigel, Franke, Frye, Funck, Griep, Grube, Harms, Heitmann, Hergens, Hug, Koch, Lanje, Meyer, Müller (Brake), Roth, Schmidt, Schulz, Steenbock, Tangen, Tappenbeck, Voß, Wessels, Wilken; dagegen die Abgeordneten Ahlhorn (Hartwarderwarp), Enneking, Feldhus, v. Fricken, Gerdes, Habben, v. Hammerstein, Henn, Hollmann, v. Levezow, Mohr, Müller (Nuzhorn), Plate, Schröder, Schute, Thorade, Westendorf.

Angenommen wurden auch die Anträge 4 und 5.

Präsident Schröder übernahm wieder den Vorsitz

und teilte mit, daß Anträge zur 2. Lesung bis zum 3. März, mittags 1 Uhr, einzubringen seien.

Es folgte Punkt 3a der Tagesordnung, das eingangs erwähnte Schreiben der Staatsregierung.

Die Anträge der Staatsregierung:

1. Der Landtag wolle dem nachstehenden Gesetzentwurf seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen:

Die dem Magistrat und der Pfarre in Bechta zustehenden Sonderrechte hinsichtlich des Schulwesens werden aufgehoben.

2. Die Staatsregierung wird ermächtigt, vorstehende Bestimmung und die §§ 126 und 126a des dem Landtage vorliegenden Entwurfs eines Schulgesetzes für das Herzogtum Oldenburg als § 126 dieses Schulgesetzes in folgender Fassung zu verkünden:

Die einzelnen Personen, Korporationen oder Gemeinden hinsichtlich des Schulwesens zustehenden Sonderrechte werden aufgehoben.

wurden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung: bis zum 3. März, mittags 1 Uhr.

Der Präsident kündigte die nächste Sitzung zur Fortsetzung der Tagesordnung auf den 3. März, vormittags 10 Uhr, an.

Schluß der Sitzung: 6<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 24. Sitzung des XXXI. Landtags, 1. Versammlung, vom 3. März 1909.

Schröder.

Dörr.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 1. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Vierundzwanzigste Sitzung.

Oldenburg, den 3. März 1909, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem der Präsident die Sitzung eröffnet hatte, wurde vom Schriftführer Abg. Dörr das Protokoll der letzten Sitzung verlesen. Dasselbe wurde genehmigt. Der Präsident teilt mit, daß folgender selbständiger Antrag des Abg. Tappenbeck eingegangen sei.

Ich beantrage:

I. Der Landtag wolle folgendem Gesetzentwurfe zustimmen:

Gesetz

für das Großherzogtum, betreffend einen Gehaltszuschlag für die Zivilstaatsdiener.

§ 1.

Die im Zivilstaatsdienste angestellten Beamten, Lehrer und Lehrerinnen beziehen einen einmaligen Gehaltszuschlag nach folgenden näheren Bestimmungen.

§ 2.

Soweit nicht der § 4 dieses Gesetzes ein anderes vorschreibt, beträgt der Gehaltszuschlag sechs vom Hundert des Höchstgehalts oder festen Gehalts, welches für die von dem Beamten bekleidete Stelle bestimmt ist, mindestens aber 100 *M* und höchstens 450 *M* im Jahre. Die sich darnach ergebenden Beträge des Zuschlags sind erforderlichenfalls auf volle zehn Mark für das Jahr nach oben abzurunden.

§ 3.

Gehalt im Sinne des § 2 ist das zur Befoldung

zu rechnende Dienstinkommen (Art. 13 und 15 des revidierten Zivilstaatsdienergesetzes vom 28. März 1867) mit Ausnahme des Gehaltszuschlags.

§ 4.

Der Gehaltszuschlag wird nicht gewährt für die zu Nr. 82 und 198 des Gehaltsregulativs genannten Stellen.

Soweit der Betrag des Gehalts nach Art. 9 § 3 des Gesetzes, betr. das Gehaltsregulativ für den Zivildienst, vom Staatsministerium festzusetzen ist, bestimmt das Staatsministerium, ob und in welcher Höhe ein Gehaltszuschlag gewährt wird. Dieser darf den Betrag nicht übersteigen, der nach dem Höchstgehalte der Stelle sich aus den Bestimmungen des § 2 ergibt.

§ 5.

Bei Versetzung eines Beamten in eine Stelle, für die ein geringerer Gehaltszuschlag bestimmt ist, bezieht der Beamte den bisherigen Gehaltszuschlag bis zur Verleihung der nächsten Zulage; von da an den Gehaltszuschlag der neuen Stelle.

§ 6.

Auf den Gehaltszuschlag finden alle für die Befoldung geltenden Vorschriften Anwendung.

§ 7.

Dieses Gesetz tritt vom 1. Januar 1909 an in Wirksamkeit, gilt aber nur für die Dauer des Jahres 1909.

II. Der Landtag wolle der Staatsregierung die Mittel zur Verfügung stellen, um den im Staatsdienste oder in Staatsbetrieben beschäftigten Personen, die nicht Zivilstaatsdiener sind, die gleiche oder ähnliche Aufbesserung ihrer Bezüge oder Löhne zu gewähren, wie den Zivilstaatsdienern.

Derselbe wurde dem Finanz- und Eisenbahnausschuß überwiesen. Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung des Entwurfs eines Schulgesetzes für das Herzogtum Oldenburg. (Anlage 10.)

Berichterstatter: Abg. Tanzen.

Der Antrag 1 wurde angenommen; Antrag 2 wurde abgelehnt; der Antrag 3 wurde angenommen; Antrag 4 wurde abgelehnt. Die Anträge 5 und 6 wurden angenommen.

Zum Antrage des Regierungsvertreters (Abs. 2 im § 22b) beantragt die Staatsregierung eine Korrektur, so daß es jetzt heißt: „es ist berechtigt, sie viermal im Jahre zu besuchen.“ Der Landtag ist einverstanden.

Der Antrag 7 ist erledigt. Die Anträge 8 und 8a wurden abgelehnt.

Der Antrag 8b wird in namentlicher Abstimmung mit 27 gegen 15 Stimmen angenommen.

Mit „ja“ stimmten die Abgeordneten: Ahlhorn (Hartwarderwarp), Driver, Enneking, Feigel, Feldhus, Franke, v. Fricke, Frye, Gerdes, Griep, Haben, Harms, Henn, Hergens, Hollmann, Lanje, v. Levegow, Mohr, Müller (Nughorn), Müller (Brake), Plate, Roth, Schröder, Schute, Thorade, Westendorf, Wilken.

Mit „nein“ stimmten die Abgeordneten: Ahlhorn (Osternburg), Dörr, Dursthoff, Funch, Grube, Heitmann, Hug, Koch, Meyer, Schmidt, Schulz, Steenbock, Tappenbeck, Voß, Wessels.

Es fehlte der Abg. v. Hammerstein; der Abg. Tanzen enthält sich der Stimme.

Der Antrag 9 ist erledigt. Zum Antrag 10 hat der Abg. Voß einen Verbesserungsantrag gestellt:

Sch beantrage im Antrage 10 die Worte „oder dem geistlichen Mitglied“ zu streichen.

Derselbe wurde angenommen.

Der Regierungsvertreter stellte ebenfalls einen Verbesserungsantrag:

Sch beantrage im Antrag 10 die Worte im Abs. 2: „und die Festsetzung der Geldstrafen (§ 41)“ zu streichen und am Schlusse hinzuzusetzen: „Die Festsetzung der Geldstrafen (§ 41) muß dem Vorsitzenden übertragen werden.“

v. Finckh.

Derselbe ist erledigt. Der Antrag 10 wurde mit der sich aus dem Antrag des Abg. Voß ergebenden Aenderung angenommen. Die Anträge 11, 12, 13, 14, 16 und 17

sind dadurch erledigt, daß die betreffenden Anträge von der Staatsregierung zurückgezogen wurden.

Der Antrag 15 wurde angenommen; Antrag 18 ist erledigt.

Der Antrag 19 wurde mit der sich aus dem Antrag des Abg. v. Levegow ergebenden Aenderung:

hinter das Wort: „Privatunterricht“ werden die Worte: „in der Religion“ gesetzt

angenommen. Die Anträge 20 und 21 wurden angenommen. Antrag 22 wurde abgelehnt, der Antrag 23 wurde angenommen; Antrag 24 wurde abgelehnt, Antrag 25 wurde angenommen.

Die Anträge 26 und 27 sind erledigt. Antrag 28 wurde abgelehnt; Antrag 29 ist erledigt, Antrag 30 wurde abgelehnt; Antrag 31 wurde angenommen. Der Antrag 32 ist durch Zurückziehen des Antrags seitens des Regierungsvertreters erledigt; Antrag 33 ist erledigt.

Der Antrag 34 wurde in namentlicher Abstimmung mit 23 gegen 20 Stimmen abgelehnt.

Mit „ja“ stimmten die Abgeordneten: Driver, Enneking, Feigel, Feldhus, Frye, v. Fricke, Gerdes, Griep, Haben, Hergens, Lanje, v. Levegow, Müller (Brake), Roth, Schröder, Schute, Tanzen, Westendorf, Wilken, Ahlhorn (Hartwarderwarp).

Mit „nein“ stimmten die Abgeordneten: Dörr, Dursthoff, Franke, Funch, Grube, Harms, Heitmann, Henn, Hollmann, Hug, Koch, Meyer, Mohr, Müller (Nughorn), Plate, Schmidt, Schulz, Steenbock, Tappenbeck, Thorade, Voß, Wessels, Ahlhorn (Osternburg).

Der Antrag 35 wurde angenommen; Antrag 36 wurde in namentlicher Abstimmung mit 27 gegen 16 Stimmen angenommen.

Mit „ja“ stimmten die Abgeordneten: Enneking, Feigel, Feldhus, Franke, Frye, v. Fricke, Gerdes, Griep, Haben, Henn, Hergens, Lanje, v. Levegow, Mohr, Müller (Nughorn), Müller (Brake), Plate, Roth, Schröder, Schute, Steenbock, Tanzen, Thorade, Westendorf, Wilken, Ahlhorn (Hartwarderwarp) und Driver.

Mit „nein“ stimmten die Abgeordneten: Funch, Grube, Harms, Heitmann, Hollmann, Hug, Koch, Meyer, Schmidt, Schulz, Tappenbeck, Voß, Wessels, Ahlhorn (Osternburg), Dörr und Dursthoff.

2. Gesekentwurf betr. Aufhebung der Sonderrechte des Magistrats und der Pfarre in Wehta hinsichtlich des Schulwesens. 2. Lesung. (Anlage 112.)

Die Anträge wurden angenommen.

3. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über die Bitte der 299 am Prozeß Eheleute Drückhammer zu Ahrensböcker Hof gegen den Oldenb. Staat und Beschwerde Meyer und Gen. beteiligten ländlichen Grundbesitzer im

vormaligen Amte Ahrensböf um Gewährung von Rechtsschutz gegenüber den seitens der Großh. Oldenb. Regierung zu Cutin gegen dieselbe ergriffenen Gewaltzwangsmaßregeln.

Berichterstatter: Abg. Steenbock.

Der Ausschufantrag wurde angenommen.

4. Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Postrats Busse in Oldenburg, betr. Aenderung des Einkommensteuergesetzes.

Berichterstatter: Abg. Tappenbeck.

Der Ausschufantrag wurde angenommen.

5. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die

Petition des Vereins der Oldenb. Zoll- und Steuer-Oberbeamten, betr. anderweite Bemessung der Zulagebeträge.

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Antrag 2:

Der Landtag wolle die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung überweisen, wurde angenommen.

Der Präsident teilt noch mit, daß Zeitpunkt und Tagesordnung der nächsten Sitzung den Abgeordneten später mitgeteilt würden.

(Schluß der Sitzung 2 Uhr 10 Min.)

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 25. Sitzung des XXXI. Landtags, 1. Versammlung, vom 4. März 1909.

Schröder.

Harms.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 1. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Fünfundzwanzigste Sitzung.

Oldenburg, den 4. März 1909, nachmittags 4 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem der Präsident die Sitzung eröffnet hatte, verlas der Schriftführer, Abg. Harms, das Protokoll der vorigen Sitzung, welches genehmigt wurde.

Sodann trat man in die Tagesordnung ein.

1. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Tappenbeck, betr. Abkürzung der Tagungen des Landtags.

Berichterstatter: Abg. Tappenbeck.

Der Ausschußantrag:

Der Landtag wolle die Staatsregierung ersuchen, zu prüfen, welche Mittel geeignet sind, auf eine Abkürzung der Tagungen des Landtags hinzuwirken wurde angenommen.

2. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über das Gesuch des Zellers H. Behrens in Erkte, Gem. Bisbeck, um Abänderung der Wasserordnung.

Berichterstatter: Abg. Frhe.

Die Anträge:

- a) Uebergang zur Tagesordnung,
- b) die Petition der Regierung zur Prüfung zu überweisen,

wurden abgelehnt.

Die Ausschußanträge der größeren Mehrheit:

- c) die Petition der Regierung als Material bei etwa bevorstehender Aenderung der Wasserordnung zu überweisen,

d) die Petition des Zellers Behrens dadurch für erledigt zu erklären, wurden angenommen.

3. Bericht des Finanzausschusses zur 2. Lesung über den Normal-Stat der Stärke und Verpflegung der Gendarmerie für das Herzogtum Oldenburg und das Fürstentum Lübeck vom 1. Januar 1909 an. (Anlage 48.)

Berichterstatter: Abg. Gerdes.

Die Anträge 1—4 inkl. wurden angenommen.

4. Bericht des Finanzausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Enneking, betr. Bewilligung von Mitteln zur Verfügung der Staatsregierung, um Bohrversuche auf Bodenschätze auszuführen.

Berichterstatter: Abg. Enneking.

Der Antrag wurde angenommen.

5. Bericht des vereinigten Finanz- und Eisenbahnausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betr. einen Gehaltszuschlag für die Zivilstaatsdiener (Antrag Tappenbeck).

Berichterstatter: Abg. Tappenbeck.

Der Antrag 1 wurde in namentlicher Abstimmung mit 23 gegen 18 Stimmen angenommen.

Mit „ja“ stimmten die Abgeordneten: Dörr, Dursthoff, Driver, Feigel, Franke, Frhe, Funch, Griep, Grube, Heitmann, Hergens, Hug, Koch, Meyer, Müller (Brake), Schmidt, Schulz, Steenbock, Tanzen,



Tappenbeck, Wessels, Wilken und Ahlhorn (Osternburg); mit „nein“ stimmten die Abgeordneten: Enneking, Feldhus, v. Fricken, Gerdes, Gabben, v. Hammerstein, Harms, Hollmann, Lanje, v. Levegow, Mohr, Müller (Nughorn), Plate, Schröder, Schute, Westendorf, Thorade und Ahlhorn (Hartwarderwarp).

Die Abgeordneten Henn, Roth und Boß fehlten.

Die Anträge 2 und 3 wurden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind innerhalb 10 Minuten einzubringen.

Um 6<sup>55</sup> Uhr schloß der Präsident die Sitzung.

Nächste Sitzung 7<sup>05</sup> Uhr mit der Tagesordnung:

Bericht des vereinigten Finanz- und Eisenbahnausschusses zur 2. Lesung des Gesetzes für das Großherzogtum, betr. einen Gehaltszuschlag für die Zivilstaatsdiener.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der Sitzung des Gesamtvorstandes des XXXI. Landtags, 1. Versammlung, vom 5. März 1909.

Schröder.

Lanjen.

Harms.

v. Fricken.

Dörr.





# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 1. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Sechszwanzigste Sitzung.

Oldenburg, den 4. März 1909, nachmittags 7<sup>05</sup> Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Um 7<sup>05</sup> Uhr eröffnete der Präsident die Sitzung und man trat sofort in die Tagesordnung ein:

Bericht des vereinigten Finanz- und Eisenbahnausschusses zur 2. Lesung des Gesetzes für das Großherzogtum, betr. einen Gehaltszuschlag für die Zivilstaatsdiener.

Berichterstatter: Abg. Tappenbeck.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Darauf gab der Präsident folgende Uebersicht über die in der Session erledigten Gegenstände:

In 26 Plenarsitzungen wurden erledigt:

- 32 Gesetzentwürfe,
- 44 sonstige Regierungsvorlagen,
- 9 selbständige Anträge,
- 5 Interpellationen,
- 75 Petitionen.

Auf Ersuchen des Präsidenten erklärte der Minister, Excellenz Ruhstrat I, im Namen des Großherzogs den Landtag für geschlossen. In das vom Präsidenten darauf ausgebrachte Hoch auf Seine Königliche Hoheit den Großherzog stimmte der Landtag begeistert ein.

Schluß der Sitzung 7<sup>20</sup> Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der Sitzung des Gesamtvorstandes des XXXI. Landtags, 1. Versammlung, am 5. März 1909.

Schröder.

Tanzen.

Harms.

v. Fricken.

Dörr.



# Protokolle

über die

## Verhandlungen der 2. Versammlung

des

### XXXI. Landtags

des

Großherzogtums Oldenburg.



Oldenburg, 1910.

Schulzefche Hof-Buchdruckerei (R. Schwarz).



# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Erste vorläufige Sitzung.

Oldenburg, den 3. November 1909, vormittags 11 Uhr.

#### Vorsitzender: Alterspräsident Frhe.

Auf Ersuchen des Geh. Oberfinanzrats Gramberg, der im Namen der Großh. Staatsregierung die Versammlung eröffnete, übernahm der Abg. Frhe als Alterspräsident den Vorsitz. Er berief die Abgg. von Fricken und Schmidt zu Schriftführern und begrüßte die Versammlung. Geh. Oberfinanzrat Gramberg übergab die Wahlakten der beiden neugewählten Abgg. Diers und Sommer. Bei Verlesung des Verzeichnisses der Abgeordneten wurde festgestellt, daß die Abgg. Dörr, Müller und Voß

fehlten. Die vom Alterspräsidenten gemäß § 2 Abs. 2 der Geschäftsordnung zwecks Prüfung der Wahlen vorgenommene Ziehung ergab die Nr. 1. Auf Antrag des Abg. Schröder wurde beschlossen, die Kreise 5 und 5a zusammenzuziehen und die Wahlakten wurden den nach der Geschäftsordnung zuständigen Abteilungen übergeben. Die nächste Sitzung wurde auf  $\frac{1}{2}$  12 Uhr angesetzt und die erste vorläufige Sitzung geschlossen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 2. ordentlichen Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 3. Dezember 1909.

Schröder.

von Fricken.

# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

**Zweite vorläufige Sitzung und erste ordentliche Sitzung.**

Oldenburg, den 3. November 1909, vormittags 1/2 12 Uhr.

**Vorsitzender: Alterspräsident Frye, dann Präsident Schröder.**

Der Alterspräsident eröffnete die Sitzung. Es wurde in die Prüfung der Wahlakten eingetreten. Nachdem die Berichterstatter der einzelnen Abteilungen ihre Gutachten abgegeben hatten, wurden beide Wahlen für nicht beanstandet erklärt. Geh. Oberfinanzrat Gramberg teilte der Versammlung mit, daß die Eröffnung des Landtags sofort erfolgen könne.

Darauf kam der Minister Kuhstrat I und eröffnete im Namen Sr. Kgl. Hoheit des Großherzogs die 2. Versammlung des XXXI. Landtags.

Der Alterspräsident brachte sodann ein dreimaliges Hoch auf Sr. Kgl. Hoheit den Großherzog aus, in das die Versammlung begeistert einstimmte.

Zum Präsidenten wurde der Abg. Schröder mit 40 Stimmen gewählt, ein Stimmzettel war weiß, zum Vizepräsidenten wurde der Abg. Tanzen mit 38 Stimmen gewählt, 2 Stimmen fielen auf den Abg. Wilken, ein Zettel war weiß.

Zu Schriftführern wurden gewählt die Abgg. von Fricke, Dörr und Hergenz.

Der Landtag erklärte sodann beide Wahlen für gültig. Hierauf erfolgte die Vereidigung der beiden neuzutretenden Mitglieder.

Sodann trat der alte Geschäftsverteilungsausschuß zusammen und schlug nach kurzer Beratung vor, die alten 3 Ausschüsse wieder zu konstituieren. Der Landtag beschloß demgemäß; die neugewählten Abgeordneten traten an die Stelle der ausgeschiedenen. Danach wurde beschlossen, die eingegangenen Vorlagen wie folgt zu verteilen: die Vorlagen 1, 2, 6, 12, 16, 24, 25 und 26 dem Verwaltungsausschuß, die Vorlagen 3, 5, 8, 9, 11, 13, 14, 15, 17, 18, 19, 20, 21 und 22 dem Finanzausschuß, die Vorlagen 7, 23 und 27 dem Eisenbahnausschuß, die Vorlage 10 dem Plenum.

Auf Antrag wurde beschlossen, daß die Wahl des Präsidiums für die Dauer der Session gelten solle, und daß die Verhandlungen des Landtags von Stenographen aufgenommen werden sollen, ebenfalls wird der Präsident beauftragt Sr. Kgl. Hoheit den Großherzog zu begrüßen.

Die nächste Sitzung wird schriftlich angezeigt.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 2. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 3. Dezember 1909.

Schröder.

von Fricke.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Zweite Sitzung.

Oldenburg, den 3. Dezember 1909, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer von Fricke die Protokolle der ersten vorläufigen und der ersten ordentlichen Sitzung. Dieselben wurden festgestellt. Alsdann verlas der Schriftführer Hergens folgende Eingänge:

1. Petition des G. W. Paradies in Schweieraußenbeich, betr. Auszahlung einer ihm von der Brandkasse verweigerten Summe von 690 M.  
Verwaltungsausschuß.
2. Petition des Gutsbesizers Julius Müller in Nutzhorn, betr. Maßnahmen zur Verhütung der Brandgefahr beim Eisenbahnbetrieb an der in seinem Gehölze belegenen Strecke der Großherzoglich Oldenburgischen Eisenbahn.  
Eisenbahnausschuß.
3. Petition des Vorstandes des Verbandes der Grenz- und Steueraufseher in Brake, betr. Erhöhung ihrer von der Regierung aufgestellten Gehaltsätze.  
Finanzausschuß.
4. Petition der kath. Lehrerinnen des Herzogtums, betr. Gleichstellung mit den Nebenlehrern in Betreff der Alterszulagen und Berechnung der Dienstjahre der älteren Lehrerinnen bei Bemessung der Alterszulagen.  
Verwaltungsausschuß.
5. Petition des Zeichenlehrers Reinhold Lange in Wechta,

betr. Regulierung seiner Ranges- und Gehaltsverhältnisse.

Finanzausschuß.

6. Petition der Witwe Grotelüschen in Delmenhorst, betr. Pensionserhöhung und Bewilligung von Waissengeldern.  
Finanzausschuß.
7. Petition des Oldenburgischen Landeslehrervereins hiers. zu der Vorlage, betr. das Dienst Einkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen.  
Verwaltungsausschuß.
8. Petition des kath. Pfarramts hiers., betr. die kath. Seelsorge an der Gefängnisanstalt Oldenburg.  
Finanzausschuß.
9. Petition der Hebammen des Amts Barel, betr. gesetzliche Festlegung einer Rente für den Alters- und Invaliditätsfall.  
Verwaltungsausschuß.
10. Petition des Zweigvereins Oldenburg der Vereinigung der mittleren Zollbeamten des Deutschen Reiches, betr. Gehaltsaufbesserung.  
Finanzausschuß.
11. Petition des Lehrers Winters in Wahnbeck, betr. Auslegung des Art. 50 § 2 des Zivilstaatsdienergesetzes.  
Verwaltungsausschuß.

12. Petition des Wirtevereins für das Fürstentum Lübeck, betr. Wirtschaftsrefognition und Vergnügungssteuer.  
Verwaltungsausschuß.
13. Petition des Vorstandes des Oldenburgischen Beamtenvereins zum Besoldungsgesetz für das Großherzogtum.  
Finanzausschuß.
14. Petition des Vereins Oldenburger Lehrerinnen zu der Besoldungsvorlage für die Volksschullehrer und Lehrerinnen.  
Verwaltungsausschuß.
15. Vorlage 28 der Großh. Staatsregierung, betr. den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betr. die Vereinigung der Gemeinden Herborn und Weigrodt mit der Bürgermeisterei Idar-land.  
Verwaltungsausschuß.
16. Vorlage 29 der Großh. Staatsregierung, betr. Gesetzentwurf für das Fürstentum Birkenfeld über Aenderung des Gesetzes vom 11. März 1867, betr. die Kultusangelegenheiten der Juden des Fürstentums Birkenfeld.  
Verwaltungsausschuß.
17. Vorlage 30 der Großh. Staatsregierung, betr. den Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Birkenfeld für das Jahr 1910.  
Finanzausschuß.
18. Mitteilung der Großh. Staatsregierung, betr. die Ernennung von Regierungs-Bevollmächtigten. (Anlage 33).  
ad acta generalia.
19. Petition der Amtsboten, Gerichtsboten und Ministerialboten des Herzogtums, betr. Versetzung in eine höhere Gehaltsstufe wie in der neuen Gehaltsvorlage vorgesehen.  
Finanzausschuß.
20. Petition der Oldenb. Amtstierärzte, betr. Gleichstellung in Gehalt und Pension mit den Preuß. Kreis- und Kreis-Ärzten.  
Finanzausschuß.
21. Petition des Brinkfiskers Martin Cordes in Hohenböken, betr. beschleunigte Erledigung seiner Entschädigungsansprüche.  
Eisenbahnausschuß.
22. Petition des D. Th. Meyer zu Hasbergen, D. Flügger zu Schöhasbergen und F. Plate zu Hemmelskamp, betr. Erlaß von Gerichtsporteln.  
Finanzausschuß.
23. Petition des kath. Lehrervereins, betr. das Dienst- einkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen.  
Verwaltungsausschuß.
24. Petition des Gemeinderats Abbehausen, betr. die Verlegung der Behörden von Ellwürden nach Nordenham.  
Finanzausschuß.
25. Petition desselben, betr. Bewilligung einer Entschädigung für den Verlust wegen der Verlegung des Amts und Amtsgerichts Ellwürden nach Nordenham.  
Finanzausschuß.
26. Petition des Gemeindevorstandes zu Seefeld, betr. die Verlegung der Behörden von Ellwürden nach Nordenham.  
Finanzausschuß.
27. Vorlage 31 der Großh. Staatsregierung, betr. Nachweisung über die Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Herzogtum Oldenburg für das Jahr 1908.  
Finanzausschuß.
28. Petition des Landw. Vereins Carum, betr. die Regulierung der Lager Haase.  
Finanzausschuß.
29. Petition des Hebammenvereins für das Fürstentum Lübeck, betr. Gleichstellung der Hebammen des Fürstentums Lübeck mit denen des Herzogtums bezügl. der vom Großh. Staatsministerium gemachten Vorlage, betr. Unterstützung der Hebammen. (Anlage 25.)  
Verwaltungsausschuß.
30. Vorlage 32 der Großh. Staatsregierung, betr. Gesetzentwurf für das Fürstentum Birkenfeld über das Dienst- einkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen.  
Verwaltungsausschuß.
31. Vorlage 34 der Großh. Staatsregierung, betr. Gesetzentwurf für das Fürstentum Lübeck betr. desgl.  
Verwaltungsausschuß.
32. Petition der Gehülfen der Buchhalterei im Finanz- ministerium, betr. Aufbesserung ihrer Besoldungsverhältnisse.  
Finanzausschuß.
33. Petition des Birkenfelder Landeslehrervereins zu dem Gesetzentwurf, betr. das Dienst- einkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen.  
Verwaltungsausschuß.
34. Petition des Grafen Galen auf Haus Assen bei Lippborg, Erbkämmerer im Fürstentum Münster, betr. Protest gegen die seitens der Großh. Staats- regierung beabsichtigte Aufhebung der ihm als Chef der Gräfl. Galen'schen Familie zustehenden Patronats- rechte über die Schulen in der Herrlichkeit Dint- lage.  
Verwaltungsausschuß.
35. Petition der Lehrer des Fürstentums Lübeck zum Ge- setzentwurf, betr. das Dienst- einkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen.  
Verwaltungsausschuß.
36. Petition des Pachmeister a. D. Aug. Huster hierf., betr. Doppelrechnung der in außerheimischen Ge- wässern zugebrachten Marinendienstzeit bei der Pen- sionierung.  
Verwaltungsausschuß.

37. Petition der Wegewärter des Herzogtums, betr. Gleichstellung mit den Holzwärtern (Forstwärtern) in Gehalt und Dienstkleidung.  
Finanzausschuß.
38. Vorlage 35 der Großh. Staatsregierung, betr. Zahlung eines Kaufpreises an den Architekten Kupsch in Bremen für einen Teil der Parzelle 100b der Feldmark Woltmershausen zur Errichtung von Kohlenlagerstuppen und Kohlenlagerplätzen.  
Eisenbahnausschuß.
39. Vorlage 36 der Großh. Staatsregierung, betr. Einstellung von Einnahmen und Ausgaben in den Voranschlag des Eisenbahnbaufonds für das Jahr 1910 zum Bahnbau Varel-Rodenkirchen.  
Eisenbahnausschuß.
40. Petition der Rüstinger Lehrer, betr. Aufhebung oder Milderung des § 2 der Lehrerbefoldungsordnung bezgl. der Uebergangsbestimmungen zu diesem Gesetzentwurf.  
Verwaltungsausschuß.
41. Vorlage 37 der Großh. Staatsregierung, betr. Nachweisung über die steuerliche Belastung der Gemeinden des Herzogtums für 1907/08 und der Fürstentümer für 1907.  
Finanzausschuß.
42. Vorlage 38 der Großh. Staatsregierung, betr. Nachweisungen über die Einnahmen und Ausgaben sowie den Bestand der Staatsgutskapitalienkassen für das Finanzjahr 1908.  
Finanzausschuß.
43. Vorlage 39 der Großh. Staatsregierung, betr. Landesfaherrechnung des Fürstentums Birkenfeld für das Jahr 1906.  
Finanzausschuß.
44. Vorlage 40 der Großh. Staatsregierung, betr. den Entwurf eines Stempelsteuergesetzes für das Fürstentum Lübeck.  
Finanzausschuß.
45. Petition des Gemeinderats zu Lönningen, betr. die Anstellung eines Fortschreibungsbeamten für das alte Amt Lönningen mit dem Sitz in Lönningen.  
Finanzausschuß.
46. Petition des Gerichtsvollziehers Heye in Lönningen um Gehaltsausgleichung.  
Finanzausschuß.
47. Vorlage 41 der Großh. Staatsregierung, betr. Voranschlag der Staatsgutskapitalienkasse des Herzogtums Oldenburg für das Jahr 1910.  
Finanzausschuß.
48. Vorlage 42 der Großh. Staatsregierung, betr. Entwurf eines Abänderungsgesetzes zum Gewerbegesetz für das Fürstentum Lübeck vom 13. Mai 1864.  
Verwaltungsausschuß.
49. Vorlage 43 der Großh. Staatsregierung, betr. Verzeichnis über die in der Zeit vom 1. Oktober 1908 bis dahin 1909 im Bestande des Staats- und Kron-
- guts in den drei Provinzen des Großherzogtums vorgekommenen Veränderungen.  
Finanzausschuß.
50. Petition des Vorstandes des Vereins oldenb. Bürgerschullehrer, betr. Gewährung von Reise- und Aufenthaltsgeldern an Lehrer von Gemeindeanstalten.  
Finanzausschuß.
51. Eingabe der Witwe Otrelüschen in Delmenhorst, betr. Zusatz zu ihrer Petition vom 1. d. Mts.  
Finanzausschuß.
52. Petition des Vereins der Strafanstaltsaufseher in Wechta, betr. Gleichstellung in Gehalt mit den Amtsschließern und Gewährung von einigen Zulagen an ältere Aufseher.  
Finanzausschuß.
53. Petition der bürgerlichen Vereine der Gemeinde Bant, betr. Vereinigung der 3 Gemeinden Bant, Heppens und Neuende zu einer Stadtgemeinde Rüstingen II. Klasse.  
Verwaltungsausschuß.
54. Petition des Bürgervereins „Gemeindewohl“ Neuende, betr. desgl.  
Verwaltungsausschuß.
55. Petition des Landwirts Thöle und Konforten in Langförden, betr. Herstellung einer Rampe auf dem Bahnhofs zu Langförden bei Verlängerung der Ladestraße.  
Eisenbahnausschuß.
56. Petition des Vereins der Eisenbahn-Bureau-, Kanzlei- und Stations-Gehülfen hierf., betr. Vermehrung der etatsmäßigen Stellen für Bureau-Gehülfen und Uebernahme der angestellten Gehülfen in die 3. Klasse des Beamtenstandes.  
Eisenbahnausschuß.
57. Vertrauliche Vorlage der Staatsregierung vom 15. November d. J.  
Finanzausschuß.
58. Vorlage 44 der Großh. Staatsregierung, betr. den Voranschlag des Fürstentums Lübeck für 1910.  
Finanzausschuß.
59. Vorlage 46 der Großh. Staatsregierung, betr. Gesetzentwurf für das Fürstentum Birkenfeld, betr. Aenderung des Gesetzes über die Besteuerung des Wandergewerbes vom 22. Februar 1898.  
Verwaltungsausschuß.
60. Petition der Bezirksvermessungsbeamten hierf., betr. Aenderung der in dem Entwurfe der Befoldungsordnung für sie festgesetzten Höchstgehalts- und Zulagebeträge.  
Finanzausschuß.
61. Petition des Eisenbahn-Bureaubeamten-Vereins hierf., betr. Gleichstellung der oldenburg. mittleren Beamten mit den preußischen und Bewilligung einer erhöhten Anzahl Stellen in der 1. und 2. Gehaltsklasse.  
Eisenbahnausschuß.

62. Petition der Lehrer aus den Städten Birkenfeld, Idar und Oberstein, betr. Aenderung der Bestimmung über die Einteilung der Schulstellen in I. und II. Klasse und über die persönlichen Zulagen.  
Verwaltungsausschuß.
63. Petition des Vorstandes des Vereins der Holzwärter des Herzogtums zum Entwurfe des Besoldungsgesetzes.  
Finanzausschuß.
64. Petition von 151 Bürgern der Stadt Heppens, betr. Vereinigung der 3 Gemeinden Heppens, Bant und Neunde zu einer Stadt II. Klasse.  
Verwaltungsausschuß.
65. Petition des Landestierarztes vom Fürstentum Birkenfeld, betr. Gleichstellung in Gehalt und Pension mit den an preußischen Regierungen beschäftigten Veterinärbeamten (Departementstierärzten).  
Finanzausschuß.
66. Petition der Ortsgruppe des Amtsbezirks Wildeshausen des Verbandes Deutscher Kriegsveteranen, betr. 1. Ehrengabe für Kriegsveteranenvereine und für Inhaber von Kriegsverdienstehrenzeichen, 2. Steuerbefreiung für Kriegsveteranen, die 60 Jahre alt sind und ein Einkommen unter 1500 *M* haben, 3. Gewährung eines Grundstocks für das Kriegsveteranenheim.  
Finanzausschuß.
67. Petition des Landestierarztes des Fürstentums Lübeck, betr. die Gehalts-, Pensions- und Rangverhältnisse der Landestierärzte.  
Finanzausschuß.
68. Petition des Vorstandes der Privatschule in Schwartau, betr. Gewährung eines staatlichen Zuschusses von jährlich 1000 *M*.  
Finanzausschuß.
69. Petition der vier ältesten Sparkassen des Fürstentums Lübeck, betr. Ermächtigung zur Belegung von Mündelgeldern bei den gen. Kassen.  
Verwaltungsausschuß.
70. Petition der Bürgervereine der Gemeinde Blexen und des Haus- und Grundbesitzervereins Blexen-Einswarden und Umgegend, betr. Verlegung des Amtes und Amtsgerichtes Butjadingen.  
Finanzausschuß.
71. Petition des Vereins Oldenburg des Bundes Deutscher Militäranwärter, betr. Anrechnung eines Teils der Militärdienstzeit auf das Besoldungsalter der aus dem Militäranwärterstande hervorgegangenen oldenb. Staats- und Kommunalbeamten.  
Verwaltungsausschuß.
72. Resolution des Hausbesitzervereins Oldenburg zu dem Entwurf eines Gesetzes über die oldenburgische Brandkasse.  
Verwaltungsausschuß.
73. Vorlage 47 der Großh. Staatsregierung, betr. die Beteiligung des oldenb. Staates an einer für die Uebernahme der Fähr von Nordenham-Blexen nach dem jenseitigen Weserufer zu gründenden Gesellschaft mit einem Kapital von höchstens 350 000 *M*.  
Eisenbahnausschuß.
74. Petition des Bürgervereins vor dem Heiligengeisttor hierf. zum Entwurfe eines Brandkassengesetzes.  
Verwaltungsausschuß.
75. Petition des Stadtmagistrats Oldenburg, betr. desgl.  
Verwaltungsausschuß.
76. Petition des Amtsschließers Haase in Westerstede, betr. Anstellung als Zivilstaatsdiener bezw. um Aufbesserung seiner Vergütung.  
Finanzausschuß.
77. Petition des Vereins der Stations-Vorsteher, Assistenten und Telegraphisten, betr. Schaffung neuer Stellen der 2. Gehaltsklasse des Stationsdienstes und Gleichstellung im Gehalt mit den preußischen Beamten.  
Eisenbahnausschuß.
78. Petition des Haus- und Grundbesitzer-Vereins Delmenhorst zum Entwurfe eines Brandkassengesetzes.  
Verwaltungsausschuß.
79. Petition des Ziegeleibesitzers Ernst Brumund in Barel und des Fabrikanten Anton Funke das. um Verkauf eines Wegerdestreifens an der Staatschauffee Wardenburg-Ahlhorn.  
Finanzausschuß.
80. Petition des Lademeistervereins in Wilhelmshaven, betr. Verbesserung der Stellung und Befoldung der Lademeister.  
Eisenbahnausschuß.
81. Schreiben des Stadtmagistrats Nordenham, betr. Verlegung der Behörden von Ellwürden nach Nordenham.  
An die Abg. verteilt.
82. Petition der Fachgruppe der Pförtner und Bahnsteigschaffner hierf., betr. Erhöhung des Anfangsgehalts.  
Eisenbahnausschuß.
83. Vorlage 48 der Großh. Staatsregierung, betr. Vertrag zwischen der Großh. Hausfideikommiß-Direktion hierf. und dem Magistrat der Stadt Oldenburg, betr. die Wallanlagen und den ehemaligen Festungsgraben.  
Finanzausschuß.
84. Petition der Ortseinwohner Pansdorfs, betr. Erschließung der Ostseebäder durch geeignete Bahnverbindungen und Protest gegen die Bahn Schwartzau-Neustadt.  
Eisenbahnausschuß.
85. Petition des Stadtmagistrats Cutin, betr. den Bau einer Bahn Neustadt-Lübeck.  
Eisenbahnausschuß.
86. Vertrauliche Vorlage der Großh. Staatsregierung vom 29. November d. J.  
Finanzausschuß.



87. Petition des Haus- und Grundbesitzervereins Blexen, Einwarden und Umgegend zum Brandfahngesetz. Verwaltungsausschuß.

88. Petition der Gemeinden Land Eutin, Bofau, Siblin, betr. Erschließung der Ostseebäder des Fürstentums Lübeck durch geeignete Bahnverbindung. Eisenbahnausschuß.

89. Petition des landw. Vereins Goldenstedt, betr. Goldenstedter Bahnangelegenheit. Eisenbahnausschuß.

Der Landtag erklärte sich mit den Ueberweisungen an die betr. Ausschüsse einverstanden.

Vom Präsidenten wurden die Interpellationen der Abgeordneten von Levezow:

Der Großherzoglichen Staatsregierung wird es bekannt sein, daß Interessentenkreise im Freistaat Lübeck und im Kreise Oldenburg darnach streben, eine Bahn von Schwartau nach Neustadt i./H. zu bauen. Diese Bestrebungen haben in weiten Kreisen des Fürstentums Lübeck große Beunruhigung hervorgerufen.

Welche Stellung nimmt das Großherzogl. Staatsministerium zu dieser Frage?

und Lanje:

Ist die Großherzogliche Staatsregierung in der Lage, über den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit, betreffend den Bau einer Ueberlandzentrale im Behnermoor, Auskunft geben zu können und hat die Großherzogliche Staatsregierung den Bau und Betrieb derselben für eigene Rechnung schon in Erwägung gezogen?

die selbständigen Anträge der Abgeordneten Driver:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, noch dieser Versammlung des Landtags einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den der katholischen Kirche im Herzogtum das Besteuerungsrecht verliehen wird.

Müller (Nughorn):

Aus Anlaß der vierzigjährigen Wiederkehr der Gedenktage einer großen Zeit beschließt der Landtag: eine entsprechende Summe in den Etat einzustellen, womit den Kriegsveteranen nach Maßgabe und nach Voraussetzung ihrer Bedürftigkeit eine einmalige Beihilfe von 100 bis 150 M als Ehrengabe gewährt wird.

und Haben:

Der Landtag wolle die Staatsregierung ersuchen, auf eine Aenderung der Ausführungsbestimmungen zur Wegeordnung Bedacht zu nehmen, dahingehend, daß der gemäß Art. 45 der W.-D. bezweckte Schutz der öffentlichen Wege vor Beschädigung durch ordnungswidrige Benutzung gesichert wird.

dem Hause mitgeteilt und die förmliche Vorbringung und Begründung auf die nächste Tagesordnung gesetzt. Der Präsident teilt ferner mit, daß der Schriftführer Abg. von Fricke die Correspondenz, der Abg. Dörr die Registratur und der Abg. Hergens die Kasse übernommen haben.

Dann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. eine Zusammenstellung über die Ergebnisse der Einkommensteuer-Schätzungen für das Jahr 1908. (Anlage 14.)

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle die Vorlage durch Kenntnisnahme für erledigt erklären, wurde angenommen.

2. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Geschäftsbericht der Staatlichen Kreditanstalt. (Anlage 3.)

Berichterstatter: Abg. Ahlhorn (Hartwarden).

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle die Anlage 3 durch Kenntnisnahme für erledigt erklären, wurde angenommen.

3. Bericht des Finanzausschusses über die Petition der Witwe des Stationsassistenten Grotelüsch.

Berichterstatter: Abg. Funch.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle die Petition auf Grund des § 77 der Geschäftsordnung von der Verhandlung ausschließen, wurde angenommen.

4. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Verordnungen vom 20. und 21. April 1909 zu den Einkommensteuergesetzen für das Herzogtum und die beiden Fürstentümer aus Anlaß des Doppelsteuergesetzes vom 22. März 1909. (Anlage 4.)

Berichterstatter: Abg. Tappenbeck.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle zu den am 20. und 21. April 1909 auf Grund des Art. 137 Ziff. 2 des Staatsgrundgesetzes erlassenen Verordnungen seine Zustimmung erteilen, wurde angenommen.

5. Bericht des Finanzausschusses, betreffend die Nachweisungen über die Einnahmen und Ausgaben, sowie den Bestand der Staatsgutskapitalienklassen der drei Landesteile des Großherzogtums für das Finanzjahr 1908. (Anlage 38.)

Berichterstatter: Abg. Hug.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle die Vorlage durch Kenntnisnahme für erledigt erklären, wurde angenommen.

6. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Uebernahme einer Haftverbindlichkeit des Landeskulturfonds, um etwaige Ausfälle der Staatlichen Kreditanstalt an Kapital und Zinsen bei Hergebe von Bau- und Meliorationsdarlehen an Kolonisten zu decken. (Anlage 21.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Die Anträge des Ausschusses Nr. 1 und 2 wurden angenommen.

7. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Herzogtum Oldenburg für das Jahr 1908. (Anlage 31.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Die Anträge des Ausschusses Nr. 1 und 2 wurden angenommen.

8. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend den Ankauf des ehemals Oldmannschen Helgenplatz-Grundstückes. (Anlage 11.)

Berichterstatter: Abg. Funch.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle die Vorlage ablehnen, wurde angenommen.

9. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Nachweisungen über die Erträge der Staatsforsten des Herzogtums für das Forstbetriebsjahr 1908/09. (Anlage 18.)

Berichterstatter: Abg. Enneking.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle die Anlage 18 mit Nebenanlagen A—D durch Kenntnisnahme für erledigt erklären, wurde angenommen.

10. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalientasse der Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld für das Finanzjahr 1910. (Anlage 17.)

Berichterstatter: Abg. v. Levezow.

Die Anträge des Ausschusses Nr. 1 und 2 wurden angenommen.

11. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Finanzjahr 1910. (Anlage 22.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle den Antrag der Staatsregierung: „Der Landtag wolle zu dem Voranschlage seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen“ annehmen, wurde angenommen.

12. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Abänderungsgesetzes zum Gesetz für das Herzogtum Oldenburg vom 25. Januar 1900, betr. Errichtung einer Landwirtschaftskammer. 1. Lesung. (Anlage 1.)

Berichterstatter: Abg. Haben.

Zu Punkt 12 stellt der Abg. Enneking folgenden Verbesserungsantrag:

Ich beantrage, in dem Gesetzentwurfe die letzten beiden Zeilen zu streichen und folgende Fassung dafür zu nehmen:

„und außerdem 10  $\%$  für das ha landwirtschaftlich genutzten kultivierten Landes zum Bau einer Versuchsz- und Kontrollstation nebst Kammergebäude.“

Der Abg. Hollmann stellt den Antrag:

Zurückverweisung der Vorlage 1 an den Verwaltungsausschuß.

Der Antrag Hollmann wird angenommen.

13. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum, betreffend Unterstützung der Hebammen. 1. Lesung. (Anlage 25)

Berichterstatter: Abg. Grube.

Die Anträge des Ausschusses Nr. 1, 2, 3, 5 werden angenommen.

Der Antrag Nr. 4 wurde abgelehnt.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis morgen abend 7 Uhr einzureichen.

14. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über die Mitteilung des Staatsministeriums, die Verteilung der Ueberschüsse der Ersparungskasse betreffend. (Anlage 16.)

Berichterstatter: Abg. Schulz.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle Anlage 16 durch Kenntnisnahme für erledigt erklären, wurde angenommen.

15. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Lehrers Winters in Bahndorf, betreffend Auslegung des Art. 50 § 2 des Zivilstaatsdienergesetzes.

Berichterstatter: Abg. Hergens.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle über die Petition zur Tagesordnung übergehen, wurde angenommen.

16. Bericht des Verwaltungsausschusses über das Gesuch des Gerichtsvollziehers Heye zu Lönningen um Gehaltserhöhung.

Berichterstatter: Abg. von Fricken.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle über die Petition zur Tagesordnung übergehen, wurde angenommen.

17. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der vier ältesten Sparcassen des Fürstentums Lübeck.

Berichterstatter: Abg. Steenbock.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle über die Petition zur Tagesordnung übergehen, wurde angenommen.

17a. Wahl eines Mitgliedes des Oberverwaltungsgerichts und dessen Stellvertreter. (Anlage 10.)

Die Mitglieder des Oberverwaltungsgerichts:

Gemeindevorsteher Tangen-Stollhamm, Bankdirektor tom Dieck-Oldenburg I. Stellvertreter, und Zeller Averdarm-Stukenborg, II. Stellvertreter, wurden einstimmig wiedergewählt.

Nach Erledigung des Punktes 17a der Tagesordnung wurde eine Interpellation des Abg. Müller (Ruhhorn):

Ist dem Großherzoglichen Ministerium des Innern bekannt:

I. daß der Vorsitzende der Handelskammer, Herr Geheimer Kommerzienrat Schulze, in der Plenar-

sitzung dieser Kammer am 1. Juli 1909 in Anwesenheit des Regierungsvertreters, Herrn Regierungsrat Tenge, die Kammer aufgefordert hat, einen Verein mit extrem politischen Tendenzen (dem Hansabund) korporativ beizutreten, und daß die Handelskammer — den Zeitungsberichten zufolge — diesem zugestimmt hat, ohne daß der Herr Regierungsvertreter etwaige Bedenken hiergegen zum Ausdruck gebracht hat?

- II. daß die Handelskammer für das Herzogtum Oldenburg, gezeichnet: Aug. Schulze, Geheimer Kommerzienrat, sowie Professor Dr. Dursthoff, am 21. Juni 1909 einen öffentlichen Aufruf zum Beitritt in den Hansabund erlassen hat?
- III. daß der Geheime Kommerzienrat Herr Schulze, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Handelskammer, einen Aufruf unterzeichnet hat, der am 26. Januar 1909 in der oldenburgischen Presse veröffentlicht ist und welcher sich inhaltlich in hervorragend heftiger Weise gegen eine bestimmte politische Richtung im Lande wendet und für die liberale bezw. freisinnige Parteipolitik eintritt?
- IV. daß der Geheime Kommerzienrat Herr Schulze ebenfalls in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der

Handelskammer einen Aufruf unterzeichnet hat, der am 3. Oktober 1909 in der oldenburgischen Presse veröffentlicht ist und der zur Gründung einer Ortsgruppe des Hansabundes einladet?

- V. welche finanziellen Mittel bezüglich des Punkt I und II seitens der Handelskammer aufgewendet werden bezw. aufgewendet sind?
- VI. Ist das Großherzogliche Ministerium des Innern, als Aufsichtsbehörde mit der politischen Betätigung der Handelskammer und der des Herrn Geheimen Kommerzienrat Schulze in seiner Eigenschaft als Vorsitzender einverstanden?
- VII. Im Verneinungsfalle: Welche Maßregeln gedenkt das Großherzogliche Ministerium des Innern zu treffen, um in Zukunft eine derartige außergewöhnliche Betätigung einer Kammer und deren Vorsitzenden zu verhindern?

seitens des Präsidenten verlesen und die förmliche Vorbringung und Begründung auf die nächste Tagesordnung der am 10. Dezember 1909, vorm. 10 Uhr, stattfindenden Plenarsitzung gesetzt.

Der Präsident teilte alsdann noch die Tagesordnung der nächsten Sitzung mit und schloß die Versammlung um 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 3. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 10. Dezember 1909.

Schröder.

Hergens.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Dritte Sitzung.

Oldenburg, den 10. Dezember 1909, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten wurde zunächst von dem Schriftführer Hergens das Protokoll der vorausgegangenen Sitzung verlesen. Erinnerungen gegen dasselbe wurden nicht vorgebracht. Der Präsident erklärte das Protokoll für genehmigt. Der Schriftführer v. Fricke verlas die Eingänge:

1. Petition des Veteranenvereins für Severland und Umgebung, betr. Kriegsveteranen.  
Finanzausschuß.
2. Petition des Freisinnigen Vereins in Delmenhorst zum Entwurfe eines Brandkassengesetzes.  
Verwaltungsausschuß.
3. Petition des Gemeindevorstandes und Gemeinderats der Fleckengemeinde Schwartau zum Entwurf eines Stempelgesetzes für das Fürstentum Lübeck.  
Finanzausschuß.
4. Petition der Gemeinde Schwartau, des Haus- und Grundbesitzervereins daselbst und des Vereins zur Hebung des Fremdenverkehrs daselbst zum Bahnbau Schwartau—Neustadt.  
Eisenbahnausschuß.
5. Petition des Bürgervereins Nordenham zum Entwurfe eines Brandkassengesetzes.  
Verwaltungsausschuß.
6. Vorlage 49 der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Bahnverbindung von Damme nach Bohmte.  
Finanzausschuß.
7. Petitionen der Gemeinderäte der Gemeinden Malente, Siblin, West-Katekau, Gleichendorf, Landgemeinde Cutin und Gniffau zum Entwurfe eines Stempelsteuergesetzes für das Fürstentum Lübeck.  
Finanzausschuß.
8. Petition des Gemeinderats der Gemeinde Malente, betr. Aenderung der Gemeindeordnung.  
Verwaltungsausschuß.
9. Petition desselben, betr. Einführung des Gesetzes für das Herzogtum vom 15. April 1865 für das Fürstentum Lübeck, betr. Gründung von Gemeinde- resp. Ortsgenossenschaftsparkassen.  
Verwaltungsausschuß.
10. Petition des Vereins Concordia in Elsfleth und des Vereins für Handel und Schiffahrt daselbst zum Entwurfe eines Brandkassengesetzes.  
Verwaltungsausschuß.
11. Petition des Bürgervereins Neubremen, betr. desgl.  
Verwaltungsausschuß.
12. Petitionen der Dorfschaft Hemmeldorf, der Bewohner der Ostseebäder Scharbeug und Haffkrug,

Timmendorfer Strand, der Dorfschaft Klein Timmendorf und des Bauervogts Ferd. Brede in Süsel, betr. Bahnbau Schwartau—Neustadt.

Eisenbahnausschuß.

13. Petitionen des Bürgervereins Einswarden, der Schulacht Klippkanne und Brate-West und Mitte zum Entwurfe eines Brandkassengesetzes.

Verwaltungsausschuß.

14. Petition des Bürgermeisters Dr. Büsing in Zeven, betr. Anstellung der Beamten der Städte 1. Klasse mit Pensionsberechtigung und Hinterbliebenenversorgung und Gleichstellung ihrer Dienstbezüge mindestens mit denjenigen der Staatsbeamten.

Verwaltungsausschuß.

15. Petition der Dorfschaft Niendorf a. d. Ostsee, betr. Bewilligung eines Beitrags zur Erbauung einer Eisenbahn von Travemünde nach Niendorf.

Finanzausschuß.

16. Petition der Dorfschaft Katekau und des Gemeinderats der Gemeinde Ost-Katekau, betr. Bahnbau Lübeck—Schwartau—Neustadt.

Eisenbahnausschuß.

17. Petition der Geschäftsleute und Landwirte Mariensiel und Umgegend, betr. die Errichtung einer Güterabfertigung bezw. einer Güter-, Ent- und Beladestation in Mariensiel.

Eisenbahnausschuß.

18. Petition des Rechnungstellers und Rechnungsführers Bernhard Diedrich Oltmanns in Zwischenahn, betr. seine Anstellung als Auktionator mit Wohnsitz in Zwischenahn.

Verwaltungsausschuß.

Sodann verlas der Präsident einen selbständigen Antrag des Abg. Dursthoff:

Ich beantrage, der Landtag wolle nachstehendem Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Stempelsteuergesetzes für das Herzogtum Oldenburg zustimmen.

Der Entwurf lautet:

Im § 2 des Stempelgesetzes vom 12. Mai 1906 werden die Worte

6. Vollmachtserklärungen

durch folgende Worte ersetzt:

6. Prozeßvollmachten, sowie Vollmachten, die zum Gebrauche bei einer Behörde oder einem Beamten des Reichs oder eines Bundesstaats bestimmt sind.

Der Landtag beschloß, diesen Antrag in Betracht zu ziehen und dem Finanzausschuß zur Beratung zu überweisen.

Der Präsident teilte noch mit, daß der Abg. Dörr bis auf weiteres beurlaubt sei.

Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten.

**1. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Driver, betr. Verleihung des Besteuerungsrechts an die katholische Kirche im Herzogtum.**

Berichterstatter: Abg. Driver.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Abg. Driver mit der Abänderung, daß statt der Worte „nach dieser Versammlung“ zu setzen ist „der nächsten Versammlung“

wurde angenommen.

**2. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Schulgesetzes für das Herzogtum Oldenburg. 1. Lesung. (Anlage 2.)**

Berichterstatter: Abg. Tanzen.

Der Antrag des Ausschusses *Nr.* 1:

Annahme der §§ 1—16

wurde angenommen.

Der Antrag des Ausschusses *Nr.* 2:

Annahme des § 17

wurde angenommen.

Zu dem Antrag 3 des Ausschusses wurde folgender Verbesserungsantrag seitens des Regierungsvertreters zum § 19 eingebracht:

Ich beantrage

in § 19, Abs. 2, hinter „dessen Vertreter“ die Klammer „(§ 18b)“ zu streichen.

v. Finckh.

Der Antrag 3 des Ausschusses:

Annahme der §§ 18—57 mit dem vom Regierungsvertreter eingebrachten Verbesserungsantrag zum § 19

wurde angenommen.

Die Anträge 4, 5, 6 des Ausschusses:

Annahme der §§ 58—90

wurden angenommen.

Der Antrag des Ausschusses *Nr.* 8 wurde zurückgezogen.

Der Verbesserungsantrag des Abg. v. Levekov:

Ich beantrage:

Ablehnung des Antrages 7 und Annahme des § 91 der Anlage 2, Absatz 3 in folgender Fassung: „Zu den Lehrerbefoldungen werden allen Gemeinden, in denen die für die Befoldungen aufzubringenden Umlagen den Betrag von 66<sup>2</sup>/<sub>3</sub>% der Einkommensteuer übersteigen, zur vollen Deckung des überschießenden Betrages Beihilfen gewährt usw. wie im Entwurf.“

wurde in namentlicher Abstimmung mit 24 gegen 18 Stimmen angenommen und dadurch der Antrag 7 des Ausschusses erledigt.

Mit ja stimmten die Abgg. Ahlhorn (Hartwarderworp), Driver, Enneking, Feigel, Feldhus, Franke, Frye, v. Frieden, Gerdes, Griep, Haben, v. Hammerstein, Henn, Hergens, Lanje, v. Levegow, Müller (Nughorn), Müller (Brake), Schröder, Schute, Sommer, Tanzen, Westendorf und Wilken; mit nein stimmten die Abgg. Ahlhorn (Osternburg), Diers, Dursthoff, Funch, Grube, Heitmann, Hollmann, Hug, Meyer, Mohr, Plate, Schmidt, Schulz, Steenbock, Tappenbeck, Thorade, Voß, Wessels.

Die Anträge des Ausschusses *Nr.* 9, 10, 11, 12 und 13:

Annahme der §§ 92—120 wurden angenommen.

Der Antrag des Ausschusses *Nr.* 14:

Ablehnung des Gesetzentwurfes

wurde in namentlicher Abstimmung mit 17 zu 24 Stimmen abgelehnt.

Mit ja stimmten die Abgg. Ahlhorn (Osternburg), Diers, Dursthoff, Funch, Grube, Heitmann, Hollmann, Hug, Meyer, Plate, Schmidt, Schulz, Steenbock, Tappenbeck, Thorade, Voß, Wessels; mit nein stimmten die Abgg. Ahlhorn (Hartwarderworp), Driver, Enneking, Feigel, Feldhus, Franke, Frye, v. Frieden, Gerdes, Griep, Haben, v. Hammerstein, Henn, Hergens, v. Levegow, Mohr, Müller (Nughorn), Müller (Brake), Schröder, Schute, Sommer, Tanzen, Westendorf, Wilken.

Der Antrag des Ausschusses *Nr.* 15 wurde mit 23 gegen 17 Stimmen angenommen.

### 3. Beschwerde des Grafen v. Galen auf Haus Affen.

Berichterstatter: Abg. Tanzen.

Der Ausschuß stellt den Antrag:

Der Landtag wolle über die Petition zur Tagesordnung übergehen.

Der Antrag wurde angenommen.

### 4. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Abänderungsgesetzes zum Gesetz für das Herzogtum Oldenburg von 25. Januar 1900, betr. Errichtung einer Landwirtschaftskammer. 1. Lesung. (Anlage 1.)

Berichterstatter: Abg. Haben.

Zu den Anträgen 1 und 2 des Ausschusses wurde ein Verbesserungsantrag des Abg. Feldhus:

Zu den Anträgen 1 und 2 stelle ich folgenden Verbesserungsantrag:

Statt der Worte: „zur Deckung der Kosten des Neubaus der Landwirtschaftskammer und der Versuchs- und Kontrollstation“ ist zu setzen:

„zur Deckung der Kosten des Neubaus und Ein-

richtung eines Geschäftshauses der Landwirtschaftskammer und der Versuchs- und Kontrollstation“ eingebracht.

Der Antrag 1 des Ausschusses mit dem Verbesserungsantrag des Abg. Feldhus wurde mit 21 gegen 19 Stimmen angenommen.

Der Antrag 2 wurde dadurch erledigt.

Anträge zur zweiten Lesung sind innerhalb 30 Minuten einzubringen.

### 5. Interpellation des Abg. Lanje.

Nach Begründung der Interpellation durch den Abg. Lanje gab der Minister in längerer Erklärung die Stellungnahme der Regierung kund (siehe Stenogramm). Darauf erfolgte auf Antrag des Abg. Lanje die Besprechung der Interpellation.

### 6. Interpellation des Abg. Müller (Nughorn).

Nach Begründung der Interpellation durch den Abg. Müller (Nughorn) gab der Minister sofort nachstehende Erklärung ab:

Der Staatsregierung ist bekannt geworden, daß die Handelskammer für das Herzogtum Oldenburg beschloffen hat, dem Vorgehen vieler deutscher Handelskammern zu folgen und korporatives Mitglied des Hansabundes zu werden. Die Aufsichtsbehörde hat bisher keine Veranlassung genommen, sich mit diesem Beschlusse zu beschäftigen, weil die Wirksamkeit des Hansabundes noch nicht genügend übersehen werden kann. Nach den veröffentlichten Erklärungen der führenden Männer will der Bund keine politische Partei sein und keine Parteipolitik betreiben, sondern eine wirtschaftliche Vereinigung zur Förderung der gemeinsamen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie darstellen. Nach Ansicht der Staatsregierung werden wirtschaftspolitische Bestrebungen in dieser Allgemeinheit und in diesem Umfange, die naturgemäß eine lebhafte Agitation bedingen, richtiger nicht in den Kreis der Aufgaben einer öffentlichrechtlichen Handelskammer, die nicht unerhebliche staatliche Zuschüsse für allgemeine Verwaltungszwecke genießt, gezogen, sondern Privatpersonen oder privaten Vereinigungen überlassen.

Was die in der Interpellation weiter erwähnte, mit dem Hansabund nicht in Verbindung stehende Betätigung des Vorsitzenden der Handelskammer anbelangt, so handelt es sich um eine Privatangelegenheit, die nicht der Beurteilung der Aufsichtsbehörde unterliegt.

Darauf fand auf Antrag die Besprechung der Interpellation statt.

Mit Zustimmung des Landtags wurde die Tagesordnung der 3. Sitzung der 2. Versammlung des XXXI. Landtags unterbrochen und über die Anlage 1, betr.

**Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Abänderungsgesetzes zum Gesetz für das Herzogtum Oldenburg von 25. Januar 1900, betr. Errichtung einer Landwirtschaftskammer,**

in zweiter Lesung verhandelt.

Berichterstatter: Abg. Haben.

Anträge zur zweiten Lesung wurden nicht gestellt und beantragt der Ausschuß:

Der Landtag wolle dem Gesetzentwurf in zweiter Lesung mit den beschlossenen Abänderungen und im ganzen seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Der Antrag wurde angenommen.

Schluß der Sitzung nachmittags 2<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

Die nächste Sitzung wurde auf Montag, den 13. Dezember festgesetzt.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 4. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 13. Dezember 1909.

Schröder.

Hergens.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Vierte Sitzung.

Oldenburg, den 13. Dezember 1909, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident eröffnete die Sitzung. Der Schriftführer Abg. Hergens verlas das Protokoll der 3. Sitzung, gegen das Einwendungen nicht erhoben wurden. Nachdem sodann die folgenden Eingänge:

1. Petition des Vorstandes der Landgemeinde Ahrenshöft und Bosau zum Entwurfe eines Stempelsteuergesetz für das Fürstentum Lübeck.  
Finanzausschuß.
2. Petition der Einwohner von Heidkrug, betr. Errichtung einer Güter-, Eil- und Stückgutsabfertigungsstelle in Heidkrug.  
Eisenbahnausschuß.
3. Petition der Hebamme a. D. Allmers in Rastede, betr. Bewilligung eines Ruhegehalts für alte Bedürftige, nicht mehr im Dienst befindliche Hebammen.  
Verwaltungsausschuß.
4. Petition des Blexer Handels- und Bürgervereins, betr. Verlegung der Blexer Fähre nach dem Bremerhavener Ufer.  
Eisenbahnausschuß.
5. Petition der evangelischen Volksschullehrer und Volksschullehrerinnen zu Delmenhorst zum Entwurfe des Lehrerbefoldungsgesetzes.  
Verwaltungsausschuß.

verlesen und seitens des Präsidenten im Einverständnis des Landtags die Anlage 49 entgegen einer in der 3. Sitzung

ergangenen Anordnung dem Eisenbahnausschuß überwiesen worden war, schritt man zur Tagesordnung.

1. Bericht des Verwaltungsausschusses nebst Nachtrag über den Entwurf eines Gesetzes über Aenderung des Gesetzes vom 11. März 1867, betr. die Kultusangelegenheiten der Juden des Fürstentums Birkenfeld. (Anlage 29.)

Berichterstatter: Abg. Roth.

Für den beurlaubten Abg. Roth trat als Berichterstatter der Abg. Driver ein.

Die Anträge 1, 2, 3 und 4 wurden angenommen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betr. Aenderung des Gesetzes über die Besteuerung des Wandergewerbes vom 22. Februar 1898. (Anlage 46.)

Für den beurlaubten Abg. Roth trat als Berichterstatter der Abg. Driver ein.

Der Landtag verneinte die Frage, ob auf die Beratung der einzelnen Bestimmungen eingegangen werden solle, lehnte den Antrag 1 ab und nahm den Antrag 2 an.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, betr. Abänderung des Gewerbegesetzes vom 13. Mai 1864. (Anlage 42.)

Berichterstatter: Abg. Steenbock.

Es wurde auf die Beratung der einzelnen Bestimmungen eingegangen.



Der Antrag 2 wurde angenommen und damit der Antrag 3 erledigt. Angenommen wurden ferner die Anträge 4, 6 (mit 21 gegen 18 Stimmen), 8 (mit 24 gegen 18 Stimmen), 9, 10, 11 und 12. Abgelehnt wurden die Anträge 5, 7 und 1.

Der Präsident teilte zu Punkt 1, 2 und 3 der Tagesordnung mit, daß Anträge zur zweiten Lesung bis zum 14. Dezember, vormittags 12 Uhr, einzureichen seien.

**4. Bericht der Mehrheit und Minderheit des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. die Vereinigung der Stadt-**

**gemeinde Heppens und der Landgemeinden Bant und Neuende zu einer Stadt Nüstringen. (Anlage 24.)**

Berichterstatter: Die Abgg. Driver und Schulz.

Der Präsident eröffnete eine allgemeine Beratung über den Verhandlungsgegenstand, welche bis zum Schlusse der Sitzung fortbauerte.

Eine neue Sitzung zur Fortsetzung der Tagesordnung beraumte der Präsident auf den 14. Dezember, vormittags 10 Uhr an.

Schluß der Sitzung 2 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 5. ordentlichen Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 14. Dezember 1909.

**Schröder.**

**Dörr.**

# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Fünfte Sitzung.

Oldenburg, den 14. Dezember 1909, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident eröffnete die Sitzung und erteilte dem Schriftführer Abg. Dörr das Wort zur Verlesung des Protokolls über die vorausgegangene Sitzung, gegen welches Bedenken nicht erhoben wurden.

Der Präsident teilte mit, daß

1. eine Petition des Gemeinderats des Flekens Ahrensböf zum Entwurfe eines Stempelgesetzes für das Fürstentum Lüneburg,
2. folgender selbständige Antrag des Abg. Freiherrn v. Hammerstein:

Der Landtag wolle die Staatsregierung ersuchen, die durchgreifende Vereinfachung der Staatsverwaltung, welche der Landtag zur Vorbedingung für eine endgültige Erhöhung der Beamtengehälter gemacht hat, anzubahnen und darüber eine Vorlage zu machen mit:

1. einer Ausarbeitung einer durchgreifenden Vereinfachung der Organisation und des Geschäftsbetriebes des Staatsministeriums,
2. der Abschaffung der kollegialischen Organisation der Regierung im Fürstentum Birkenfeld.

eingegangen seien. Er überwies im Einverständnis des Landtags die erstere dem Finanzausschuß, den letzteren dem Verwaltungsausschuß.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Fortsetzung der Beratung über den Bericht der Mehrheit und Minderheit des Verwaltungsausschusses über

den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. die Vereinigung der Stadtgemeinde Heppens und der Landgemeinden Bant und Neuende zu einer Stadt Müstingen. (Anlage 24.)

Berichterstatter: Die Abg. Driver und Schulz.

Der Abg. Tanzen stellte den Antrag auf Vertagung der Beratung bis zum Wiederzusammentritt des Landtags nach Neujahr 1910, über den ohne vorgängige Erörterung abgestimmt wurde. Der Antrag wurde angenommen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Hebammenvereins für das Fürstentum Lüneburg.

Berichterstatter Abg. Steenbock.

Der Ausschusantrag wurde angenommen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betr. die Vereinigung der Gemeinden Herborn und Weitzrodt mit der Bürgermeisterei Ibar-Land. (Anlage 28.)

Berichterstatter Abg. Henn.

Der Ausschusantrag wurde angenommen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum gegen die Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden. (Anlage 6.)

Berichterstatter Abg. Dörr.

Der Antrag 1 wurde abgelehnt, die Anträge 2 und 3 wurden angenommen. Angenommen wurden ferner der

Antrag 5, wodurch sich die Anträge 4 und 6 erledigten, und die Anträge 7 und 8. Abgelehnt wurde der Antrag 10, angenommen der Antrag 11 und damit der Antrag 9 erledigt.

**5. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse des Großherzogtums für das Jahr 1910.** (Anlage 9.)

Berichterstatter Abg. Tappenbeck.

Die Ausschufsanträge 1, 2, 3, 4 und 5 wurden angenommen.

Der Präsident teilte zu den Punkten 2, 3, 4 und 5 der Tagesordnung mit, daß Anträge zur 2. Lesung bis zum 15. Dez. vorm. 12 Uhr einzubringen seien.

**6. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Herzogtums Oldenburg für das Finanzjahr 1910.** (Anlage 8.)

Berichterstatter: für die §§ 1—48 Einnahmen Abg. Wilken, für die Ausgaben §§ 1—16 Abg. Funck, §§ 17 bis 35 Abg. Gerdes, §§ 36—52 Abg. Feldhus, §§ 53

bis 94 Abg. Hug, §§ 95—108 Abg. Feigel, §§ 109 bis 160 Abg. Tappenbeck, §§ 161—180 Abg. Dursthoff, §§ 181—198 Abg. Enneking, § 199 Abg. Feldhus, §§ 200—229 Abg. Hollmann, §§ 230 bis Schluß Abg. Ahlhorn (Hartwarden).

Die Anträge 6 und 7 zu den Einnahmen wurden zurückgestellt, die Anträge 1, 2, 3, 4, 5 und 8 wurden angenommen.

Zu den Ausgaben wurden angenommen die Anträge 1, 2 und 3, abgelehnt die Anträge 4, 5 und 6, angenommen die Anträge 7, 8—10, 11—16, 17, der Antrag des Nachtragsberichts hierzu, 18, 19—21, 22—27, 28, 29, 30—31, 32, 33, 34—35, 36—38, 39—44, abgelehnt der Antrag 46, angenommen die Anträge 45, 47, 48.

Um 2 Uhr wurde die Sitzung geschlossen, nachdem der Präsident auf den 15. Dez. vorm. 10 Uhr eine neue Sitzung anberaumt hatte, in der die Tagesordnung zu Ende zu führen und ev. noch einige weitere Gegenstände zu verhandeln seien, deren Mitteilung schriftlich erfolgen solle.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 6. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 15. Dezember 1909.

Schröder.

Dörr.

# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogs Oldenburg.

### Sechste Sitzung.

Oldenburg, den 15. Dezember 1909, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem der Präsident die Sitzung eröffnet hatte, verlas der Schriftführer Abg. Dörr das Protokoll der vorigen Sitzung, welches genehmigt wurde. Sodann teilte der Präsident folgenden Eingang mit:

Petition des Handelsvereins für Cloppenburg und Umgegend und des Landwirtschaftlichen Vereins das., betr. bessere Zugverbindung zwischen Oldenburg und Osnabrück.

Eisenbahnausschuß.

Der Abg. Müller (Ruhhorn) ist beurlaubt. Darauf trat man in die Tagesordnung ein:

1. Fortsetzung der Beratung über den Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Herzogtums Oldenburg für das Finanzjahr 1910. (Anlage 8.)

Berichterstatter Abg. Enneking.

Die Anträge 49 und 50 wurden angenommen.

Berichterstatter Abg. Feldhus.

Die Anträge 51 und 52 wurden angenommen.

Berichterstatter Abg. Hollmann.

Die Anträge 53 und 54 wurden angenommen, damit ist Antrag 55 erledigt, die Anträge 56—68 inkl. wurden angenommen.

Berichterstatter Abg. Ahlhorn (Hartwarderwarp).

Die Anträge 69 und 70 wurden angenommen, Antrag 72 wurde abgelehnt, die Anträge 71, 73—79 inkl. wurden angenommen. Nachträglich wurden die Anträge 6 und 7 angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis morgen mittag 12 Uhr einzubringen.

2. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag des Fürstentums Lübeck für das Jahr 1910. (Anlage 44.)  
Berichterstatter Abg. Voß.

Die Anträge 1—15 inkl. wurden angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis morgen mittag 12 Uhr einzubringen.

3. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Birkenfeld für das Jahr 1910. (Anlage 30.)

Berichterstatter Abg. Mohr.

Die Anträge 1—18 inkl. wurden angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis morgen mittag zu stellen.

4. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienklasse des Herzogtums Oldenburg für das Jahr 1910. (Anlage 41.)

Berichterstatter Abg. Hollmann.

Die Anträge 1—5 inkl. wurden angenommen.

5. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. den zwischen der Großherzoglichen Hausfideikommißdirektion und der Stadtgemeinde Oldenburg abgeschlossenen Vertrag. (Anlage 48.)

Berichterstatter Abg. Funch.

Der Ausschuh Antrag:

„Der Landtag wolle dem Vertrage zwischen der Großherzoglichen Hausfideikommißdirektion und dem Stadtmagistrat Oldenburg über die Uebertragung der



Wallgründe und der Grundfläche des sogenannten alten Festungsgrabens seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen“

wurde angenommen.

6. Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Vorstandes des Vereins Oldenburgischer Bürgerschullehrer, betr. Bereitstellung von Mitteln zu Beihilfen an Lehrer, die ihre fremdsprachlichen Kenntnisse erweitern wollen.

Berichterstatter Abg. Tappenbeck.

Der Antrag wurde angenommen.

7. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, gemäß Artikel 196 § 2 des Staatsgrundgesetzes, betr. Vorlegung der Landesklaffrechnung des Fürstentums Birkenfeld für das Jahr 1906. (Anlage 39.)

Berichterstatter Abg. Mohr.

Der Antrag wurde angenommen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 7. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 17. Dezember 1909.

**Schröder.**

**von Fricke.**

8. Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Vorstandes des landwirtsch. Vereins Carum, betr. Regulierung der Lager Haase.

Berichterstatter Abg. Feigel.

Der Antrag wurde angenommen.

Sodann folgte nach Ausschluß der Deffentlichkeit der

9. Mündliche Bericht des Finanzausschusses über die vertrauliche Vorlage der Staatsregierung vom 29. November 1909.

Berichterstatter Abg. Hollmann.

Der Antrag:

„Annahme der Vorlage“

wurde angenommen.

Schluß 2 Uhr.

Die nächste Sitzung ist auf Freitag anberaumt, die Tagesordnung wird schriftlich mitgeteilt.

# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Siebente Sitzung.

Oldenburg, den 17. Dezember 1909, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem der Präsident die Sitzung eröffnet hatte, las der Schriftführer v. Fricken das Protokoll der letzten Sitzung, welches genehmigt wurde. Sodann teilte der Präsident folgenden Eingang:

Petition des Bürgervereins in Stockelsdorf, betr. Bahnbau Lübeck-Neustadt Eisenbahnausschuß.

mit; derselbe wurde dem Eisenbahnausschuß überwiesen. Darauf teilte der Präsident folgende, genügend unterstützte Anträge der Abgg. Hergens:

Ich beantrage, daß bis zur Erledigung der Befolgungsgesetze den Beamten des Großherzogtums Oldenburg entsprechend dem Beschlusse des 31. Landtages vom 4. März 1909 ein Gehaltszuschlag gemäß § 2 des Gesetzes betr. Gehaltszuschlag für die Zivilstaatsdiener im Betrage von 6 vom Hundert des Höchstgehalts oder festen Gehalts durch Verlängerung der Gültigkeit des Gesetzes vom Landtage bewilligt und pensionsfähig wird.

und Tappenbeck:

Ich beantrage

1. Der Landtag wolle sich damit einverstanden erklären, daß die Wirksamkeit des Gesetzes vom 8. März 1909, betreffend einen Gehaltszuschlag für die Zivilstaatsdiener, bis zum 1. März 1910 erstreckt wird.
2. Der Landtag wolle der Staatsregierung die Mittel zur Verfügung stellen, die erforderlich sind, um den Gehaltszuschlag bis zum 1. März 1910 zu bestreiten und um ferner den im Staatsdienste oder in Staatsbetrieben beschäftigten Personen, die nicht Zivilstaats-

diener sind, die bisherige Aufbesserung ihrer Bezüge oder Löhne bis zum 1. März 1910 weiter zu gewährleisten.

Der Landtag beschloß, dieselben in Betracht zu ziehen und im Plenum zu verhandeln.

Sodann trat man in die Tagesordnung ein. Punkt 2 der Tagesordnung wurde zuerst verhandelt, darauf Punkt 1, 3 usw.

1. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr.

1. die Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben der Eisenbahnbetriebskasse für das Jahr 1908. (Nebenanlagen A, B, C und D);
2. den Voranschlag der Eisenbahnbetriebskasse für das Jahr 1910 (Nebenanlagen E und F);
3. die Bittschrift von Interessenten um Herstellung einer Rampe auf dem Bahnhofe Langförden. (Anlage 7.)  
Berichterstatter Abg. Wessels.

Die Anträge 1—13 inkl. wurden angenommen.

2. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Schreiben der Staatsregierung vom 23. Oktober und 1. November 1909, betr.

1. die Nachweisung über die Einnahmen und Ausgaben des Eisenbahnbaufonds für das Jahr 1908,
2. den Voranschlag des Eisenbahnbaufonds für das Jahr 1910,
3. den Bau einer Nebenbahn von Barel nach Rodenkirchen. (Anlagen 27 und 36.)  
Berichterstatter Abg. Müller (Brake.)

Die Anträge 1—5 inkl. wurden angenommen und mit der Annahme des Antrags 5 die Vorlage 36 erledigt.

**3. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition des Brinkföhrers Martin Cordes zu Hohenbölen um beschleunigte Erledigung seiner Entschädigungsansprüche.**

Berichterstatter Abg. Heitmann.

Zu diesem Gegenstande stellte der Abg. Müller (Nuzhorn) folgende, genügend unterstützte Verbesserungsanträge:

Der Landtag wolle beschließen:

1. die Petition für erledigt zu erklären,
2. die Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die Haftpflicht der Eisenbahnverwaltung für Schäden, die durch den Betrieb entstanden sind, anderweitig geregelt wird.

Antrag 1 vom Antrage Müller wurde mitberaten und abgelehnt, der Antrag des Ausschusses angenommen, Antrag 2 wurde zurückgezogen.

**4. Bericht des Eisenbahnausschusses, betr. das von der Eisenbahnverwaltung zur Beschaffung von Kohlenlagerplätzen auf dem Güterbahnhof Bremen-Neustadt mit dem Architekten Kupsch zu Bremen getroffene Uebereinkommen. (Anlage 35.)**

Berichterstatter Abg. Schute.

Der Antrag wurde angenommen.

**5. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Gemeinderats der Gemeinde Lönningen, betr. Anstellung eines Fortschreibungsbeamten für das alte Amt Lönningen mit dem Sitze in Lönningen.**

Berichterstatter Abg. Feigel.

Der Antrag:

„Uebergang zur Tagesordnung“ wurde angenommen.

**6. Bericht des Finanzausschusses über die Petition resp. Bittgesuch des D. Th. Meyer-Hasbergen, D. Flugger-Schöhasbergen, F. Plate-Hemmelskamp, betr. Erlaß von Gerichtsporteln.**

Berichterstatter Abg. Feldhus.

Der Antrag wurde angenommen.

**7. Bericht des Verwaltungsausschusses über das Gesuch des Postmeisters a. D. Aug. Huster um Doppelrechnung**

**der in außerheimischen Gewässern zugebrachten Marinemedienzeit bei der Pensionierung.**

Berichterstatter Abg. Nulhorn (Osternburg).

Die Anträge 1 und 2 wurden angenommen.

**8. Bericht des Verwaltungsausschusses über das Gesuch des Landwirts G. W. Paradies in Schweieraufendeich um Auszahlung einer ihm von der Brandkasse verweigerten Summe von 690 M.**

Berichterstatter Abg. Sommer.

Der Antrag wurde angenommen.

**9. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum, betr. Unterstützung der Hebammen. (Anlage 25.)**

Berichterstatter Abg. Grube.

Die Anträge 1 und 2 wurden angenommen.

**10. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung über den Entwurf eines Schulgesetzes für das Herzogtum Oldenburg. (Anlage 2.)**

Berichterstatter Abg. Tanzen.

Der Antrag 1 wurde mit 24 Stimmen angenommen, Antrag 2 gegen 18 Stimmen abgelehnt.

**11. Bericht des Finanzausschusses über die Mitteilungen der Staatsregierung, betr. Veränderungen im Bestande des Staats- und Krongutes 1908/09. (Anlage 43.)**

Berichterstatter Abg. Tappenbeck.

Der Antrag wurde angenommen.

Sodann teilte der Präsident noch eine Vorlage der Großh. Staatsregierung, betr. Anstellung von Kreis Schulinspektoren mit, die dem Finanzausschuß zur Vorberatung überwiesen wurde, und einen genügend unterstützten, selbständigen Antrag des Abg. v. Fricke:

Ich beantrage, der den Beamten für 1910 zu bewilligende Gehaltzuschlag wird für steuerpflichtig erklärt.

Der Landtag beschloß, diesen in Betracht zu ziehen und im Plenum zu verhandeln. Die nächste Sitzung wird auf Montag anberaumt und die Tagesordnung schriftlich mitgeteilt.

Schluß 12<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 8. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 20. Dezember 1909.

Schröder.

v. Fricke.

# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Achte Sitzung.

Oldenburg, den 20. Dezember 1909, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten verlas der Abg. v. Friden das Protokoll der letzten Sitzung, der Abg. Hergens die Eingänge:

1. Petition des Kaufmännischen Vereins Wilhelmshaven, betr. bessere Zugverbindung zwischen Oldenburg und Dsnabrück.  
Eisenbahnausschuß.
2. Petition des Gewerbe- und Handelsvereins Oldenburg, betr. desgl.  
Eisenbahnausschuß.
3. Gesuch des Bürger-Vereins Lehe, betr. Fährre Nordenham-Blexen-Bremerhaven.  
Eisenbahnausschuß.

Der Präsident teilte den Eingang eines Anleihegesetzes mit und schlug vor die Beratung der 1. Lesung noch heute vorzunehmen.

Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten:

1. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Stempelsteuergesetzes für das Fürstentum Lübeck. (Anlage 40.)

Berichterstatter Abg. v. Levezow.

Die Anträge des Ausschusses 1, 2, 3 wurden angenommen.

Zum Antrag 4 des Ausschusses stellt der Abg. v. Levezow einen Antrag auf namentliche Abstimmung, welcher angenommen wird.

Der Antrag 4 des Ausschusses wurde dann in namentlicher Abstimmung mit 24 gegen 13 Stimmen angenommen. Mit ja stimmten die Abgg. Ahlhorn (Osternburg), Ahlhorn (Hartwarderwurp), Diers, Dursthoff, Enneling, Feigel, Frye, Funck, Gerdes, Griep, Grube, Habben, Heitmann, Hergens, Hollmann, Hug, Meyer, Schmidt, Schulz, Schute, Steenbock, Tangen, Wessels, Westendorf. Mit nein stimmten die Abgg. Driver, Francke, v. Friden, Lanje, von Levezow, Müller (Ruhhorn), Müller (Brafe), Schröder, Sommer, Tappenberg, Thorade, Voß, Wilken.

Damit waren die Anträge 6 und 7 erledigt.

Der Antrag 5 wird angenommen.

Die Anträge des Ausschusses 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17 wurden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung müssen bis 1 Uhr nachmittags eingebracht werden.

2. Bericht des Finanzausschusses zur 2. Lesung der dem Finanzgesetz für das Jahr 1910 anzulegenden Voranschläge, sowie über Form und Inhalt des Finanzgesetzes. (1. Lesung. Anlagen 8, 9, 30 und 44.)

Berichterstatter Abg. Wilken.

Die Anträge des Ausschusses 2, 6, 3, 4, 8, 8a, 9 und 10 werden angenommen. Die Anträge 1 und 5 sind damit erledigt.



Zu dem Antrag 7 des Ausschusses wird ein Ergänzungsantrag seitens des Abg. Wilken eingebracht:

Dem Antrage 7 wird folgender Satz hinzugefügt:

Die hierzu erforderlichen Mittel werden der Staatsregierung für das Rechnungsjahr 1910 vom Landtage zur Verfügung gestellt.

und angenommen. Der Antrag 7 des Ausschusses mit dem zum Antrag 7 eingebrachten Ergänzungsantrage wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung müssen bis 1 Uhr nachmittags eingebracht werden.

Auf Antrag des Abg. Wilken beschließt der Landtag in die Beratung der Anlage 51, betr. den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, wegen Aufnahme einer Anleihe (1. Lesung), einzutreten.

**2a. Mündlicher Bericht über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg wegen Aufnahme einer Anleihe.** (1. Lesung. Anlage 51.)

Berichterstatter Abg. Wilken.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis 1 Uhr nachmittags einzureichen.

**3. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes über Aenderung des Gesetzes vom 11. März 1867, betr. die Kultusangelegenheiten der Juden des Fürstentums Birkenfeld.** Zweite Lesung. (Anlage 29. Nebenanlage A.)

Berichterstatter Abg. Roth.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

**4. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betr. Aenderung des Gesetzes über die Besteuerung des Wandererwerbes vom 22. Februar 1898.** Zweite Lesung. (Anlage 46. Nebenanlage A.)

Berichterstatter Abg. Roth.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

**5. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum gegen die Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden.** Zweite Lesung. (Anlage 6.)

Berichterstatter Abg. Dörr.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

**6. Bericht des Verwaltungsausschusses zur zweiten Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betr. die Vereinigung der Gemeinden Herborn und Weitsrodt mit der Bürgermeisterei Idar-Land.** Zweite Lesung. (Anlage 28.)

Berichterstatter Abg. Henn.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

**7. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lüneburg, betr. Abänderung des Gewerbegesetzes vom 13. Mai 1864.** Zweite Lesung. (Anlage 42. Nebenanlage A.)

Berichterstatter Abg. Steenbock.

Die Anträge 1, 2 und 3 des Ausschusses werden angenommen.

**8. Bericht des Finanzausschusses über die gemäß Artikel 196 § 2 des Staatsgrundgesetzes vorzulegenden Bücher und Rechnungen des Großherzogtums und der Landeskasse des Herzogtums Oldenburg, sowie der zugehörigen Nebenklassen für das Jahr 1908.** (Anlage 5.)

Berichterstatter Abgg. Enneking, Hollmann, Hug.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

**9. Bericht des Finanzausschusses, betr. Krongutskasserechnungen.** (Anlage 20.)

Berichterstatter Abgg. Enneking, Hollmann, Hug.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

**10. Bericht des Finanzausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Dursthoff.** 1. Lesung.

Berichterstatter Abg. Dursthoff.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis 1 Uhr nachmittags einzubringen.

**11. Bericht des Verwaltungsausschusses, betr. die Petition des Vereins Oldenburg des Bundes Deutscher Militäranwärter vom 22. November 1909.**

Berichterstatter Abg. Grube.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

**12. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Wirtevereins für das Fürstentum Lüneburg.**

Berichterstatter Abg. Steenbock.

Die Anträge des Ausschusses 1, 2 werden angenommen und ist der Antragsantrag 3 damit erledigt.

**13. Bericht des Verwaltungsausschusses über das Gesuch des Gemeinderats der Gemeinde Malente, betr. Aenderung des Gesetzes für das Fürstentum Lüneburg vom 24. März 1908, Aenderung der Gemeindeordnung.**

Berichterstatter Abg. Franke.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

**14. Bericht des Verwaltungsausschusses zum Gesuch des Gemeinderats der Gemeinde Malente, betr. Einführung des Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 25. April 1865 auch für das Fürstentum Lüneburg.**

Berichterstatter Abg. Steenbock.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

**15. Bericht des Finanzausschusses über das Gesuch des Ziegeleibesitzers Ernst Brumund und des Fabrikanten Anton Funke zu Barel um Verkauf eines Wegerdestreifens an der Staatschauffee Wardenburg-Abthorn.**

Berichterstatter Abg. Ahlhorn (Hartwarderwurf).

Der Antrag 1 des Ausschusses wird abgelehnt.

Der Antrag 2 des Ausschusses wird angenommen.

**16. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Haben, betr. Aenderung der Ausführungsbestimmungen zur Begeordnung.**

Berichterstatter Abg. Haben.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.



**17. Selbständige Anträge der Abgg. Hergens, Tappenberg und v. Fricke, betr. Gehaltzuschlag.**

Mit Zustimmung des Landtags wurde die Abstimmung über Punkt 17 der Tagesordnung bis auf Dienstagvormittag 10 Uhr ausgesetzt.

Alsdann gab der Präsident Kenntnis von einer am 20. Dezember 1909 eingegangenen Verordnung betr. Verlängerung und Vertagung des Landtags

Wir Friedrich August zc. zc.  
verordnen, was folgt:

Die Dauer des gegenwärtig versammelten Landtags

wird bis zum 4. März 1910 verlängert. Zugleich wird der Landtag mit seinem Einverständnis vom 21. d. M. bis zum 8. Februar 1910 vertagt.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Namensunterschrift und beigedruckten Großherzoglichen Insigniels.

Gegeben Oldenburg, den 17. Dezember 1909.

(Siegel) gez. Friedrich August.

gez. Scheer.

und schloß die Versammlung um 2<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr. Die nächste Versammlung wurde auf Dienstag, vormittags 10 Uhr. angesetzt.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 9. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 21. Dezember 1909.

**Schröder.**

**Hergens.**



# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogs Oldenburg.

### Neunte Sitzung.

Oldenburg, den 21. Dezember 1909, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem der Präsident die Sitzung eröffnet hatte, verlas der Schriftführer Abg. Hergens das Protokoll der vorigen Sitzung, welches genehmigt wurde.

Sodann trat man in die Tagesordnung ein.

17. Fortsetzung der Beratung über die selbständigen Anträge Hergens, Tappenbeck und v. Fricke.

Der verbesserte Antrag Hergens

Ich beantrage

1. der Landtag wolle dem folgenden Gesetzentwurfe seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen:

Gesetz für das Großherzogtum, betreffend einen Gehaltszuschlag für die Zivilstaatsdiener.

§ 1.

Die Wirksamkeit des Gesetzes vom 8. März 1909, betreffend einen Gehaltszuschlag für die Zivilstaatsdiener, wird bis zum 31. Dezember 1910 ausgedehnt.

§ 2.

Auf den nach § 1 zu gewährenden Gehaltszuschlag finden alle für die Besoldung geltenden Vorschriften Anwendung.

2. der Landtag wolle der Staatsregierung zu den Vorschlägen für 1910 die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen, um den nach dem vorstehenden Gesetzentwurfe zu gewährenden Gehaltszuschlag bestreiten und um ferner den im Staatsdienste und in Staatsbetrieben beschäftigten Personen, die nicht Zivilstaatsdiener sind, die bisherige Aufbesserung ihrer Bezüge weitergewähren zu können.

wurde angenommen, der Antrag Tappenbeck

Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen der Staatsregierung werden die Mittel zur Verfügung gestellt, die erforderlich sind, um den Gehaltszuschlag nach Maßgabe des Gesetzes vom 8. März 1909, betr. einen Gehaltszuschlag für die Zivilstaatsdiener, bis zum 1. April 1910 zu bestreiten, und um ferner den im Staatsdienste oder in Staatsbetrieben beschäftigten Personen, die nicht Zivilstaatsdiener sind, die bisherige Aufbesserung ihrer Bezüge oder Löhne bis zum 1. April 1910 weiter zu gewähren.

abgelehnt. Infolge Annahme des Antrag Hergens zog der Abg. v. Fricke seinen Antrag:

Ich beantrage:

Der den Beamten für 1910 zu bewilligende Gehaltszuschlag wird für steuerpflichtig erklärt.

zurück, der Landtag erklärte sich einverstanden. Anträge zur 2. Lesung sind bis heute vorm. 10<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr zu stellen.

18. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Stempelsteuergesetzes für das Fürstentum Lübeck. 2. Lesung. (Anlage 40.)

Berichterstatter: Abg. Voß.

Antrag 1 wurde angenommen. Zum Antrage 2 wurde namentliche Abstimmung beantragt.

Mit „ja“ stimmten die Abgg.: Ahlhorn (Osternburg), Driver, Enneking, Franke, v. Fricke, Griep, Grube, Lanje, v. Levekov, Müller (Ruhhorn), Müller (Brake), Schröder, Schute, Sommer, Thorade, Voß, Wessels, Westendorf, Wilken. Mit

Protokolle. XXXI. Landtag, 2. Versammlung.

„nein“ stimmten die Abgg.: Ahlhorn (Hartwarderwarp), Diers, Dursthoff, Feigel, Feldhus, Frye, Funch, Gerdes, Habben, Heitmann, Hollmann, Hug, Meyer, Plate, Schmidt, Schulz, Tangen.

Der Antrag wurde mit 19 gegen 17 Stimmen angenommen. Damit ist Antrag 3 erledigt, Antrag 4 wurde angenommen.

19. Bericht des Finanzausschusses zur 2. Lesung des Finanzgesetzes für das Finanzjahr 1910.

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Der Antrag wurde angenommen.

20. Bericht des Finanzausschusses zur 2. Lesung über den selbständigen Antrag des Abg. Dursthoff, betr. Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Stempelsteuergesetzes für das Herzogtum.

Berichterstatter: Abg. Dursthoff.

Der Antrag wurde angenommen.

21. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Aufstellung von Kreis Schulinspektoren. (Anlage 50.)

Berichterstatter: Abg. Voß.

Der Antrag wurde angenommen.

22. Bericht des Finanzausschusses zur 2. Lesung des Entwurfs eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, wegen Aufnahme Anleihe. (Anlage 51.)

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Der Antrag wurde angenommen.

Sodann trat eine Pause von 5 Minuten ein. Nachdem die Beratung wieder aufgenommen war, kam der selbst-

ständige Antrag des Abg. Hergens in 2. Lesung zur Beratung.

Bericht zur 2. Lesung über den selbständigen Antrag des Abg. Hergens, betr. den Entwurf eines Gesetzes über den Gehaltszuschlag.

Hierzu hatte der Abg. Tappenbeck folgenden Verbesserungsantrag eingebracht.

Antrag zur zweiten Lesung des Gesetzes über den Gehaltszuschlag

Ich beantrage dem Gesetze folgende Fassung zu geben.

Gesetz für das Großherzogtum, betreffend einen Gehaltszuschlag für die Zivilstaatsdiener.

§ 1.

Die Wirksamkeit des Gesetzes vom 8. März 1909, betreffend einen Gehaltszuschlag für die Zivilstaatsdiener, wird bis zum Erlaß neuer Gesetze über die Befoldungen der in § 1 des genannten Gesetzes aufgeführten Beamten, Volksschullehrer, Lehrerinnen und Mitglieder des Gendarmeriecorps oder wenn neue Befoldungsgesetze bis zum 1. Mai 1910 nicht erlassen sein sollten, bis zum 31. Dezember 1910 ausgedehnt.

§ 2.

Auf den nach § 1 zu gewährenden Gehaltszuschlag finden alle für die Befoldung geltenden Vorschriften Anwendung.

Derselbe wurde mitberaten und abgelehnt. Der Antrag Hergens wurde angenommen.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung wird auf Dienstag, den 8. Februar 1910, vorm. 10 Uhr, anberaumt. Tagesordnung: Brandkassegesetz. (Schluß 11 Uhr 10 Min.)

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 10. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 8. Februar 1910.

Schröder.

von Fricke.

# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Zehnte Sitzung.

Oldenburg, den 8. Februar 1910, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident eröffnet die Sitzung, der Schriftführer Abg. v. Fricken verliest das Protokoll der vorangegangenen Sitzung, welches genehmigt wird, und der Schriftführer Abg. Hergens die Eingänge.

1. Petition der Anwohner des südl. Teils von Bremerhaven, betr. die Fähre Nordenham-Blexen-Bremerhaven.  
Eisenbahnausschuß.

2. Petition des Gemeindevorstandes zu Wulsdorf, betr. desgl.  
Eisenbahnausschuß.

3. Petition der Stadtbürgermeisterei Idar, betr. Errichtung eines Amtsgerichts das.  
Verwaltungsausschuß.

4. Petition des Hermann Faber in Oberstein, betr. Auszahlung des Betrages von M 589,12 aus der Staatskasse für gelieferte Rießschlagarbeiten.  
Finanzausschuß.

5. Petition des Stadtmagistrats Heppens, betr. die Vereinigung der Gemeinden Bant, Heppens und Neuende zu einer Stadt II. Klasse.  
Verwaltungsausschuß.

6. Petition des Gemeindevorstandes in Bant, betr. desgl.  
Verwaltungsausschuß.

7. Petition des Gemeindevorstandes in Neuende, betr. desgl.  
Verwaltungsausschuß.

8. Petition der Grenzauffseher Pundt I, Dittmer,

Braue und Janßen, betr. Gleichstellung im Gehalt mit dienstjüngeren Kollegen.  
Finanzausschuß.

9. Petition der Bewohner in Dangastermoor, betr. Zugverbindung mit dem 12 Uhr 38 Min. von Wilhelmshaven abgehenden Personenzug.  
Eisenbahnausschuß.

10. Mitteilung der oldenb. Amtstierärzte zu ihrer Petition, betr. Gehaltsbezüge der beamteten Tierärzte der deutschen Bundesstaaten.  
Finanzausschuß.

11. Petition des Vorstandes des Gebietsvereins in Delmenhorst, betr. Aenderung des Art. 5 § 3 und Art. 11 § 1 der Gemeindeordnung.  
Verwaltungsausschuß.

12. Petition von 16 Vereinen aus Bremerhaven, betr. die Fähre zwischen Nordenham-Blexen und dem rechten Weserufer.  
Eisenbahnausschuß.

13. Vorlage 52 der Großh. Staatsregierung, betr. Uebertragung von M 2600,— auf 1910 für den Neubau der Chauffeebrücke über die Hunte bei Huntebrück.  
Finanzausschuß.

14. Vorlage 53 der Großh. Staatsregierung, betr. Uebertragung der Restsumme von M 1209,— auf 1910 für die Verbesserung der Hafenanstalt Großenfiel.  
Finanzausschuß.

15. Vorlage 54 der Großh. Staatsregierung, betr. Uebertragung von M 5300,— auf 1910 für den Bau

4\*

einer Orgel in der zur Strafanstalt in Bechta gehörenden Klosterkirche.

Finanzausschuß.

16. Vorlage 55 der Großh. Staatsregierung, betr. Nachbewilligung von *M* 8000,— zu § 72 der Ausgaben des Fürstentums Lübeck zur Beschaffung des Mobiliars für den Neubau des Amtsgerichtsgebäudes in Schwartau.

Finanzausschuß.

17. Petition des Vorstandes der Müller-Zwangs-Innung für Stadt und Amt Delmenhorst, betr. die Aufnahme der Maschinen und Vorräte der Mühlen in die Landesbrandkasse.

Verwaltungsausschuß.

18. Petition des Verbandes der Bureauangestellten und der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands in Berlin, betr. Berücksichtigung der Bureauangestellten bei der Besetzung neuzuschaffender Stellen bei den Gerichten.

Verwaltungsausschuß.

19. Petition des Magistrats zu Geestemünde, betr. Fahrverbindung Nordenham-Blexen-Geestemünde.

Eisenbahnausschuß.

Der Präsident teilt alsdann dem Landtage mit, daß der Veteran Gehring, Wildeshausen seine Petition zurückgezogen hat.

Beurlaubt sind die Abgg. Dörr, Griep, Roth.

Es fehlten entschuldigt die Abgg. Woff und v. Hammerstein.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

**1. Bericht des Verwaltungsausschusses, über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. das Oldenb. Brandlaffengesetz. (Anlage 26.)**

Berichterstatter Abg. Müller (Nuzhorn).

Die Verhandlungen beschränkten sich auf die allgemeine Beratung des Gesetzentwurfes.

Schluß der Sitzung 2 Uhr 15 Minuten.

Nächste Sitzung Mittwoch, den 9. Febr., vorm. 10 Uhr, Fortsetzung der heutigen Tagesordnung.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 11. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 10. Februar 1910.

Schröder.

Hergens.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Elfte Sitzung.

Oldenburg, den 9. Februar 1910, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten verlas der Schriftführer Abg. Hergens das Protokoll der vorigen Sitzung, welches genehmigt wurde. Sodann verlas der Schriftführer v. Fricke folgende Eingänge:

1. Petition der Förster des Fürstentums Birkenfeld, betr. Gleichstellung in ihrer Besoldung mit den übrigen mittleren Staatsbeamten.

Finanzausschuß.

2. Petitionen, des Oldenb. Wesermarsch-Herdbuchvereins, 1. Distrikt der Landwirtschaftskammer für das Herzogtum Oldenburg, des Verbandes der Stammzuchtvereine für schwarzbuntes Niederungsvieh im Typ der hannoverschen Unterwesermarschen, der landwirtschaftlichen Vereine für Stotel und Umgegend, Landwürden, Bremervörde, Ringstedt, Atens-Blexen, Burhave, Lössens, Eckwarden, Abbehausen-Stollhamm, Esenshamm, Seefeld, Bramstedt und Umgegend, Hagen, Heerstedt und Umgegend, Beverstedt und Umgegend und der südöstlichen Geestniederung, des Hauptvereins Bremervörde, des Stammzuchtvereins für die Unterweser-Geest und des Vereins der Stammviehzüchter in den hannoverschen Unterwesermarschen, betr. Erhaltung der Weserfähre Norddenham-Blexen-Geestemünde.

Eisenbahnausschuß.

Der Landtag erklärte sich mit den Ueberweisungen einverstanden. Darauf trat man in die Tagesordnung ein.

Fortsetzung der gestrigen Tagesordnung (Brandkassen-gesetz betr.)

Berichterstatter: Abg. Müller (Nulhorn).

In Antrag 1 beantragte der Abg. Habben namentliche Abstimmung.

Mit ja stimmten die Abgg. Ahlhorn (Osternburg), Ahlhorn (Hartwarderwarp), Dursthoff, Driver, Feigel, Feldhus, Frye, v. Fricke, Funch, Grube, v. Hammerstein, Hergens, Hollmann, Lanje, Mohr, Müller (Brake), Plate, Schute, Tappenbeck, Thorade, Wessels, Westendorf, mit nein stimmten die Abgg. Enneking, Gerdes, Habben, Heitmann, Henn, Hug, Meyer, Müller (Nulhorn), Schmidt, Schröder, Schulz, Sommer, Steenbock, Tangen, Voß, Wilken.

Der Antrag wurde angenommen, damit Antrag 2 erledigt. Vor Abstimmung über den Antrag 3 wurde der Antrag Tappenbeck:

Ich beantrage

Der Landtag wolle die Staatsregierung ersuchen, bis zur zweiten Lesung des Gesetzes zu prüfen, ob der Entwurf Bestimmungen enthält, die ein Hinder-



nis für einen Anschluß der Landesbrandkasse an den Feuerversicherungsverband in Mitteldeutschland bilden. mitberaten und abgelehnt.

Die Anträge 3 bis 8 inkl. wurden angenommen. Die Anträge 10 und 9 wurden abgelehnt, damit sind die An-

träge 11 und 12 erledigt. Die Anträge 13 bis 32 inkl. wurden angenommen. Darauf beschloß der Landtag, sich bis morgen früh 10 Uhr zu vertagen. Morgen früh Fortsetzung der heutigen Tagesordnung.

(Schluß 1 Uhr 50 Min.)

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 12. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 10. Februar 1910.

**Schröder.**

**v. Fricken.**





# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Zwölfte Sitzung.

Oldenburg, den 10. Februar 1910, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten verlas der Schriftführer Abg. von Fricken das Protokoll der vorausgegangenen Sitzung. Das Protokoll wurde genehmigt.

Der Präsident teilte mit, daß eine Petition des Gemeindevorstandes zu Dedesdorf, betr. die Erhaltung der Weferfähre Nordenham-Alexen-Geestemünde, eingegangen und dem Eisenbahnausschuß überwiesen worden sei.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Fortsetzung der Beratung über den Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betr. die Oldenburgische Brandkasse. (Anlage 26.)

Berichterstatter: Abg. Müller (Nuzhorn).

Es wurden angenommen die Ansuchen 33 bis 53, abgelehnt der Antrag 54 und damit der Antrag 55 erledigt, angenommen die Anträge 56 bis 69.

Der Antrag 70 wurde in namentlicher Abstimmung mit 33 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Es stimmten dafür die Abgeordneten: Enneking, Gerdes, Haben, Henn, Müller (Nuzhorn), Westendorf; dagegen die Abgeordneten: Ahlhorn (Osternburg), Diers, Dörr, Dursthoff, Driver, Feigel, Feldhus, Francke, Frye,

v. Fricken, Funch, Frhr. v. Hammerstein, Heitmann, Hergens, Hollmann, Hug, Janje, v. Levegow, Meyer, Mohr, Müller (Brake), Roth, Schmidt, Schröder, Schulz, Sommer, Steenbock, Tanzen, Tappenbeck, Thorade, Voß, Wessels, Wilken.

Angenommen wurde der Antrag 71 und 72, dadurch der Antrag 73 erledigt, abgelehnt der Antrag 74, angenommen der Antrag 75, abgelehnt mit 18 gegen 16 Stimmen der Antrag 76 und damit der Antrag 77 erledigt, angenommen der Antrag 78, abgelehnt der Antrag 79, angenommen die Anträge 80 und 81.

Es wurde darauf beschlossen, die Sitzung zu vertagen.

Der Präsident teilte mit, daß ein selbständiger Antrag des Abg. Enneking:

Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, das Amtsgericht Damme tunlichst im Laufe dieses Jahres wieder einzurichten, eingegangen sei. Er überwies den Antrag, dessen Berücksichtigung der Landtag wünschte, dem Verwaltungsausschuß, und bestimmte die nächste Sitzung auf Freitag, den 11. Februar, vormittags 10 Uhr.

(Schluß der Sitzung nachmittags 2,10 Uhr.)

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 13. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 11. Februar 1910.

Schröder.

Dörr.

# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Dreizehnte Sitzung.

Oldenburg, den 11. Februar 1910, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten verlas der Schriftführer Abg. Dörr das Protokoll der zwölften Sitzung. Das Protokoll wurde genehmigt.

Der Präsident gab darauf dem Landtag Kenntnis von dem Ableben des Abg. Griep und konstatierte, daß die Abgeordneten sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Sitzen erhoben hätten.

Nachdem der Präsident sodann mitgeteilt hatte, daß eine Petition des Handelsvereins Nordenham, betr. Fußgängerbrücke über die sämtlichen Gleisanlagen an der Müllerstraße in Nordenham, eingegangen und dem Eisenbahnausschuß überwiesen worden sei, wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Fortsetzung der Beratung über den Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betr. die Oldenburgische Brandkasse. (Anlage 26.)

Berichterstatter: Abg. Müller (Nuzhorn).

Angenommen wurden die Anträge 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98—100, 101—102, 103, 104—105, 106.

Zu dem Antrag 107 teilte der Präsident mit, daß ein selbständiger Antrag des Abg. Müller (Nuzhorn):

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, den Provinzialräten der Fürstentümer die Frage vorzulegen, ob im gegenwärtigen Stadium

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 14. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 15. Februar 1910.

der Brandkassenorganisation nicht ein Anschluß der Fürstentümer zweckmäßig sei, eingegangen sei.

Der Landtag lehnte es ab, diesen Antrag in Betracht zu ziehen.

Es wurden sodann noch die Anträge 107, 108 und 109 angenommen.

Der Präsident teilte mit, daß Anträge zur zweiten Lesung bis Dienstag, den 15. Februar, abends 7 Uhr, einzubringen seien, und beraumte die nächste Sitzung auf eben diesen Tag, vormittags 10 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Inventarien der zur Eisenbahn gehörigen Gebäude und Grundstücke. (Anlage 45.)
2. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Bürgermeisters Dr. Büsing in Sever.
3. Fortsetzung der Beratung über den Bericht desselben, betreffend Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend die Vereinigung der Stadtgemeinde Heppens und der Landgemeinden Bant und Neuende zu einer Stadt Nüstingen. (Anlage 24),

an.

(Schluß der Sitzung 12 Uhr.)

Schröder.

Dörr.

# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Vierzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 15. Februar 1910, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten verlas der Schriftführer Abg. Dörr das Protokoll der 13. Sitzung. Das Protokoll wurde genehmigt. Der Präsident ließ darauf die folgenden Eingänge, von denen er die unter 1. und 3. dem Finanzausschuß, den unter 2. dem Verwaltungsausschuß überwiesen habe,

1. Petition der Zeitungsverleger des Herzogtums Oldenburg, betr. Bezahlung der amtlichen Anzeigen an die Zeitungsverleger des Herzogtums.  
Finanzausschuß.
2. Petitionen der Gemeinderäte von Kirchweiler, Vollmersbach, Gerach, Algenrodt, Mackenrodt, Tiefenstein, Hettenrodt und Regulshausen, betr. Errichtung eines Amtsgerichts in Idar.  
Verwaltungsausschuß.
3. Petition der Forstwärter des Fürstentums Birkenfeld um Gehaltserhöhung.  
Finanzausschuß.

verlesen und teilte mit, daß die nachstehenden Interpellationen eingegangen seien:

Herrschen in Cutin derart unsichere Zustände, und sind die städtischen Sicherheitsorgane dort so unzureichend, daß eine Regierungsverfügung notwendig ist, wonach die doppelt besetzten Gendarmerie-Stationen schon seit Wochen von einem Gendarm entblößt werden, damit diese den Wachdienst in Cutin Nacht für Nacht ausüben?  
gez. H. Francke.

Aus welchem Grunde hat die Staatsregierung bestimmt, daß die öffentlichen Bekanntmachungen der Behörden

nur in den „Oldenburgischen Anzeigen“ veröffentlicht werden sollen?  
gez. Müller (Brake).

Der Präsident setzte die Interpellationen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten:

1. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Inventarien der zur Eisenbahn gehörigen Gebäude und Grundstücke. (Anlage 45.)

Berichterstatter: Abg. Schute.

Der Ausschusantrag wurde angenommen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Bürgermeisters Dr. Büsing in Jeber.

Berichterstatter: Abg. Gabben.

Der Ausschusantrag wurde angenommen.

3. Fortsetzung der Beratung über den Bericht des Verwaltungsausschusses, betr. Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. die Vereinigung der Stadtgemeinde Heppens und der Landgemeinden Bant und Neuende zu einer Stadt Küstringen. (Anlage 24.)

Berichterstatter: Die Abgg. Driver und Schulz.

Der Präsident teilte zu dem Antrag 1 des Mehrheitsberichts mit, daß ein selbständiger Antrag des Abg. Ahlhorn (Osternburg)

Ich beantrage:

1. Die Stadtgemeinde Heppens und die Landgemeinden Bant und Neuende werden zu einer Stadt I. Klasse unter dem Namen „Stadtgemeinde Küstringen“ vereinigt.

2. den Gesetzentwurf mit diesem Antrage an den Verwaltungsausschuß zurückzuweisen.  
vorliege. Der Landtag beschloß, den Antrag in Betracht zu ziehen.

Der Abg. Ahlhorn (Osternburg) zog seinen selbständigen Antrag zurück und brachte zu dem Antrag 1 des Bezirks und dem § 1 der Vorlage den folgenden Verbesserungsantrag ein:

Ich beantrage:

§ 1 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

1. Die Stadtgemeinde Heppens und die Landgemeinden Bant und Neuende werden zu einer Stadt I. Klasse unter dem Namen „Stadtgemeinde Rüstringen“ vereinigt.

Der Präsident stellte die Unterstützungsfrage, die vom Landtag bejaht wurde.

Der Antrag 2 der Mehrheit wurde abgelehnt, sodann der Antrag Ahlhorn in namentlicher Abstimmung mit 22 gegen 20 Stimmen angenommen. Für den Antrag Ahlhorn stimmten die Abgg. Habben, Frhr. v. Hammerstein, Henn, Hergens, Hollmann, v. Levezow, Mohr, Müller (Nuhhorn), Plate, Schröder, Schute, Sommer, Thorade, Westendorf, Ahlhorn (Osternburg), Ahlhorn (Hartwarderwarp), Driver, Feigel, Feldhus, Francke, Freye, v. Fricken;

dagegen stimmten die Abgg. Gerdes, Grube, Heitmann, Hug, Lanje, Meyer, Müller (Brafe), Roth, Schmidt, Schulz, Steenbock, Tanzen, Tappenbeck, Voss, Wessels, Wilken, Diers, Dörr, Dursthoff, Enneking.

Weiter wurden die §§ 2—8 der Vorlage abgelehnt.

Der Präsident teilte mit, daß Anträge zur zweiten Lesung bis zum 17. Februar, abends 7 Uhr, einzubringen seien.

Weiter machte der Präsident bekannt, daß ein selbständiger Antrag des Abg. v. Hammerstein:

Der Landtag wolle folgendem Gesetzentwurf seine Zustimmung erteilen:

Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Stempelsteuergesetzes für das Fürstentum Birkenfeld vom 14. Mai 1908.

Im § 2 des Stempelsteuergesetzes vom 14. Mai 1908 werden die Worte „6. Vollmachtserklärungen“ durch folgende Worte ersetzt:

„6. Prozeßvollmachten, sowie Vollmachten, die zum Gebrauche bei einer Behörde oder einem Beamten des Reichs oder eines Bundesstaates bestimmt sind“.

eingegangen sei. Der Landtag beschloß, diesen Antrag in Betracht zu ziehen.

Schluß der Sitzung 1.10 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 15. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 28. Februar 1910.

Schröder.

Dörr.

# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogs Oldenburg.

### Fünfzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 28. Februar 1910, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem der Präsident die Sitzung eröffnet hatte, verlas der Schriftführer Abg. Dörr das Protokoll der vorigen Sitzung, welches genehmigt wurde. Sodann verlas der Schriftführer Abg. v. Fricken folgende Eingänge:

1. Petition des Vorstandes des landwirtschaftlichen Vereins Lehe u. a., betr. Fährverbindung zwischen dem oldenburgischen und dem jenseitigen Weserufer.  
Eisenbahnausschuß.
2. Petition des kaufmännischen Vereins Geestemünde, betr. Fährverbindung Geestemünde—Blexen—Nordenham.  
Eisenbahnausschuß.
3. Petition des Stadtmagistrats Nordenham, betr. Herstellung einer Fußgängerbrücke über die sämtlichen Gleisanlagen an der Müllerstraße in Nordenham.  
Eisenbahnausschuß.
4. Vorlage 56 der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Einräumung einer Ueberwegung über die Forstgründe in Neuenburg.  
Finanzausschuß.
5. Petition des Gerhard Peters in Moorsee und Genossen, betr. Fährverbindung Nordenham—Blexen—Geestemünde.  
Eisenbahnausschuß.
6. Petition des Ingenieurs August Hanß in Berlin, betr. Bewilligung von Varmitteln und Bereitstellung

staatlichen Geländes zur Durchführung eines neuen Projektes zur Ausnutzung von Ebbe und Flut am Tadebusen.

Finanzausschuß.

7. Petition 1. des Bürgervereins Geestemünde, 2. des Haus- und Grundbesitzervereins Geestemünde und Wulsdorf, 3. des kaufmännischen Vereins Geestemünde, 4. des Dampffischereivereins „Unterweser“ daselbst, 5. des Vereins der Fischländer und Keder daselbst und 6. des Vorstandes der Fischereihafenbetriebsgenossenschaft daselbst, betr. Weserfähre Nordenham—Blexen—Geestemünde.  
Eisenbahnausschuß.
8. Petition des Seminarlehrers Pille in Wechta um Anrechnung früherer Dienstjahre.  
Verwaltungsausschuß.
9. Petition der Streckenarbeiter der 26. Bahnmeisterei um Gleichstellung im täglichen Verdienst mit den Streckenarbeitern der 16. Bahnmeisterei.  
Eisenbahnausschuß.
10. Vorlage 57 der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Erweiterung der Anlegevorrichtung vor den Gründen der Elsflether Heringsfischereigesellschaft.  
Finanzausschuß.
11. Petition des Stadtmagistrats Heppenz, betr. Nicht-

5\*

einbeziehen des Amtes Rüstingen in die oldenburgische Landesbrandkasse.

Verwaltungsausschuß.

12. Petition des Hausbesitzervereins in Heppens, betr. dgl. Verwaltungsausschuß.

13. Petition des Bürgervereins Nordenham, betr. Fahrverbindung nach Bremerhaven. Eisenbahnausschuß.

14. Petition des Vereins der Saalinhaber Rüstingens, betr. Zulassung von Ausnahmen von der Bestimmung des § 11 Abs. 3 des Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. die Sonn- und Feiertage.

Verwaltungsausschuß.

Der Landtag erklärte sich mit den Ueberweisungen einverstanden.

Darauf verkündete der Präsident folgende Eingänge:

1. Selbständiger genügend unterstützter Antrag des Abg. Thorade:

Ich beantrage, der Landtag wolle die Staatsregierung ersuchen, dem nächsten Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, in welchem die Haftpflicht für Sachschäden bei dem Eisenbahnbetriebe geregelt wird.

Der Landtag beschloß, den Antrag in Betracht zu ziehen und dem Eisenbahnausschuß zu überweisen.

2. Interpellation des Abg. Enneking:

Sind der Staatsregierung die vielen Klagen über die Handhabung des Einkommensteuerschätzungsverfahrens im Amte Bechta bekannt und wie denkt sie denselben abzuhefeln?

Die förmliche Vorbringung und Begründung dieser Interpellation setzte der Präsident auf die nächste Tagesordnung.

3. Mitteilung der Staatsregierung:

Die Vorlagen der Staatsregierung wegen Aenderung der Besoldung der Zivilstaatsdiener, der Gendarmen und der Lehrer und Lehrerinnen an Volksschulen, nämlich die Schreiben vom 6. Oktober 1909, Anlage 12, vom 8. Oktober 1909, Anlage 13, vom 12. Oktober 1909, Anlage 15, vom 20. Oktober 1909, Anlage 23, vom 28. Oktober 1909, Anlage 32, und vom 1. November 1908, Anlage 34, werden zurückgezogen. Die Staatsregierung beabsichtigt, die Vorlagen demnächst wieder einzubringen unter Beifügung einer Denkschrift über die Möglichkeit und den etwaigen Umfang einer Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung.

4. Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg über das Dienst Einkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen.

Der Landtag beschloß diesen Gesetzentwurf im Plenum zu beraten.

5. Selbständiger, genügend unterstützter Antrag des Abg. Dr. Driver:

Ich beantrage, der Landtag wolle folgendem Gesetzentwurf zustimmen:

Gesetz für das Großherzogtum, betr. Aenderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1909, betr. einen Gehaltszuschlag für die Zivilstaatsdiener.

Einziger Paragraph.

Im § 1 des Gesetzes vom 31. Dezember 1909, betr. einen Gehaltszuschlag für die Zivilstaatsdiener werden die Worte „31. Dezember 1910“ durch „30. April 1911“ ersetzt.

Der Landtag beschloß, diesen Antrag in Betracht zu ziehen und im Plenum zu erledigen.

Abg. v. Hammerstein zog seinen selbständigen Antrag auf Vereinfachung der Verwaltung zurück.

Sodann trat man in die Tagesordnung ein.

1. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Verbesserung der Hafenanstalt Großenfel. (Anlage 53.)

Berichterstatter: Abg. Ahlhorn (Hartwarderwarp).

Der Antrag wurde angenommen.

2. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Ersuchen um Erklärung der Zustimmung zu der nachträglichen Uebertragung der Summe von 5300 M auf das Finanzjahr 1910 zu § 103 des Voranschlages der Ausgaben. (Anlage 54.)

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Antrag wurde angenommen.

3. Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 52. (Chausseebrücke bei Huntebrück.)

Berichterstatter: Abg. Hollmann.

Der Antrag wurde angenommen.

4. Bericht des Finanzausschusses zu der Vorlage der Staatsregierung, betr. Nachbewilligung für den Neubau des Amtsgerichtsgebäudes in Schwartau. (Anlage 55.)

Berichterstatter: Abg. Voß.

Der Antrag wurde angenommen.

5. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. die Einräumung einer Ueberwegung über staatliche Forstgründe im Revier Neuenburg. (Anlage 56.)

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Der Antrag wurde angenommen.

6. Bericht des Finanzausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Müller (Nuzhorn).

Berichterstatter: Abg. Enneking.

Auf einen genügend unterstützten Antrag des Abg. Müller (Nuzhorn) hin wurde der Antrag zur Beratung gebracht und zurückgezogen.



7. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition von Interessenten in Mariensiel, unterstützt durch den Handels- und Gewerbeverein in Oldenburg, betr. die Errichtung einer Güterabfertigung in Mariensiel.

Berichterstatter: Abg. Diers.

Der Antrag wurde angenommen.

8. Bericht des Eisenbahnausschusses, betr. die Petition des landwirtschaftlichen Vereins Goldenstedt über Goldenstedter Bahnangelegenheit.

Berichterstatter: Abg. Westendorf.

Der Antrag wurde angenommen.

9. Bericht des Eisenbahnausschusses, betr. das Bittgejud des Gutsbesizers Julius Müller (Nuzhorn) um Maßnahmen zur Verhütung der Brandgefahr beim Eisenbahnbetrieb von der in seinem Gehölze belegenen Strecke der Großherzoglich Oldenburgischen Eisenbahn.

Berichterstatter: Abg. Plate.

Die Anträge 1 und 2 wurden angenommen.

10. Bericht des Eisenbahnausschusses, betr. Petition der Einwohner von Heidkrug und Umgegend um die Einrichtung einer Güter-, Gil- und Stückgutabfertigungsstelle in Heidkrug.

Berichterstatter: Abg. Plate.

Der Antrag wurde angenommen.

11. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition des Handelsvereins für Cloppenburg und Umgegend und des landwirtschaftlichen Vereins Cloppenburg um bessere Zugverbindung zwischen Oldenburg und Osnabrück.

Berichterstatter: Abg. Lanje.

Zum Antrage des Ausschusses stellte der Abg. Feigel folgenden Antrag:

Ich beantrage:

Der Landtag wolle den Antrag des Eisenbahnausschusses ablehnen und die Petition der Staatsregierung zur Prüfung überweisen.

Da die Unterstützungsfrage bejaht wurde, wurde derselbe zur Beratung gestellt und abgelehnt. Der Ausschußantrag wurde angenommen.

12. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition des Johann Eilers und Konsorten zu Danganstermoor um Zugverbindung mit dem um 12,38 Uhr von Wilhelmshaven abgehenden Personenzuge mit Danganstermoor.

Berichterstatter: Abg. Lanje.

Der Antrag wurde angenommen.

13. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petitionen des Stadtmagistrats und Handelsvereins in Nordenham wegen Herstellung einer Fußgängerbrücke über die sämtlichen Gleisanlagen an der Müllerstraße in Nordenham.

Berichterstatter: Abg. Müller (Brake).

Der Antrag wurde angenommen.

13a. Interpellation des Abg. Francke, wie mitgeteilt.

Die Staatsregierung erklärte sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Beantwortung der Interpellation des Abgeordneten Francke:

„In der Stadt Cutin sind im letzten Winter mehrere schwere Diebstähle, Einbrüche und Einbruchversuche in einer Weise verübt, daß mit Recht eine Beunruhigung der Bevölkerung eintrat.

Da die in der Stadt Cutin vorhandene staatliche und städtische Polizeimannschaft nicht ausreichte, in genügender Weise für die öffentliche Sicherheit zu sorgen und die Verbrecher zu ermitteln, sind auf pflichtmäßige Anordnung der Großherzoglichen Regierung in einigen Nächten der letzten Monate zur Verstärkung der Polizei in Cutin abwechselnd je ein Gendarm von Ahrensböf und Schwartau herangezogen. Jeder dieser Gendarmen hat seine Station in etwa sechs Nächten verlassen müssen. Von einer Entblößung der Stationen Schwartau und Ahrensböf kann nicht die Rede sein.

Nachdem die Diebesbande in Stärke von fünf Köpfen dingfest gemacht war, ist die Abkommandierung von Gendarmen eingestellt worden.“

14. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Rechnungsführers und Rechnungsführers B. D. Olmanus zu Zwischenahn.

Berichterstatter: Abg. Schmidt.

Der Antrag wurde angenommen.

15. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abgeordneten Enneking, betr. Wiedererrichtung des Amtsgerichts Damme.

Der Antrag der Mehrheit des Ausschusses wurde mit 28 Stimmen angenommen.

16. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Vorsitzenden des Delmenhorster Gebietsvereins, H. Lange.

Zum Antrage der Mehrheit stellte der Abg. Schulz folgenden Minderheitsantrag:

Ich beantrage:

Die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

und zog ihn nach Ablehnung des Antrags Tanzen zurück und der Abg. Tanzen folgenden genügend unterstützten Verbesserungsantrag:

Ich beantrage:

Der Landtag wolle die Petition der Großherzoglichen Staatsregierung als Material für eine etwa bevorstehende Gesetzesvorlage, betr. Aenderung der Gemeindeordnung, überweisen.

Derselbe wurde abgelehnt.

In namentlicher Abstimmung wurde der Ausschußantrag angenommen.

Mit ja stimmten die Herren Abgg. Ahlhorn (Hartwarderwarp), Diers, Driver, Enneking, Feigel, Feldhus, Francke, Frye, v. Frieden, Funch, Gerdes, Grube, Habben, Frhr. v. Hammerstein, Hergens, Hollmann, Lanje, v. Levezow, Mohr, Müller (Nuzhorn), Müller (Brake), Plate, Schröder, Schute,

Sommer, Thorade, Westendorf, Wilken; mit nein stimmten die Herren Abgg. Dörr, Dursthoff, Heitmann, Hug, Meyer, Roth, Schmidt, Schulz, Steenbock, Tanzen, Tappenbeck, Voß, Wessels.

17. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Verbandes der Bureauangestellten und der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands, betr. Berücksichtigung der Bureauangestellten bei der Befehung neu zu schaffender Stellungen bei den Gerichten.

Berichterstatter: Abg. Sommer.

Der Antrag wurde angenommen.

18. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über

die Petition der ehemaligen Hebamme Frau Allmers in Nastede, betreffend Unterstützung.

Berichterstatter: Abg. Grube.

Der Antrag wurde angenommen.

Darauf verkündigte der Präsident noch folgende Interpellation des Abg. v. Levezow:

Gedenkt die Staatsregierung eine Verordnung zu erlassen, um das kinematographische Theaterwesen zu ordnen, um namentlich Aufführungen vor Kindern zu verhindern, die schädlich auf das Gemüt einwirken können?

Dieselbe wurde auf die nächste Tagesordnung gesetzt.

Nächste Tagesordnung: Interpellation Enneking und v. Levezow und Brandkassengesetz.

(Schluß 1 Uhr 20 Min.)

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 16. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 2. März 1910.

Schröder.

von Fricke.





# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Sechzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 2. März 1910, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Abg. v. Frieden das Protokoll der vorigen Sitzung, welches genehmigt wurde.

Der Präsident teilte dem Landtage mit, daß fortan Petitionen als zu spät eingegangene behandelt und den Petenten zurückgegeben würden. — Ferner wurde ein Eingang des Staatsministerium betr. Vermehrung des Genbarmeriekorps dem Finanzausschuß zur Beratung überwiesen. — Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

#### 1. Interpellation des Abg. Gunkling.

Die Interpellation wurde begründet und durch das Finanzministerium beantwortet:

„Das Finanzministerium ist nach wie vor auf das Ernsteste bestrebt, die Ungleichmäßigkeiten, welche bezüglich der Einkommensteuer-Veranlagung im Amte noch bestehen, mit dem ihm gesetzlich zur Verfügung stehenden Mitteln zu beseitigen.

Was die äußere Handhabung der Veranlagung im Amte Bechts anbetrifft, so sind Klagen, welche zu besonderen Maßnahmen hätten Veranlassung geben können, an die Staatsregierung nicht herangetreten.“

#### 2. Interpellation des Abg. v. Lebekow.

Die Interpellation wurde begründet und durch die Regierung beantwortet:

„Die Beantwortung der Interpellation bedarf keiner großen Ueberlegung. Die Frage, die der Herr Inter-

pellant gestellt hat, kann einfach bejaht werden. Die Regierung hat in der Frage der kinematographischen Theater, die mit deren Vermehrung eine akute geworden ist, Material gesammelt, um festzustellen, in welcher Weise das Kinematographenwesen zu ordnen ist, und in welcher Weise an anderen Orten vorgegangen ist. Selbstverständlich ist auch die Frage, inwieweit Kinder zu den kinematographischen Theatern zugelassen werden können, eine wichtige, die besonders geprüft wird. Im übrigen ist es selbstverständlich, daß wichtige Fragen im Interesse der Allgemeinheit zu berücksichtigen sind.“

#### 3. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Oldenburgische Brandkasse. (Anlage 26.)

Berichterstatter Abg. Müller (Nuzhorn).

Der Regierungsbevollmächtigte korrigiert seinen Antrag zum § 1 Absatz 1 folgendermaßen:

Ich beantrage dem § 1 Absatz 1 unter Ablehnung des in erster Lesung beschlossenen dritten Absatzes zum § 1 folgende Fassung zu geben:

Jedes im Herzogtum Oldenburg belegene Gebäude soll, soweit dies Gesetz keine Ausnahme macht, bei der Oldenburgischen Brandkasse versichert werden. Für die in den Bezirken der Amtsverbände Tever und Nüstringen belegenen Gebäude,

sowie für Kirchen, Kapellen und Kirch- und Glockentürme tritt diese Verpflichtung erst mit dem 1. Januar 1916 ein, unbeschadet der Verpflichtung zur Versicherung schon sofort von dem Inkrafttreten des Gesetzes an.

Antrag 1 wurde in namentlicher Abstimmung mit 21 gegen 17 Stimmen abgelehnt, dagegen stimmten die Abgg. Ahlhorn (Hartwarderwurp), Dursthoff, Dr. Driver, Feigel, Feldhus, Frye, v. Fricken, Funck, Grube, v. Hammerstein, Hergens, Hollmann, Lanje, Mohr, Müller (Brake), Plate, Schute, Tappenbeck, Thorade, Wessels, Westendorf; dafür stimmten die Abg. Diers, Enneking, Gerdes, Habben, Heitmann, Hug, Meyer, Müller (Ruhorn), Roth, Schmidt, Schröder, Schulz, Sommer, Steenbock, Tanzen, Voß, Wilken.

Der Antrag 3 wird angenommen und dadurch der Antrag 2 erledigt.

Die Anträge 5, 6, 7, 8, 9 werden angenommen.

Der Antrag 10 durch Zurückziehung des Antrages Müller (Brake) erledigt.

Zum § 19 stellt der Regierungsvertreter folgenden Verbesserungsantrag:

Von der Brandkassenverwaltung ist für jedes Jahr Rechnung abzulegen und dem Ministerium des Innern zur Prüfung und Feststellung einzureichen. Auch ist von ihr eine Uebersicht über die nach der abgelegten Rechnung des verflossenen Jahres vorgekommenen Einnahmen und Ausgaben nach den einzelnen Positionen des Voranschlags getrennt und über die

stattgehabten Brandschäden nach Art (Vollschaden, Teilschaden) und Ursache zu veröffentlichen.

Der Antrag des Regierungsvertreters mit dem zum § 19 eingebrachten Verbesserungsantrag wird angenommen.

Die Anträge 11 und 16 werden erledigt durch Zurückziehung der Anträge des Abg. Tappenbeck.

Der Antrag 15 wird durch Zurückziehung des Antrages Dursthoff erledigt.

Der Antrag 13 wird abgelehnt.

Die Anträge 12 und 14 angenommen.

Zum Antrage 17 stellt der Regierungsvertreter einen Verbesserungsantrag:

Unter Streichung des letzten Absatzes in der Regierungsvorlage dem zweiten Absatz folgenden Wortlaut zu geben:

Der Ausschuß ist nur beschlußfähig, wenn mindestens zwei Drittel der Mitglieder anwesend sind.

Der Antrag 17 mit dem Verbesserungsantrag des Regierungsbevollmächtigten wird angenommen.

Der Präsident teilt dem Landtage mit, daß die Wahlakten über die Wahl des Abg. Driver, VII. Wahlkreis, dem Landtage zugegangen. — Die Prüfung der Wahlakten findet am Donnerstag, den 3. März, vormittags 9<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr, durch die Abgeordneten des 1., 2., 3. Wahlkreises statt.

Schluß der Versammlung 2 Uhr 5 Minuten.

Die nächste Sitzung wurde auf Donnerstag, den 3. März, vormittags 10 Uhr, anberaumt.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 17. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 3. März 1910.

Schröder.

Hergens.

# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Siebzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 3. März 1910, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem der Präsident die Versammlung eröffnet hatte, erstattete der Abg. Ahlhorn (Hartwarderwarp) Bericht über die Prüfung der Wahllisten betr. den Abg. Driver. Da die Wahl nicht beanstandet wurde, erklärte der Landtag die Wahl für gültig. Darauf wurde der Abg. Driver vereidigt.

Danach trat man in die Tagesordnung ein.

Vor Beginn der Beratung über den Antrag 19 zum Brandkassengesetz beantragte der Regierungskommissar, der Landtag wolle der Auffassung beitreten, daß durch Annahme des Antrages Nr. 3 zur zweiten Lesung der durch Annahme des Antrages Nr. 3 zur ersten Lesung gefaßte Beschluß des Landtags beseitigt sei. Der Landtag entschied in diesem Sinne.

#### 1. Fortsetzung der Beratung über das Brandkassengesetz zur 2. Lesung.

Der Antrag 19 wurde angenommen, damit ist Antrag 18 erledigt. Die Anträge 20 und 21 wurden angenommen, der Antrag 22 wurde abgelehnt, der Antrag 23 wurde angenommen, ebenso Antrag 24, damit sind die Anträge 25, 26, 27 und 28 erledigt. Antrag 29 wurde angenommen, ebenfalls die Anträge 30 und 31. Der Hauptantrag des Abg. Müller zum § 41 ist abgelehnt, damit Antrag 32 des Ausschusses erledigt. Antrag 33 wurde abgelehnt, Antrag 34 wurde angenommen, Antrag 35 wurde abgelehnt. In den Verbesserungsantrag Hergens werden mit Zustimmung des Landtags in der letzten Zeile unten zwischen „mit“ und „der“ die Worte „Genehmigung der

Brandkassenverwaltung unter“ eingeschoben. Der so verbesserte Verbesserungsantrag 37 wurde angenommen. Zum Antrage 38 stellte der Abg. Dursthoff folgenden Verbesserungsantrag:

Verbesserungsantrag zu meinem ersten Antrag zu § 62:

In Abs. A Klasse 1 und in Zeile 11 die Worte „in allen drei“ zu ersetzen durch die Worte „in beiden“.

Derselbe wurde mitberaten und angenommen. Der Antrag 38 wurde angenommen. Zum Antrage 39 stellt der Regierungskommissar folgenden Verbesserungsantrag:

Zum § 62 stelle ich folgende Verbesserungsanträge:

1. hinter A, Klasse 1 am Schlusse nachzufügen:  
„Holzarchitekturen von mäßigem Umfange, Veranden und dergleichen Anlagen sind für die Bestimmung der Umfassungsmauern nicht ausschlaggebend.“
2. dem in erster Lesung beschlossenen Nachsatz zum Abschnitt A folgende Fassung zu geben:  
„Als Nachbargebäude sind Gebäude auf dem benachbarten Grundstücke zu verstehen.  
Die auf demselben Grundstücke befindlichen freistehenden massiven Wohngebäude werden getrennt von den Nebengebäuden zu den Zuschlägen herangezogen. Als Nachbargebäude gelten alsdann die nebenstehenden Gebäude.“

Das gleiche gilt in den übrigen Klassen für

Protokolle. XXXI. Landtag, 2. Versammlung.

diejenigen Gebäude, die mehr als 50 m von einander entfernt liegen.

Wenn in Klasse 1 ein Wohngebäude mit einem Nebengebäude durch einen massiven Verbindungsbau verbunden ist, so sind beide Gebäude nicht als ein Gebäude anzusehen."

Zu dessen Gunsten zog der Abg. v. Fricken seinen Antrag zurück. Zum Antrage des Regierungskommissars stellte der Abg. Müller (Nuzhorn) folgenden Verbesserungsantrag:

Verbesserungsantrag zum Antrag des Regierungsbvollmächtigten:

1. Ziffer 2 anstatt  
„massiven Wohngebäude“  
zu setzen  
„massiven Gebäude“

ferner

2. anstatt  
„für diejenigen Gebäude, die mehr als 50 Meter usw.“  
zu setzen  
„für diejenigen Gebäude, die mehr als 30 Meter usw.“

Derselbe wurde abgelehnt. Der Antrag des Regierungskommissars wurde angenommen. Der Antrag 40 wurde in namentlicher Abstimmung angenommen.

Mit ja stimmten die Herren Abgg. Ahlhorn (Hartwarderwarp), Diers, Dursthoff, Driver I, Driver II, Enneking, Feigel, Feldhus, Franke, Frye, v. Fricken, Funch, Gerdes, Haben, Frhr. v. Hammerstein, Hergens, Hollmann, Lanje, v. Levezow, Mohr, Müller (Nuzhorn), Plate, Schröder, Schute, Sommer, Tappenbeck, Thorade, Wessels, Westendorf; mit nein stimmten die Herren Abgg. Grube, Heitmann, Hug, Meyer, Müller (Brake), Schmidt, Schulz, Steenbock, Tanzen, Voß, Wilken.

Antrag 41 wurde angenommen. Antrag 42 abgelehnt. Antrag 43 angenommen, damit ist Antrag 44 erledigt. Die Anträge 45 und 46 wurden angenommen, Antrag 47 erledigt. Zum Antrag 48 stellte der Abg. Müller (Nuzhorn) folgende Verbesserungsanträge:

Der vom Regierungsbevollmächtigten beantragte Wortlaut des § 69 erhält folgende Abänderung:

1. in der vierten Zeile anstatt:  
„von 3<sup>0</sup>/<sub>00</sub> der Gesamtversicherung“  
zu setzen:  
„von 1200 000 M“,
2. in Ziffer 4 anstatt:  
„die Mindesthöhe“  
zu setzen:  
„der Betrag von 800 000 M“,
3. diesem letzteren Absatz nachzufügen:  
„Ist der Betrag von 1200 000 M erreicht, so werden die Einnahmen nach Ziffer 2 und 5 zu Gunsten der Versicherten verwandt.“

Dieselben wurden mitberaten und abgelehnt. Der Antrag 48 wurde angenommen. Antrag 49 wurde mit Zustimmung des Landtags zurückgezogen. Die Anträge 50 und 51 wurden angenommen. Anlage 52 wurde in namentlicher Abstimmung mit 29 gegen 11 Stimmen angenommen.

Mit ja stimmten die Herren Abgg. Ahlhorn (Hartwarderwarp), Diers, Dursthoff, Driver I, Driver II, Enneking, Feigel, Feldhus, Franke, Frye, v. Fricken, Funch, Grube, Frhr. v. Hammerstein, Hergens, Hollmann, Lanje, v. Levezow, Mohr, Müller (Nuzhorn), Müller (Brake), Plate, Roth, Schmidt, Schröder, Schute, Sommer, Steenbock, Tanzen, Tappenbeck, Thorade, Voß, Wessels, Westendorf, Wilken; mit nein stimmten die Herren Abgg. Gerdes, Haben, Heitmann, Hug, Meyer, Schulz. Antrag 53 wurde angenommen.

2. Selbständiger Antrag des Abg. Driver II, betreffend Aenderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1909, betreffend einen Gehaltszuschlag für die Zivilstaatsdiener. Erste Lesung.

Der Antrag auf Annahme des Gesetzesentwurfs wurde im Plenum beraten und angenommen, Anträge zur zweiten Lesung sind bis heute nachm. 4 Uhr zu stellen.

3. Vorlage der Staatsregierung, betreffend den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg über das Dienst-einkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen. Erste Lesung. (Vorlage 58.)

Der Antrag auf Annahme wurde im Plenum gestellt und angenommen, Anträge zur zweiten Lesung sind bis heute nachm. 4 Uhr zu stellen.

4. Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Hermann Faber zu Oberstein.

Berichterstatter Abg. Frhr. v. Hammerstein.

Der Antrag 1 wurde angenommen, Antrag 2 erledigt.

5. Bericht des Finanzausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. v. Hammerstein, betreffend Aenderung des Stempelsteuergesetzes für das Fürstentum Birkenfeld.

Berichterstatter Abg. Frhr. v. Hammerstein.

Der Antrag wurde angenommen.

6. Bericht des Finanzausschusses über die Petition der Zeitungsverleger des Herzogtums Oldenburg in Sachen der Bezahlung der amtlichen Anzeigen an die Zeitungsverleger des Herzogtums.

Berichterstatter Abg. Feldhus.

Der Antrag wurde angenommen.

7. Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Ingenieurs August Hanß, Berlin.

Berichterstatter Abg. Gerdes.

Der Antrag wurde angenommen.

8. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Fährverbindung von Nordham und Blegen nach den rechtsseitigen Unterweserorten und von Kleinensiel nach Dedesdorf. (Anlage 47.)

Berichterstatter Abg. Meyer.

Die Anträge wurden angenommen.

9. Bericht des Eisenbahnausschusses über eine zur Herbeiführung einer Bahnverbindung von Damme nach Bohmte von der Landeskasse zu gewährenden Beihilfe oder eine Beteiligung seitens des Staates an dem dafür zu gründenden Unternehmen. (Anlage 49.)

Berichterstatter Abg. Schute.

Der Antrag wurde angenommen.

10. Bericht des Eisenbahnausschusses über Petitionen, betreffend Bahnbauten im Fürstentum Lübeck.

Berichterstatter Abg. Wessels.

Der Antrag wurde angenommen.

11. Bericht des Eisenbahnausschusses über das Gesuch der Ortschaft Niendorf um Bewilligung eines Beitrages zum

Bau einer Eisenbahn von Travemünde nach Niendorf a. d. Ostsee.

Berichterstatter Abg. Wessels.

Der Antrag wurde angenommen.

12. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition der Arbeiter der Bahnmeisterei 26 um Lohnerhöhung.

Berichterstatter Abg. Müller (Brake).

Der Antrag wurde angenommen.

Die nächste Sitzung wird auf morgen früh 10 Uhr anberaumt. Die Tagesordnung gab der Präsident bekannt.

(Schluß 2 Uhr.)

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 18. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 4. März 1910.

Schröder.

v. Fricke.

# Protokoll

über

die Verhandlungen

der

## 2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Achtzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 4. März 1910, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident eröffnete die Sitzung. Das Protokoll über die 17. Sitzung wurde vom Schriftführer v. Fricke verlesen. Dasselbe wurde genehmigt. Darauf wurde in die Tagesordnung getreten.

1. Vorlage der Staatsregierung, betreffend den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg über das Dienst Einkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen. Zweite Lesung. (Vorlage 58.)

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

2. Selbständiger Antrag des Abg. Driver, betr. Aenderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1909, betr. einen Gehaltszuschlag für die Zivilstaatsdiener. Zweite Lesung.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses zur zweiten Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend die Vereinigung der Stadtgemeinde Heppens und der Landgemeinden Bant und Neuende zu einer Stadt Rühringen. (Anlage 24.)

Der Antrag 4 des Ausschusses wurde in namentlicher Abstimmung mit 21 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Gegen den Antrag stimmten die Abgg. Ahlhorn (Hartwardewurp), Driver I, Driver II, Feigel, Francke, Freye, v. Fricke, Funch, Habben, Frhr. v. Hammerstein, Hergens, Hollmann, v. Levekov, Mohr, Müller

(Ruhhorn), Plate, Schröder, Schute, Sommer, Thorade, Westendorf; für den Antrag die Abgg. Diers, Dörr, Dursthoff, Enneking, Feldhus, Gerdes, Grube, Heitmann, Hug, Lanje, Meyer, Müller (Brake), Roth, Schmidt, Schulz, Steenbock, Tanzen, Tappenbeck, Wessels, Wilken.

Der Antrag 2 wurde abgelehnt. Sodann beschloß der Landtag, alle Petitionen für erledigt zu erklären.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Stadtgemeinde Idar, sowie der Gemeinden Kirchweiler, Bollmersbach, Gerach, Algenrodt, Mackenrodt, Tiefenstein, Hettnerodt und Regulshausen, betreffend Errichtung eines Amtsgerichts in Idar bezw. die Verlegung einer Amtsgerichtsabteilung nach Idar.

Der Landtag beschloß, die Petition von der Beratung auszuschließen gemäß § 77 der Geschäftsordnung.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Seminarlehrers Bille um Anrechnung früherer Dienstjahre auf sein Gehalt.

Der Antrag 2 des Ausschusses wurde abgelehnt, der Antrag 1 wurde angenommen.

6. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Vereins der Saal inhaber Rühringens um Zulassung von Ausnahmen bezw. Aenderung des § 11 Absatz 3 betr.

das Gesetz vom 16. März 1908 über die Sonn- und Feiertage.

Der Antrag des Ausschusses wurde mit 24 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

7. Bericht des Eisenbahnausschusses über den Antrag des Abg. Thorade, betr. den Erlaß eines Gesetzes über die Haftung für Sachschäden beim Eisenbahnbetriebe.

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

8. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Erweiterung der Anlagevorrichtung vor den Gründen der Eisflether Heringsfischerei-Gesellschaft. (Anlage 57.)

Der Ausschufsantrag:

Der Landtag wolle sich damit einverstanden erklären, daß 23 000 M aus dem Wasserbaufonds für eine

Erweiterung der Anlagevorrichtung vor den Gründen der Eisflether Heringsfischerei-Gesellschaft vorbehaltlich demnächstiger Erstattung aus der Landeskasse verwandt werden,

wurde angenommen.

9. Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, betr. Einstellung von zwei Gendarmen. (Anlage 59.) Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

10. Berichte über die zu den Besoldungsgesetzen (Anlagen 12, 13, 23, 32 und 34) eingegangenen Petitionen. Die Ausschufsanträge wurden angenommen.

Damit war die Tagesordnung erledigt.

Namens Sr. Königlichen Hoheit schloß der Minister Excellenz Scheer den Landtag. Der Präsident brachte darauf ein dreifaches Hoch aus auf den Großherzog, in das die Versammlung lebhaft einstimmte.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der Sitzung des Gesamtvorstandes des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 4. März 1910.

Schröder.

Tanzen.

Dörr.

v. Fricke.

Hergens.